

ZivilCourage

Das Magazin für Pazifismus
und Antimilitarismus der



Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Nr. 5/2016 | 42. Jahrgang | 2,30 €

RÜSTUNGSEXPORT IST OFT „BEI-HILFE ZU MORD“



DIE NEUNER-BANDE



VERANTWORTLICH: BUNDESSICHERHEITSRAT

In diesem Heft

Elsa Rassbach:
Trump und
weitere Übel

Jakob Knab:
Gegen scheinbare „zeit-
lose soldatische Tugenden“

Roland Blach/Markus Pflüger:
Debatte zur Kampagne
„Stopp Ramstein“

mit der Beilage

atomwaffenfrei

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) wurde am 9. November 1892 in Berlin von der späteren Friedensnobelpreisträgerin (1905) Bertha von Suttner und dem späteren Friedensnobelpreisträger (1911) Alfred Hermann Fried gegründet. 1968 schloss sich die DFG mit der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK, gegründet 1919 als Bund der Kriegsdienstgegner, nach Verbot im Faschismus 1947 als IdK wieder gegründet) zur DFG-IdK zusammen. Am 24. November 1974 fusionierte die DFG-IdK mit dem 1958 gegründeten VK (Vorband der Kriegsdienstverweigerer) zur DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen).

DFG-VK-Bundesverband

www.DFG-VK.de f DFG-VK

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 26 @office@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Gläßer 0176-23575236
@svg@dfg-vk.de

DFG-VK-Shop Pazifix

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 26 @material@dfg-vk.de
www.shop.dfg-vk.de

Bertha-von-Suttner-Stiftung

Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund 0231-818032
@Stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis

- Ralf Buchterkirchen @buchterkirchen@dfg-vk.de
- Tobias Damjanov @damjanov@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin @graesslin@dfg-vk.de
- Cornelia Mannewitz @mannewitz@dfg-vk.de
- Christoph Neeb @neeb@dfg-vk.de
- Monty Schädel @schaedel@dfg-vk.de
- Torsten Schleip @schleip@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer @schwoerer@dfg-vk.de

Redaktion ZivilCourage

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5189 26 20 @zc@dfg-vk.de
www.zivilcourage.dfg-vk.de
f ZivilCourage Magazin

was & wo in der DFG-VK

DFG-VK-Landesverbände

Baden-Württemberg

Werastraße 10, 70182 Stuttgart
0711-5188 56 01 @bawue@dfg-vk.de
www.bawue.dfg-vk.de

DFG-VK Baden-Württemberg

Bayern

Schwantlaaderstraße 133,
80339 München 089-89 62 34 46
@bayern@dfg-vk.de

Berlin-Brandenburg

b-b@dfg-vk.de www.b-b.dfg-vk.de

Bremen/Niedersachsen

Villa Ichon, Goetheplatz 4,
28203 Bremen 0421-596 49 61
@nds-hb@dfg-vk.de

Hamburg/Schleswig-Holstein

Exerzierplatz 19, 24103 Kiel
@hh-sh@dfg-vk.de
www.hh-sh.dfg-vk.de

Hessen

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
069-43 14 40 @hessen@dfg-vk.de
www.hessen.dfg-vk.de

Mecklenburg-Vorpommern

Postfach 1208, 17182 Waren/Müritz
0177-887 10 14 @mv@dfg-vk.de
www.mv.dfg-vk.de

Nordrhein-Westfalen

Braunschweiger Straße 22,
44145 Dortmund 0231-818032
@nrw@dfg-vk.de www.nrw.dfg-vk.de

Ost

c/o Torsten Schleip, Straße des Aufbaus,
04116 Markkleeberg 034299-766 37
@ost@dfg-vk.de www.ost.dfg-vk.de

Rheinland-Pfalz

c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 23,
55542 Bad Kreuznach 0671-628 78
@rlp@dfg-vk.de www.rlp.dfg-vk.de

Die Adressen der örtlichen und regionalen DFG-VK-Gruppen im Internet:

www.dfg-vk.de/kontakte/gruppen

Mitgliedschaften/Mitarbeit

War Resisters' International (WRI)

www.wri-irg.org @info@wri-irg.org

International Peace Bureau (IPB)

www.ipb.org @mailbox@ipb.org

Kooperation für den Frieden

www.koop-frieden.de
@info@koop-frieden.de

Bundesausschuss Friedensratschlag

www.friedensratschlag.de

Bund für Soziale Verteidigung (BSV)

www.soziale-verteidigung.de
@info@soziale-verteidigung.de

Forum Ziviler Friedensdienst

www.forumzfd.de
@kontakt@forumzfd.de

Aktion Aufschrei -

Stoppt den Waffenhandel

www.aufschrei-waffenhandel.de
@kontakt@aufschrei-waffenhandel.de

atomwaffenfrei.jetzt

www.atomwaffenfrei.de

Die ZivilCourage erscheint seitdem immer von DFG-IdK und VK zur DFG-VK (07). ZivilCourage ist die Deutsche Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner (die ZivilCourage) und der Vorband der Kriegsdienstverweigerer, die Zeitschrift ZivilCourage.



Alle Mitglieder der DFG-VK bekommen die ZivilCourage automatisch. Alle anderen müssen sie abonnieren. [Oder eben DFG-VK-Mitglied werden.] Sechs Hefte im Jahr. Für 14 €. Frei Haus, Ausfüllen, Ausschneiden, Abschieken, Abonnieren.

Ich abonniere die ZivilCourage ab sofort zum Jahrespreis von zurzeit 14,- € einschließlich Porto.

Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____
 Ich bezahle bequem per Bankeinzug
 Konto _____ BLZ _____
 Bank _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei der DFG-VK, Werastr. 10, 70182 Stuttgart schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Datum _____
 Unterschrift _____

Ausfüllen, Ausschneiden. Abschieken an die DFG-VK, Werastraße 10, 70182 Stuttgart
 oder online abonnieren: www.DFG-VK.de
abonnieren

Liebe Leserin, lieber Leser,

fast ist so etwas wie der Super-Gau passiert:

Als ich gerade das Editorial schreiben will, bevor die Heftdaten am nächsten Morgen an die Druckerei geschickt werden, schreckt mich diese Nachricht auf: Die Deutsche Presseagentur meldet, dass die Waffenschmiede Heckler & Koch ihre Strategie ändere. In der Agenturmeldung heißt es:

Der Waffenhersteller Heckler & Koch will künftig kein Neugeschäft mehr mit Staaten außerhalb der Nato-Einflussphäre machen, wie aus Firmenkreisen verlautete. Soll heißen: Saudi-Arabien, Mexiko, Brasilien oder auch Indien fallen weg. „Wir wollen nur noch solide Länder beliefern, also zweifelsfrei demokratisch, eindeutig nicht korrupt und in der Nato oder Nato-nab“, sagt ein Mitarbeiter, der anonym bleiben will. Die Türkei wird ebenfalls von der Kundenliste gestrichen. Begründet wird der

Inhalt

Titel

- 04 Jürgen Grässlin
Oft ist Rüstungsexport Beihilfe zu Mord
- 06 H&K-Hauptgesellschafter will Whistleblowing gerichtlich unterbinden
- 07 Stefan Philipp
Politisch und rechtlich problematischer Bundessicherheitsrat
- 10 Alexander Schleicher
Verleihung der Ehrendoktorwürde an Jürgen Grässlin
- 11 Interview mit Wolfgang Landgraaber über seine Heckler & Koch-Filme
- US-Wahl**
- 14 Elsa Rassbach
Trump und weitere Übel
- Debatte**
- 16 Roland Blach
Warum ich mich für „Stopp Ramstein“ engagiere
- 18 Markus Pflüger
Warum ich „Stopp Ramstein“ für falsch halte
- Antimilitarismus**
- 20 Jakob Knab
Gegen scheinbare „zeitlose soldatische Tugenden“
- 22 Roland Blach
Teilerfolg: Vergleich vor Gericht
- 23 Joachim Schramm
Protest gegen Militär-Kommandozentralen in NRW
- 24 Gernot Lennert
WRI-Gefangenliste
- 24 Rudi Friedrich
Kein Asyl für US-Deserteur
- Pazifismus**
- 25 Amina Kazik
130 Jahre Frankfurter Friedensverein
- 26 Tobias Damjanov
Du denkst, wir haben seit 71 Jahren Frieden?
- DFG-VK informativ**
- 28 „Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer“?
- 30 Thorge Ott
Die Friedensbewegung ist in die Jahre gekommen?
- 20 Impressum
- 32 Literatur
- 37 Briefe
- 39 Feldpost



Foto: privat

Strategiewechsel damit, dass Exportgenehmigungen in solche Staaten nur schwierig oder gar nicht mehr zu bekommen seien. Zudem wolle man raus aus den negativen Schlagzeilen. „Auch moralische Kritik an solchen Exporten können wir durchaus nachvollziehen“, erklärt der Manager. Der Kurswechsel wurde intern hitzig debattiert, denn das Exportpotenzial wird so eingeschränkt.

Unsere Titelgeschichte dreht sich um Rüstungsexporte, natürlich spielt Heckler & Koch darin eine wichtige Rolle. Muss ich nun den Drucktermin absagen? Kann Jürgen Grässlin schnell seinen Artikel umarbeiten? ... ein leichter Anflug von Panik erfasst mich.

Doch dann kommt die Entwarnung: Grässlin wird in der Hauptnachrichtensendung des dritten Fernsehprogramms in Baden-Württemberg interviewt, und im E-Mail-Postfach finde ich dann auch eine kurze Analyse von ihm mit dem Titel „Opferfonds statt heißer Luft eines H&K-Anonymus“. Er kommt zum Schluss, dass Zweifel an der Ernsthaftigkeit bei H&K bestehen, widersprüche sie doch der jahrzehntelangen Praxis. Glaubwürdiger, weil auch verbindlicher wäre es, wenn eine solche Änderung offiziell von der H&K-Geschäftsführung bekannt gegeben würde. Zudem beziehe sich die angekündigte Neuausrichtung nur auf Neugeschäfte, nicht versprochen werde ein Verbot von Lizenzvergaben. Gerade die aber, so Grässlin, seien „die folgenschwerste Form des Rüstungsexports“. Und schließlich ordnet er die „unverbindliche Absichtserklärung eines [ungenannten] H&K-Managers“ als „Imagewerbung“ ein, schließlich brauche Heckler & Koch „dringend weitere neue Großaufträge“. Der Quasi-Cheflobbyist von H&K, Volker Kauder, CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, in dessen Wahlkreis die Waffenstadt Oberdorf liegt, könne „vor allem dann hinter den Kulissen erfolgreich tätig werden, wenn das Image des Unternehmens“ positiv verändert werde.

Die Titelstory ist also gerettet, es ändert sich nichts Wesentliches: Rüstungsexport bleibt oft Beihilfe zum Mord, und das hat die Kanzlerin mit ihrem Bundessicherheitsrat zu verantworten. Und falls sich in den nächsten Wochen eine ernsthafte Änderung der H&K-Geschäftspolitik ergeben sollte – dann hätte mit Sicherheit die von der DFG-VK mitinitiierte Kampagne „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel!“ daran einen erheblichen Anteil.

Nun kann nur noch passieren, dass die Neuauszählung der Stimmen in Pennsylvania, Wisconsin und Michigan Mrs. Clinton die US-Präsidentschaft bringt. Der Artikel von Elsa Rassbach wäre obsolet. Ob damit aber friedenspolitisch etwas gewonnen wäre?

Stefan Philipp



Dietrich Heither

Ich wusste, was ich tat

Emil Julius Gumbel und der rechte Terror in der Weimarer Republik

ISBN 978-3-89438-621-4
131 Seiten | € 12,90

Bereits vor 1933 wurde Gumbel,

Mathematikprofessor in Heidelberg, von einer Phalanx aus Korporations- und Nazistudenten sowie rechten Professoren von der Hochschule vertrieben. Dietrich Heither erinnert an einen Demokraten und Pazifisten, der es wagte, die Mörder und ihre Hintermänner beim Namen zu nennen.



Thomas Willms

Auschwitz als Steinbruch

Was von den NS-Verbrechen bleibt

ISBN 978-3-89438-622-1
135 Seiten | € 12,90

Thomas Willms befragt literarische und philosophische Werke, Museen, Filme, Graphic Novels

und die Reenactmentbewegung danach, wie apologetisch oder aufklärerisch sie sich mit dem Zweiten Weltkrieg und den deutschen Massenverbrechen auseinandersetzen.



Werner Ruf

Islamischer Staat und Co.

Profit, Religion und globalisierter Terror

ISBN 978-3-89438-618-4
156 Seiten | € 13,90

Geostrategische Interessen, Kontrolle von Öl und Gas, globale und regionale Hegemonialpolitik;

Kriminelle Ökonomien paaren sich mit religiös verbrämtem Fanatismus zu einer kaum noch kontrollierbaren Eigendynamik. Sie zu stoppen, bedingt die Austrocknung ihrer wirtschaftlichen Basis.

RÜSTUNGS- EXPORT IST OFT „BEIHILFE ZU MORD“

VERANTWORTLICH DAFÜR IST:
DER BUNDESSICHERHEITSRAT



Angela **Merkel** (CDU)
Bundeskanzlerin



Sigmar **Gabriel** (SPD)
Bundesminister für
Wirtschaft und Energie



Wolfgang **Schäuble** (CDU)
Bundesminister der Finanzen



Frank-Walter **Steinmeier** (SPD)
Bundesminister des Auswärtigen



Thomas de **Maizière** (CDU)
Bundesminister des Innern



Ursula von der **Leyen** (CDU)
Bundesminister der Verteidigung



Heiko **Maas** (SPD)
Bundesminister der Justiz und
für Verbraucherschutz



Gerd **Müller** (CSU)
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung



Peter **Altmaier** (CDU)
Chef des Bundeskanzleramtes und
Bundesminister für besondere Aufgaben

Oft ist Rüstungsexport Beihilfe zu Mord

Maßgeblich verantwortlich ist der Bundessicherheitsrat

Von Jürgen Grässlin

Erinnern tut Not: Im Sommer 2013, also vor der im Herbst anstehenden Bundestagswahl, warb der SPD-Vorsitzende für die Ablösung der Regierungskoalition unter Führung der christdemokratischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und des FDP-Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler. Sigmar Gabriels klares Versprechen unter dem Eindruck der skrupellosen Rüstungsexportpolitik der damals amtierenden christlich-liberalen Bundesregierung: Im Falle seiner Wahl würde der Menschenrechtslage im Empfängerland eine entscheidende Rolle bei Rüstungsexportgenehmigungen eingeräumt. Sollte er zum neuen Bundeswirtschaftsminister gekürt werden, würden Rüstungsexporte fortan restriktiv, also zurückhaltend, gehandhabt.

Gabriels Wahlbetrug

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September 2013 und die folgenden erfolgreichen Koalitionsverhandlungen führten die SPD in eine Regierungskoalition mit der CDU/CSU. Noch zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2013 erklärte der neue Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel: „Ein wichtiger Beitrag für Menschenrechte und Frieden ist eine klare und restriktive Rüstungsexportkontrolle. [...] Wir treten für eine restriktive Rüstungsexportpolitik ein, denn nur das ist ein glaubhafter Ausdruck einer an den Menschenrechten orientierten Politik.“

An seinen Versprechen muss sich Sigmar Gabriel in dieser Legislaturperiode messen lassen. Doch bereits der für das Jahr 2014 veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung, und damit der erste, den Gabriel verantwortete, dokumentierte den unter seiner Ägide massiven Anstieg des (legalen) Waffenhandels. Hatte die, von Gabriel vormals vielgescholtene, Merkel-Rösler-Koalition 2013 Kriegswaffen im Wert von 957 Millionen Euro ausgeführt, so wurde dieser Wert unter der neuen Merkel-Gabriel-Koalition 2014 auf 1,823 Milliarden Euro verdoppelt. Unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern fanden sich mit Israel (Platz 1), Sau-

di-Arabien (6), Algerien (7), den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) (8), Brunei (10), Irak (14) und der Türkei (18) sieben Staaten aus dem Pulverfass Naher und Mittlerer Osten bzw. dem Maghreb. Die Kriegswaffenlieferungen an den Irak erfolgten trotz des seit 1990 bestehenden UN-Waffenembargos. Auch die kriegführenden Nato-Partner USA (2), Großbritannien (5) und Türkei wurden 2014 massiv mit deutschen Waffen versorgt.

Der Rüstungsexportbericht 2015 lenkte den Blick auf ein weiteres eklatantes Problem, das sich in den kommenden Jahren in weiter steigendem Exportvolumen niederschlagen wird: Die Genehmigungswerte für die Einzelausfuhren (Ausfuhr, Durchfuhr bzw. Verbringung der in der Genehmigung genannten Güter an den angegebenen Empfänger) und Sammelausfuhren (Genehmigung einer Vielzahl von Ausfuhren an verschiedene, genau bestimmte Empfänger) wurden massiv gesteigert. So erteilte die Bundesregierung 2015 Einzelgenehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von 7,86 Milliarden Euro, 2014 hatte der Wert noch bei 3,97 Milliarden gelegen. Sammelausfuhren wurden im Wert von 4,96 Milliarden Euro genehmigt gegenüber 2,55 Milliarden 2014. Das bedeutete für 2015 insgesamt ein Genehmigungsvolumen von 12,81 Milliarden Euro – ein bislang nie erreichter Negativrekord.

Die Bundesregierung begründete die desaströsen Exportzahlen mit der „Genehmigung von vier Tankflugzeugen an das Vereinigte Königreich im Gesamtwert von allein 1,1 Milliarden Euro“. Zudem sei hervorzuheben „die Genehmigung der Ausfuhr von Leopard-2-Kampfpanzern und Panzerhaubitzen nebst Munition und weiteren Begleitfahrzeugen nach Katar im Wert von rund 1,6 Milliarden Euro [...]“. Die Genehmigung dafür sei 2013 erteilt worden.

Wer Tankflugzeuge an Großbritannien liefert, weiß, dass diese der Luftbetankung und damit Reichweitenverlängerung für Kampfflugzeuge wie dem Eurofighter Typhoon dienen. Wer Kampfpanzer und weitere Kriegswaffen bzw. Rüstungsgüter,

wie z.B. Panzer und Haubitzen an Katar liefert, der weiß, dass diese gegen externe Feinde oder gegen die Demokratiebewegung eingesetzt werden können.

Die Menschenrechtslage in Katar ist bekanntermaßen äußerst schlecht. Katar hat sich der Militärallianz angeschlossen, die seit März 2015 völkerrechtswidrig Krieg gegen den Jemen führt. Die Profite dieser Waffentransfers fährt vor allem der Münchener und Kasseler Rüstungsriese Krauss-Maffei Wegmann (KMW) ein, der nunmehr mit der Lieferung von insgesamt 62 Leopard-2-Kampfpanzern und vielen weiteren Waffensystemen ins Kriegsland Katar beginnen konnte.

■ **Permanenter Rechtsbruch**

Bereits zur Publikation des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung für das erste Halbjahr 2015 hatte der DFG-VK-Bundesverband bilanziert: Bundeswirtschaftsminister Gabriel hatte als stellvertretender Vorsitzender im Bundessicherheitsrat (BSR) erneut zahlreiche Waffenlieferungen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten genehmigt – unter ihnen befanden sich einmal mehr Diktaturen. Algerien, dessen Sicherheitskräfte den „arabischen Frühling“ mit Waffengewalt unterdrückt hatten, erhielt mit Gabriels Zustimmung gar eine Lizenz zum Eigenbau von Fuchs-Spürpanzern. Viele weitere Exportfälle an Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen und extrem schlechter Sicherheitslage wurden eingestanden.

Zu Recht analysierten die DFG-VK-Aktiven auf ihrem Bundeskongress in Mannheim am 25. Oktober 2015: „Die Folgen dieser Rüstungsexportpolitik sind tödlich. Von Gabriel genehmigte Kriegswaffenlieferungen etwa nach Saudi-Arabien und Katar werden erfahrungsgemäß über kurz oder lang in den Händen des Islamischen Staats (IS) landen. Menschen fliehen nach Deutschland vor dem Einsatz deutscher Kriegswaffen in ihren Heimatländern.“ Sie forderten in ihrer ohne Gegenstimme angenommenen Abschlussresolution auf dem 20. Bundeskongress konsequenterweise den sofortigen Rücktritt Gabriels.

Angesichts der tödlichen Folgen stellen sich aber Fragen, die weit über Rücktrittsforderungen gegen Merkel, Gabriel oder weitere Minister im Bundessicherheitsrat hinausgehen. Genau genommen muss das gesamte Rüstungsexportregime der Bundesregierung auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Grundgesetz legt Artikel 26 Absatz 2 fest: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bun-

desregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ Das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und das Außenwirtschaftsgesetz (AWG), die Ausführungsgesetze zu Artikel 26, gestatten zwar Kriegswaffenexporte an EU- und Nato-Staaten sowie an Nato-assoziierte Staaten wie die Schweiz, Neuseeland oder Japan. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom Januar 2000 weisen für „sonstige Länder“, auch „Drittländer“ genannt, ergänzend auf folgenden wichtigen Tatbestand hin: „Der Export von Kriegswaffen [nach KWKG und AWG genehmigungspflichtig] wird nicht genehmigt, es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen.“

„Im Einzelfall“ und „ausnahmsweise“ geben eine klare Richtung vor. Dennoch betrug das Volumen der Einzelgenehmigungen in Drittländer („Sonstige Staaten“) im Jahr 2014 59 Prozent und im Folgejahr 60. Der Einzelfall ist zum Regelfall verkommen. Die Vorgaben des Einzelfalls wurden und werden seit Jahr und Tag von allen Bundesregierungen in diesem Jahrhundert permanent gebrochen.

Möge sich kein Mitglied der christlich-sozialdemokratischen Bundesregierung, das im Bundessicherheitsrat mitwirkt, im Bundestagswahlkampf 2017 auf die Einhaltung des Grundgesetzes und seiner Ausführungsgesetze berufen. Es müsste vor Scham erbleichen angesichts des Lügengebäudes, das die Regierenden im Waffenhandelsbereich aufgebaut haben. Mit dieser Rüstungsexportpraxis wird hemmungslos permanenter Rechtsbruch praktiziert.

■ **Vertragskündigungen sind jederzeit möglich**

Vielfach hat Sigmar Gabriel in den vergangenen drei Jahren darauf verwiesen, dass er an die Beschlüsse der Vorgängerregierung gebunden sei. Tatsächlich hatte die Merkel-Rösler-Regierung vor ihrer Abwahl zahlreiche Rüstungsexportverträge mit Regimes abgeschlossen, die Menschenrechte mit Füßen treten bzw. Krieg führen.

Allein das menschenrechtsverletzende Regime Bouteflika, das in Algerien den „Arabischen Frühling“ mit Waffengewalt unterdrückt hat, erhielt von der christlich-liberalen Bundesregierung Waffenexportzusagen im Wert von 10 Milliarden

Euro! Ausführlich dargestellt habe ich das im Kapitel „Waffen für Öl – algerischer Rüstungsfrühling bis 2012“ im Schwarzbuch Waffenhandel (Jürgen Grässlin: „Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient“, München 2013, S. 176 ff.).

Dennoch ist Gabriels Rechtfertigung schlichtweg haltlos, sie klingt nach schierer Verzweiflung. Denn das Kriegswaffenkontrollgesetz hätte ihm sämtliche Möglichkeiten gegeben, die Exportdeals Merckels und Röslers im Nachhinein zu blocken – falls er dies denn wirklich gewollt hätte.

In § 7 Abs. 1 KWKG ist geregelt: „Die Genehmigung kann jederzeit widerrufen werden.“ In § 9 Abs. 1 heißt es: Wird eine Genehmigung „ganz oder teilweise widerrufen, so ist ihr Inhaber vom Bund angemessen in Geld zu entschädigen“. Widerruf ist demnach „jederzeit“ möglich, allerdings muss eine angemessene Entschädigung entrichtet werden.

Genau das hat die Bundesregierung getan im Falle der beabsichtigten Lieferung eines Gefechtsübungsentrums von Rheinmetall an Russland. Aufgrund der Auseinandersetzungen um die Krim-Halbinsel in der Ukraine wurde ein Ausfuhrstopp verfügt. Wie hoch die Regresszahlungen an die Düsseldorfer Waffenschmiede waren, ist unbekannt. Der Fall aber belegt die Tatsache, dass selbst fortgeschrittene Rüstungsexportprojekte bei abgeschlossenen Verträgen jederzeit gestoppt werden können – wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist.

■ **2016 erneut gesteigerte Exportgenehmigungen**

Welche Schlussfolgerungen haben die Mitglieder des BSR aus dem Rüstungsexportdesaster der Vergangenheit gezogen? Wenig sinnvolle, wie die Auswertung von Stephan Möhrle für das erste Halbjahr des Rüstungsexportberichts 2016 der Bundesregierung zeigt. Er kommt zu dem Schluss: „Deutschland exportiert mehr Munition, zugleich dürfen mehr Kriegswaffen in Krisen- und Kriegsregionen transferiert werden.“

Einmal mehr ist die Liste der führenden Empfängerländer äußerst aufschlussreich. Das Nummer-eins-Empfängerland Algerien erhält mit Genehmigung des BSR eine Fregatte. Die abschließende Genehmigungsentscheidung stammt vom Februar 2016. Demnach darf die ThyssenKrupp Marine Systems GmbH eine Fregatte des Typs MEKO A-200 mit Bewaffnung und Munitionspaket an die Marine des Regimes Bouteflika ausliefern, so das Schreiben von Sigmar Gabriel an den Vorsitzen-

den des Bundestags-Ausschusses für Wirtschaft und Energie, Dr. Peter Ramsauer (CSU). Der Wert des Großwaffendeals mit weiteren Kriegswaffenlieferungen (Flugkörperabwehrsysteme, Flugkörper, Torpedos etc.) beläuft sich auf nahezu eine Milliarde Euro.

Auf Platz zwei folgen die USA, die die militärische Intervention Saudi-Arabiens im Jemen unterstützen. Den unrühmlichen dritten Platz nimmt das Kriegsland Saudi-Arabien selbst ein, das im ersten Halbjahr Einzelgenehmigungen im Wert von 483 Millionen Euro für Hubschrauber, Teile für Kampfflugzeuge u.v.a.m. erhielt. Auf Platz acht, hochkatapultiert von

Platz 25 im Vorjahr, rangiert die Türkei als Empfängerland deutscher Kriegswaffen. Auf dem siebten Platz liegen die VAE, die für mehr als 84 Millionen Euro u.a. militärische LKW, Teile für Kampfpanzer und Haubitzen erhalten, zudem Munition für Gewehre.

Der knallharte Entdemokratisierungsprozess und der tödliche Krieg gegen die Kurden unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan werden mit Kriegswaffenlieferungen im Wert von über 76 Millionen Euro unterstützt. Für das türkische Militär wurden im ersten Halbjahr Teile 2016 für Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Kommunikationsausrüstung etc. genehmigt.

Bleibt ein kleiner Lichtblick – zu Recht betont Möhrle den leichten Rückgang von Kleinwaffenexporten: „Der Wert der Genehmigungen für Kleinwaffen sank in den ersten sechs Monaten 2016 binnen Jahresfrist von 12,4 Millionen – wenn auch nur um ca. 800 000 Euro – auf 11,6 Millionen.“ Als Empfängerländer werden u.a. Indien (Krieg mit Pakistan), der Irak (Waffen für die kriegführenden Peschmerga) und der Oman aufgelistet.

Von den Kleinwaffenexporten profitiert allen voran Deutschlands todbringendstes Unternehmen: Heckler & Koch (H&K) in Oberndorf am Neckar. Auf der Basis von Berechnungen und Schätzun-

H&K-Hauptgesellschafter Heeschen will Whistleblowing gerichtlich unterbinden

Der Heidelberger DFG-VK-Aktivist Hermann Theisen hat im Frühjahr 2015 einen „Öffentlichen Aufruf zum Whistleblowing an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar)“ (H&K) entworfen und diesen als Flugblatt im Mai 2015 zweimal auf dem Firmengelände in Oberndorf an Mitarbeiter des Waffenherstellers verteilt. Darin wurden diese aufgefordert, „die Öffentlichkeit umfassend und rückhaltlos über die Hintergründe der in Teilen illegalen Exportpraxis ihres Arbeitgebers“ zu informieren.

schäfts- und Betriebsgeheimnissen) vor- geworfen. Gegen den Strafbefehl wurde Einspruch eingelegt, womit es nun voraussichtlich im Frühjahr 2017 zu einer öffentlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Oberndorf kommen wird.

Landratsamt Rottweil verbietet Verteilung der Aufrufe zum Whistleblowing

Theisen aber ließ sich nicht einschüchtern. Für den Antikriegstag 2016 meldete er beim Landratsamt Rottweil eine Kundgebung vor den Toren der Oberndorfer Waffenschmiede an. In seiner Begründung schrieb er: „Mit der Kundgebung soll auf die in Teilen illegale Exportpraxis der Heckler & Koch GmbH (Oberndorf am Neckar) aufmerksam gemacht werden, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rüstungsunternehmens sollen dazu aufgefordert werden, jene illegale Exportpraxis aufzudecken bzw. der Öffentlichkeit bekannt zu machen.“ Zudem wurde angekündigt, während der Kundgebung auch die Aufrufe zum Whistleblowing zu verteilen, was vom Landratsamt Rottweil verboten wurde, da mit den Flugblättern zu Straftaten aufgefordert würde. Gegen das grundrechtsverletzende Flugblattverbot ist eine Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 113 VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Amt weigert sich, Briefe an Kommunalpolitiker weiterzuleiten

Erneut wurde Theisen aktiv. Anfang September 2016 versandte der DFG-VK-Aktivist rund hundert Briefe an die Mitglieder des Gemeinderats Oberndorf und

des Kreistags Rottweil. Diese waren einzeln adressiert und frankiert und mit dem Vermerk „Persönlich/Vertraulich“ versehen. Neben dem Aufruf zum Whistleblowing enthielten die Briefe auch diverse Rüstungsexportkritische Unterlagen von „Ohne Rüstung leben“ und der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Während die Stadtverwaltung Oberndorf die Briefe entsprechend weiterleitete, übergab das Landratsamt Rottweil Wochen später sämtliche Briefe an den stellvertretenden Leiter der Staatsanwaltschaft Rottweil, Oberstaatsanwalt Dr. Kalkschmid. Auf die Frage, ob er eine richterliche Beschlagnahme der Briefe einholen werde, teilte er Theisen mit, dass es sich „noch nicht um eine Beschlagnahme“ handele und er stattdessen in Erwägung ziehe, sämtliche Briefempfänger um Erlaubnis zum Öffnen der Briefe zu befragen. Nachdem diesem Vorgehen widersprochen wurde, landeten die Briefe – wohlgemerkt ungeöffnet – erneut beim Landratsamt Rottweil. Rechtsdezernentin Mayr sandte diese – gleichsam ungeöffnet – an Theisen zurück. Die Begründung: „Wir bitten um Verständnis, dass Briefe von Privatpersonen nicht an Mandatsträger weitergeleitet werden.“

Mit achtenswerter Standhaftigkeit geht Hermann Theisen seinen Weg unbeirrt weiter: Gegen das grundrechtsverletzende Vorgehen des Landratsamt Rottweil ist inzwischen eine Feststellungsklage (§ 43 VwGO) vor dem Verwaltungsgericht Freiburg anhängig.

Weitere Infos zum Straf- und zum Verwaltungsgerichtsverfahren können direkt bei dem DFG-VK-Aktivisten erfragt werden: Hermann.Theisen@t-online.de

Jürgen Grässlin



Hermann Theisen (re.) mit seinem Anwalt Martine Heimig

Der Finanzinvestor Andreas Heeschen, der rund 60 Millionen Euro seines Vermögens in die marode Waffenschmiede investiert haben soll, fungierte zu diesem Zeitpunkt vorübergehend als Geschäftsführer von Heckler & Koch und war offenbar über die Flugblattaktion derart erbost, dass er noch am selben Tag über eine Freiburger Anwaltskanzlei Strafanzeige gegen Theisen erstattete. Im Mai 2016 erließ daraufhin das Amtsgericht Oberndorf einen Strafbefehl über 90 Tagessätze zu je 40 Euro gegen Hermann Theisen. Dem Heidelberger Friedensaktivist wird die öffentliche Aufforderung zu Straftaten und Hausfriedensbruch (§§ 111 und 123 Strafgesetzbuch, § 17 UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb [Verrat von Ge-

gen muss bilanziert werden, dass bis zum heutigen Tag mehr als zwei Millionen Menschen durch Kugeln aus dem Lauf von H&K-Waffen getötet wurden. Weit aus mehr überlebten die Schüsse, wurden aber verletzt, verkrüppelt und traumatisiert. Allein durch den Einsatz von H&K-Waffen stirbt im Durchschnitt alle 13 Minuten ein Mensch – so meine jüngsten Analysen unter Einbezug der G36-, HK416- und MP7-Exporte in alle Welt.

Das wahhabitisch beherrschte Saudi-Arabien erhielt bereits 2008 eine G36-Gewehrlizenz. Damals standen Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier dem BSR vor.

Katastrophal ist auch der Export von Munition für Kleinwaffen. Im ersten Halbjahr 2016 wurde der Wert von 27 Millionen auf 283,8 Millionen Euro verzehnfacht. Dabei wurden die Genehmigungen zur Munitionsausfuhr für Kleinwaffen – die „tödlichste“ aller Waffengattungen bemessen nach den Opferzahlen – von 3,80 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2015 auf 8,77 Millionen im ersten Halbjahr 2016 mehr als verdoppelt.

Zu den Empfängerländern von Kleinwaffenmunition zählen unter der Ägide von Sigmar Gabriel u.a. Algerien, Indien, Kuwait, der Oman und die VAE. Sowohl Kuwait als auch die VAE gehören zur Kriegsallianz, die derzeit militärisch im Jemen interveniert. Die Menschenrechtssituation in den genannten Empfängerländern schwankt in der Beurteilung von Menschenrechtsorganisationen zumeist zwischen schlecht und sehr schlecht. Aber tausende dieser Gewehrpatronen können demnach von Sicherheitskräften repressiver Regimes in nicht ferner Zukunft in die Körper von Oppositionellen in den Empfängerländern geschossen werden.

Der Bundessicherheitsrat – weltweit einmaliges Konstrukt für Rüstungsexportgenehmigungen

Letztlich darf Sigmar Gabriel nicht die alleinige Verantwortung an dieser menschenverachtenden Rüstungsexportpolitik angelastet werden. Zwar verantwortet er als Bundeswirtschaftsminister qua Amt den staatlich legalisierten Waffenhandel. Das Modell deutscher Rüstungsexportentscheidungen aber ist weltweit einzigartig: Aus Sicht des Bundes unbedenkliche Waffentransfers an Nato-Staaten bzw. Nato-assoziierte Staaten werden vom Bundesausfuhramt in Eschborn bzw. dem Bundeswirtschaftsministerium in Berlin entschieden.

Für besonders brisante Waffentransfers an „Drittländer“, wie beispielsweise

Algerien, Saudi-Arabien oder Katar, gilt eine weltweit einmalige Situation. Derlei Kriegswaffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete werden nicht durch das Parlament entschieden.

Zuständig für die Entscheidungen, ob die Marine der verfeindeten Staaten in Ägypten, Israel und Türkei weitere Kriegsschiffe von „ThyssenKrupp“ Marine Systems erhalten darf, ob das wahhabitische Herrscherhaus in Riad mit Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter Typhoon von Airbus hochgerüstet, mit einer G36-Gewehrfabrik von H&K an der Macht stabilisiert werden darf, ist einem exklusiven und geheim tagenden Kreis von Regierungspolitikern vorbehalten.

Dem Entscheidungsgremium Bundessicherheitsrat gehören neun stimmberechtigte Mitglieder an: Die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/CSU) als Vorsitzende und der Bundesminister für Wirtschaft Sigmar Gabriel (SPD) als ihr Stellvertreter. Die Riege der stimmberechtigten Christdemokraten umfasst den Chef des Bundeskanzleramts Peter Altmaier, die Bundesministerin der Verteidigung Ursula von der Leyen, den Bundesminister der Finanzen Wolfgang Schäuble und den Bundesminister des Inneren Thomas de Maizière. Des Weiteren sind stimmberechtigt die Sozialdemokraten Frank-Walter Steinmeier als Bundesminister des Auswärtigen und Heiko Maas als Bundesminister der Justiz. Nach der Bundestagswahl 1998 wurde der Kreis erweitert um den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, zurzeit Gerd Müller (CSU).

Im Bedarfsfall dürfen auch andere Bundesminister an den BSR-Sitzungen teilnehmen. Regelmäßige Teilnehmer ohne Stimmrecht sind der Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, der Generalinspekteur der Bundeswehr sowie die Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Teilnehmen können, ebenfalls ohne Stimmrecht, der Chef des Bundespräsidialamtes sowie die Leiterin des Kanzlerinnenbüros.

Die Rüstungsexportentscheidungen fallen abseits öffentlicher Entscheidungsprozesse, nicht einmal die Abgeordneten des Deutschen Bundestags werden direkt involviert. Positiv ist allenfalls anzumerken, dass der Bundestag mittlerweile – wenn auch nur im Nachhinein – über die Entscheidungen des Vorbereitenden Ausschusses und des Bundessicherheitsrates in Kenntnis gesetzt werden. Somit liegen umfassend die Listen vor, welche Rüstungsexporte welcher Firma in welches Land der BSR seit 2002 bewilligt hat.

Politisch und rechtlich problematischer BSR

Im Zusammenhang mit dem Bundessicherheitsrat gibt es auch aus einem nicht grundsätzlich kritischen Blickwinkel zwei gravierende Probleme:

Die Frage der Rüstungsexporte ist politisch hoch umstritten. Man kann der Ansicht sein, dass Entscheidungen darüber dem „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ unterfallen, wie es das Verfassungsgericht tut. Dabei müsste eine Regierung (zumal eine, die sich auf eine Koalition stützt) aber schon aus demokratietheoretischen Gründen das Interesse haben, solche gesellschaftlich kontroversen Entscheidungen wenigstens intern auf eine möglichst breite Basis zu stellen. Entsprechend müsste sie ihre Mitglieder insgesamt, also alle MinisterInnen in die Entscheidung einbeziehen. Die aktuelle Bundesregierung, wie auch die vorigen, praktiziert aber das Gegenteil, indem sie mit dem Bundessicherheitsrat ein Entscheidungsorgan fortgeführt hat, dem lediglich einige MinisterInnen exklusiv angehören.

Hinzu kommt die rechtliche Problematik, dass das Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 2 bestimmt: „Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.“ Was mit „der Bundesregierung“ gemeint ist, bestimmt Artikel 62 GG: „Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern.“ Das Bundesverfassungsgericht führt deshalb zutreffend aus, dass bei „Regelungen des Grundgesetzes, die eine Entscheidungszuständigkeit der Bundesregierung vorsehen, (...) daher grundsätzlich davon auszugehen [ist], dass es eines Beschlusses des gesamten Kabinetts bedarf.“ (Urteil vom 21.10.2014 [2 BvE 5/11], Randnummer 145) Zwar wird in der juristischen Literatur teilweise die Ansicht vertreten, dass Art. 26 Abs. 1 GG „keine Kabinettsentscheidung verlange“ bzw. sogar „eine Delegationsbefugnis beinhalte“ (a.a.O. Randnummer 146). Das Verfassungsgericht weist aber selbst darauf hin, dass in der Literatur „überwiegend davon ausgegangen [wird], dass die Delegation der Genehmigungserteilung auf einzelne Minister mit Art. 26 Abs. 2 Satz 1 GG nicht vereinbar und § 11 Abs. 2 KWKG [Kriegswaffenkontrollgesetz] aus diesem Grunde verfassungswidrig sei“ (a.a.O. RN 147).

Da es in dem Verfahren vor dem Verfassungsgericht letztlich um andere Fragen ging, kommt es zu dem Schluss: „Es bedarf vorliegend keiner Entscheidung, ob die Bundesregierung zur Einrichtung des Bundessicherheitsrates und zur Übertragung der Entscheidungsbefugnis über Kriegswaffenexportanträge auf diesen oder auf einzelne Bundesminister berechtigt ist.“ (a.a.O. Randnummer 148)

Immerhin hat das Gericht mit seinem Urteil vom 21.10.2014 klargestellt, dass die Bundesregierung verpflichtet sei, „Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf entsprechende Anfragen hin mitzuteilen, dass der Bundessicherheitsrat ein bestimmtes, das heißt hinsichtlich des Rüstungsguts, des Auftragsvolumens und des Empfängerlandes konkretisiertes Kriegswaffenexportgeschäft genehmigt hat oder dass eine Genehmigung für ein wie in der Anfrage beschriebenes Geschäft nicht erteilt worden ist.“ (Leitsatz 2)

Stefan Philipp

Hier ein Einblick in die Rüstungsexportbewilligungen des Bundessicherheitsrates bzw. des Vorbereitenden Ausschusses der vergangenen gut zwölf Monate:

Beispiele von Genehmigungsentscheidungen des BSR

Am 6. November 2015 konnte die Rüstungsindustrie - allen voran H&K - einmal mehr jubeln. Wie Sigmar Gabriel in seinem Schreiben an den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Dr. Peter Ramsauer, mitteilte, wurden 14 Anträge bewilligt.

Sieben davon für den Oberndorfer Kleinwaffenhersteller, der u.a. 215 vollautomatische Gewehre an Brasilien, 55 Rohre für Maschinenpistolen an Hongkong, 100 Maschinenpistolen und 10 Maschinengewehre an Malaysia, 1600 vollautomatische Gewehre und 100 Maschinenpistolen an den Oman sowie 14 vollautomatische Gewehre und 500 Maschinenpistolen mit 63000 Patronen an die Vereinigten Arabischen Emirate exportieren durfte.

Indien konnte mit weiteren 100 Maschinenpistolen von Heckler & Koch ausgerüstet werden. Zugleich erhielt Pakistan, das sich im kriegerischen Konflikt mit Indien befand, u.a. nach einem Umbau bei Rheinland-Air-Service zwei Militärflugzeuge zurückgeliefert. Des Weiteren konnten Kriegswaffen von Atlas-Elektronik nach Ägypten und von Dynamit Nobel Defence nach Jordanien verbracht werden.

Nach Algerien, bekanntermaßen von einer dramatischen Menschenrechtssituation gekennzeichnet, konnten nach zwei getrennten Ausfuhrgenehmigungen 92 und 88 Daimler-LKW mit militärischen Ausstattungen geliefert werden.

In eben diesem Jahr bilanzierte Amnesty International eine desaströse Menschenrechtssituation in Algerien: „Die Behörden schränken vor allem unmittelbar vor den Präsidentschaftswahlen im April 2014 die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit ein, lösten Demonstrationen auf und schikanieren Menschenrechtsverteidiger.“ Zudem wurden Frauen „vor dem Gesetz und im täglichen Leben diskriminiert und waren unzureichend gegen Gewalt geschützt“. Migranten wurden „diskriminiert, misshandelt und willkürlich ausgewiesen“, wenn sie ohne regulären Aufenthaltsstatus erwischt wurden. „Todesurteile wurden verhängt“, auch wenn sie (bisher) nicht vollstreckt wurden. Zudem „töteten die Sicherheitskräfte 2014 zahlreiche Angehörige bewaffneter Gruppierungen“.

Seither ist ein Jahr vergangen, in dem der BSR weitere Kriegswaffenexporte von Dynamit Nobel Defence an Israel und einer Fregatte der Thyssen-Krupp-Marine-Systems an Algerien bewilligte.

In seiner bislang jüngsten Entscheidung genehmigte der BSR bzw. der Vorbereitende Ausschuss laut Ministermitteilung Sigmar Gabriels vom 2. November 2016 den Export zahlreicher Waffensysteme an Jordanien: So dürfen an das Militär des Königreiches 24 Schützenpanzer Marder, 28 Ersatzverschlüsse Maschinenkanonen Kaliber 20 mm und weitere Kriegswaffen exportiert werden. Auftragssteller ist Rheinmetall bei einem Gesamtvolumen von ca. 12,8 Millionen Euro.

Jordanien ist Teil der Militärallianz unter Führung von Saudi-Arabien, die seit dem 25. März 2015 im Jemen interveniert. Mit den Angriffen auf Stellungen der Huthi wurden weite Teile des Jemen und die Hauptstadt Sana'a unter ihre Kontrolle gebracht. Amnesty International verweist im aktuellen AI-Report 2015/16 auf die Folgen der Militäraktion der neun Staaten und deren Luftangriffe.

Danach verübten die von Saudi-Arabien geführte Militärallianz und andere Kräfte „zahlreiche Angriffe, bei denen Tausende Menschen getötet oder verletzt wurden, darunter viele Zivilpersonen. Einige der Luftangriffe der Militärallianz verstießen gegen das humanitäre Völkerrecht und könnten Kriegsverbrechen gleichkommen. Die Militärallianz setzte auch Bodentruppen im Jemen ein und verhängte eine Luft-, Land- und Seeblockade, durch die sich die humanitäre Situation der jemenitischen Zivilbevölkerung weiter verschlechterte.“

Gleichfalls am 2. November genehmigte der BSR den Export von

31 Lenkflugkörpern (d.h. gesteuerte Raketen) des Typs Side-winder für Südkorea. Das Land steht in einer dramatischen Bedrohungslage mit Nordkorea. Auftragssteller ist diesmal die Diehl BGT Defence.

Mit derselben Exportentscheidung wurden auch zahlreiche Waffenausfuhren an Thailand zugunsten des Antragstellers Airbus genehmigt. Das Gesamtvolumen der Lieferungen von einer mobilen Luftüberwachungsanlage, eines Militär-LKW, verschiedener Unterlagen und der Betriebssoftware umfasst rund 12,3 Millionen Euro.

Die politische Lage in Thailand ist nach dem Militärputsch vom Mai 2014 weiterhin äußerst angespannt. „Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind allerdings, nach wie vor, erheblich eingeschränkt. Es wird daher empfohlen, Demonstrationen und Menschenansammlungen zu meiden, da gewaltsame Auseinandersetzungen

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller
9	Design, Lizenz und Manuskripte (inkl. Waffensystem) sowie technische Assistance für Feuerleitsysteme 40w	1	Malaysia	Diehl BGT Defence
10	Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Rohre, vollautomatische Gewehre	100 10 10 100	Malaysia	H&K
11	Abmessung und Wiederaufladevorrichtung für nicht selbstgeladene Freigabe	1	Nigeria	Diehl BGT Defence
12	Vollautomatische Gewehre, Geländewagen, Vertriebslast, Granatmaschinenwaffen, Maschinenpistolen, Rohre	1.800 1 34 48 100 2	Oman	Atlas Elektronik
13	Umladegeräte, Wiederaufladevorrichtung von 2 Militärflugzeugen an Maschinen, Perouten/Leitungen, ausgerüstet u. s. mit 4 Topografierungen	2	Pakistan	Rheinland Air Service GmbH
14	Vollautomatische Gewehre, Maschinenpistolen, Patronen	500 63.000	Vereinigte Arabische Emirate	Heckler & Koch GmbH

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller
1	Fregate MEGO A-300 AN mit Bewaffnung, Munitionspaket und Zubehör sowie Seeleuchtschrauber Super Lynx 300 Mk 140	1 2	Algerien	ThyssenKrupp Marine Systems GmbH

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller
1	Fregate MEGO A-300 AN mit Bewaffnung, Munitionspaket und Zubehör sowie Seeleuchtschrauber Super Lynx 300 Mk 140	1 2	Algerien	ThyssenKrupp Marine Systems GmbH

zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften nicht auszuschließen sind“, so die aktuellen Empfehlungen des Auswärtigen Amtes vom November.

Wie es wieder in den Jahren 2014 bis 2016 - Waffentransfers in Kriegs- bzw. Krisenländer zustimmt, der nimmt den möglichen Einsatz der deutschen Kriegswaffen gegen die Zivilbevölkerung im Nachbarland (Jordanien und Südkorea) oder gegen die eigene Bevölkerung (Thailand) billigend in Kauf.

Fazit fatal

Der Tod wohnt im Bundeskanzleramt, dort wo die Mitglieder des BSR mehrfach im Jahr in geheimer Sitzung tagen. Seit ihrem Amtsantritt nach der Bundestagswahl im Herbst 2013 genehmigten die derzeitigen Mitglieder des BSR unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel zahlreiche Kriegswaffenexporte an menschenrechtsverletzende und kriegführende Staaten.

Die Folgen der Ausfuhrgenehmigungen sind fatal: Deutsche Waffen und Rüstungsgüter durften und dürfen von hiesigen Rüstungskonzernen selbst an autokratische und repressive Regimes, auch an Diktatoren im Nahen und Mittleren Osten sowie im Maghreb geliefert werden. Die Kriegseräte werden dort vielfach gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. Die Demokratiebewegung wird in vielen Empfängerländern mit Waffengewalt bedroht und unterdrückt. Schlimmer noch: In der Ära Merkel/Gabriel wurden bisher tausende Menschen durch den Einsatz auch deutscher Kriegswaffen verstümmelt, traumatisiert oder getötet, Unzählige in die Flucht getrieben.

Zahllose Menschen starben bei dem Versuch, vor den Unterdrückern aus ihrem Heimatland zu fliehen und Europa über das Mittelmeer zu erreichen.

Die „Gesellschaft Kultur des Friedens“ bezifferte deren Zahl bereits im September 2016 auf mehr als 4000 Ertrunkene allein in diesem Jahr. Dabei flohen die Menschen vielfach gerade aus den Ländern, an deren Machthaber Deutschland zuvor Kriegswaffen geliefert hatte - was den Slogan erklärt: „Wer Waffen sät, wird Flüchtlinge ernten“.

In Ignoranz all dieser Tatsachen hat die christlich-sozialdemokratische Bundesregierung das Volumen der Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen von 2014 auf 2015 von 6,52 auf 12,81 Milliarden Euro auf einen bislang unerreichten Rekordwert nahezu verdoppelt. Mit diesen jüngst erneut exorbitant gesteigerten Exportgenehmigungen droht der legalisierte Waffenhandel deutscher Rüstungskonzerne in den kommenden Jahren weiter massiv anzusteigen.

Wie auch in den Vorjahren befinden sich unter den Empfängern wieder menschenrechtsverletzende Regimes, wieder Staaten im Krieg. Sigmar Gabriel, vor der Bundestagswahl noch vehementer Kritiker dieser deutschen Rüstungsexportpraxis, hat seine Wahlversprechen fundamental gebrochen. Schon jetzt geht er als Negativrekordhalter bei Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen in die Annalen der

Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG

Neue Fallstudie des BITS mit DFG-VK-Unterstützung zu einem oft vergessenen Thema



Munition ist ein Grundnahrungsmittel des Krieges. Munitionsexporte sind dagegen Stiefkinder der Rüstungsexportdebatte. Das muss sich ändern. Im ersten Halbjahr 2016 machten Munitionsexporte mehr als ein Fünftel des Wertes aller deutschen Rüstungsexportgenehmigungen aus. Der größte in Deutschland ansässige Rüstungskonzern, die Rheinmetall AG, gehört nach eigenen Angaben heute zu den wichtigsten Munitionslieferanten der Welt.

Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) hat sich die Munitionsexporte von Rheinmetall in einer faktenreichen neuen Fallstudie genauer angeschaut: „Hemmungslos in alle Welt“ analysiert, wie sich der Rheinmetall-Konzern durch den Kauf ausländischer Munitionshersteller und den Aufbau von Gemeinschaftsfirmen im Ausland ein weltweites Vertriebsnetz mit entsprechenden Marktanteile gesichert hat. Rheinmetall ist in den Export ganzer Munitionsfabriken eingestiegen und umgeht geschickt deutsche und europäische Beschränkungen beim Waffenexport.

Die logische Konsequenz: Munitionen aus dem Rheinmetall-Konzern kommen in Kriegen zum Einsatz; genauso wie in Staaten, die die Menschenrechte massiv missachten.

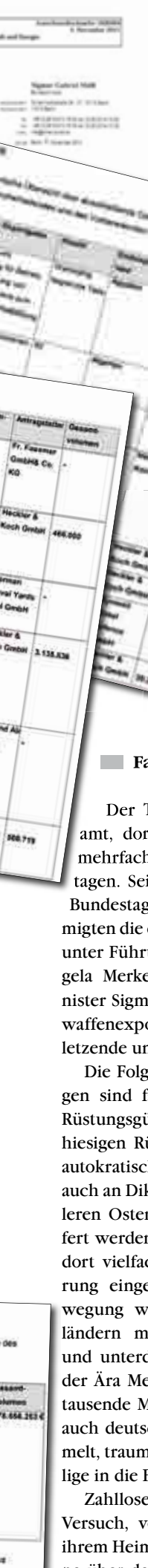
Die Studie „Hemmungslos in alle Welt - Die Munitionsexporte der Rheinmetall AG“ entstand mit Unterstützung etlicher Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen, so des Dachverbandes Kritischer Aktionäre, des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg, der grassroots foundation, Ohne Rüstung Leben, des RüstungsInformationsBüro (RIB e.V), urgewald und der Stiftung Umverteilen.

Im Internet kann die Studie unter www.bits.de/public/rr16-01.btm heruntergeladen oder auch als Broschüre bestellt werden.

Tabellarische Übersicht über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates und des Vorberatenden Ausschusses

Nr.	Art des Exportgutes	Anzahl	Endempfängerland	Antragsteller	Gesamtvolumen
1	Schützenpanzer MARDER Maschinenkanonen Kal. 20mm Ersatzteileklasse Maschinenkanonen 20mm Fahrzeulpanser MARDER Ersatzteile	24 28 26 1 1	Jordanien	Rheinmetall LandSystems GmbH	ca. 12,8 Mio. EUR
2	Lenkflugkörper SIDEWINDER komplett oder in Einzelteilen	21	Südkorea	Darr BGT Defence GmbH	
3	Möbtle Luftabwehranlage Militärischer Lastkraftwagen Ersatzteile, Schulungs- und Verwendungsunterlagen, Reparaturwerk	1 1 1 1	Thailand	Active DS Electronica and Border Security GmbH	ca. 12,3 Mio. EUR

* Die Bundesregierung stellt von Angaben zum Auftragsvolumen dann ab, wenn diese in Kombination mit Angaben zu Stockzahlen Rückschlüsse auf den Einzelpreis bestimmter Rüstungsgüter zuließen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Oktober 2014 (2 BvE 5/11) würden Angaben, die so konkret sind, dass aus ihnen auf verlässliche Informationen, etwa auf den Einzelpreis eines bestimmten Rüstungsguts, geschlossen werden kann, in unverhältnismäßiger Weise in die Bestandsfreiheit der Unternehmen eingreifen (vgl. BVerfGE 128, 282 und 218 des 1. Senats).



deutschen Rüstungsexportgeschichte ein. Derart todbringend hat wohl kein Wirtschaftsminister vor ihm jemals agiert.

So befanden sich im Zeitraum von 2014 bis 2016 – Gabriels ersten drei Jahren im Bundessicherheitsrat – unter den Empfängerländern deutscher Kriegswaffen zahlreiche Staaten, die die Menschenrechte massiv verletzen. Selbst kriegführende Staaten werden mit deutschen Waffen und Rüstungsgütern hochgerüstet. Saudi-Ara-

bien, das allein 2015 laut Amnesty International 150 Todesurteile öffentlich vollstreckte, ist die militärische Führungsnation im völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Jemen.

Welche Waffen die saudische Luftwaffe einsetzt – möglicherweise Eurofighter Typhoon aus deutsch-britischer Produktion –, ist bislang ungeklärt. Unbestreitbar dagegen ist die Tatsache, dass ein Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Human

Rights Watch schon im Mai 2015 vor Ort im Jemen die Bombenhülle einer MK83 fotografierte. Das ist eine 1000-Pfund-Bombe aus der MK-Serie, die bei einem Tochterunternehmen von Rheinmetall in Italien gefertigt wird.

Die Türkei führt, maßgeblich mit deutschen Kleinwaffen, Krieg gegen Kurden im Südosten des Landes und gegen den IS und andere Kräfte im Irak. Indien und Pakistan führen Krieg gegeneinander –

Verleihung der Ehrendoktorwürde an Jürgen Grässlin für „mutigen Einsatz zur Aufdeckung der Gräueltaten des Waffenhandels“

„Begegnung mit Welt-Wagemut“, so lautete die Überschrift über der 1. Nationalen Utopie-Konferenz in Verona/Sezano in Italien. Das „Monastero del Bene Comune“ (Gemeinwohl-Kloster) liegt wenige Kilometer von Verona entfernt inmitten von idyllischen Weinbergen. Dort finden immer wieder interessante Veranstaltungen der „Università del Bene Comune“ statt, die dort ihren Sitz hat. Am 14. und 15. Oktober trafen sich dort ca. 120 Menschen zum Thema: „Utopie – neu denken! Von der Fantasie des Unmöglichen zur Realisierung eines Sinneswandels“.

Bereits am Vorabend des Kongresses war Jürgen Grässlin auf Einladung der italienischen Friedensbewegung „Centro della Pace“ in Südtirol zu einem Vortrag in Bozen eingeladen. Die Tageszeitung „Alto Adige“ veröffentlichte einen ganzseitigen Beitrag mit einem Interview, in dem Grässlin als ein „Wirbelwind“ bezeichnet wird, der mit seinen Enthüllungen über illegalen Waffenhandel „politische Erdbeben mit jedem seiner Bücher in Deutschland auslöst hat“.

die Auswirkungen der Waffenlieferungen aus Deutschland und Italien in aktuelle Kriegs- und Krisengebiete und die Mitverantwortung der jeweiligen Regierungen.

Am Samstagnachmittag, 15. Oktober, erfolgte dann die Verleihung der Ehrendoktorwürde Honoris Causa (h.c.) in Utopia 2016 durch den Politologen Prof. Riccardo Petrella. Im vorausgehenden Vortrag sprach Jürgen Grässlin zu den von ihm recherchierten Sachverhalten „Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen“ – auch hier mit den Schwerpunkten deutscher und italienischer Waffentransfers.

Grässlins Analyse entpuppte sich schnell als traurige Wahrheit: Nur wenige Tage zuvor hatte die bekannte katholische Tageszeitung „Avvenire“ mehrere Artikel über Massaker im Jemen und die Beteiligung italienischer wie auch deutscher Waffenfirmen veröffentlicht. Diese exportieren ihre Bomben und Militärgeräte vom Flughafen Cagliari in Sardinien aus direkt in den Jemen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit handelt es sich u.a. auch um Bomben, die von der italienischen Rüstungsfirma „RWM Italia“, einem Ableger der deutschen Firma Rheinmetall Defence, gefertigt und geliefert wurden.

In Bezug auf den Export von Kleinwaffen aus Italien konnte Jürgen Grässlin die naheliegende Vermutung äußern, dass der Unternehmensführer Ugo Gussalli Beretta der – wie er sagte – „Nummer-eins-Täter der italienischen Rüstungsindustrie“ ist. Der Kleinwaffenhersteller und -exporteur Beretta hat seinen Firmensitz in der Provinz Brescia und versorgt die Krisen- und Kriegsregionen der Welt mit Gewehren.

Die „Audacia“, der Wagemut und die Kühnheit, mit der Jürgen Grässlin immer wieder „aufsteht für das Leben“ und sich gegen eine Kultur des Todes durch Waf-

fengewalt stark macht, wird nun erstmalig durch die Verleihung einer Ehrendoktorwürde gewürdigt. In der Urkunde, die ihm überreicht wurde, ist zu lesen:

„Die Ehrendoktorwürde in Utopia wird an Jürgen Grässlin verliehen für: seinen langjährigen – auf europaweit durchgeführten Forschungen und Untersuchungen gestützten – mutigen Einsatz zur Aufdeckung der Gräueltaten des Waffenhandels, der sich in der offenen Form des Handelsgeschäftes vollzieht oder als verdeckte Vernetzung und Verwicklung mit jenen politischen Strategien erfolgt, die darauf abzielen, überall auf der Welt Todes- und Terrorwerkzeug zu verkaufen. Tag und Nacht setzt sich Grässlin als Sprecher der Kampagne ‚Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel‘, bei der mehr als hundert Verbände und Gruppen der Zivilgesellschaft mitmachen, leidenschaftlich für Frieden und Gewaltlosigkeit ein.“

Die TeilnehmerInnen erhoben sich zur Verleihung in diesem feierlichen Moment. Es war ein bewegendes Erlebnis, die Freude zu erleben, dass der Einsatz von Frauen und Männern für den Frieden und zum Wohl der Menschen längst begonnen hat und sich europäisch vernetzt.

Im abschließenden Filminterview mit der internationalen Presseagentur Presenza sprach Jürgen Grässlin über die Utopie einer Welt des Friedens, zu der wir alle beitragen können und die wir miteinander aufbauen können (*siehe <https://www.youtube.com/watch?v=tIrrfrXgINM>*). Presenza zeigt auch Filmausschnitte von der Preisverleihung – der knapp fünfzehnminütige Kurzfilm beeindruckt.

Die Ehrendoktorwürde für die Utopie des Friedens an Jürgen Grässlin ist eine Anerkennung für alle Frauen und Männer, die sich von Herzen engagieren und Aufstehen für das Leben, das uns allen geschenkt wurde.

Alexander Schleicher, katholischer Pfarrer der Kirchengemeinde An der Eschbach, DFG-VK Villingen



Jürgen Grässlin und seine Frau Eva mit den anderen Geehrten

Grässlin stellte im Zeitungsinterview sein aktuelles Buch „Netzwerk des Todes“ vor, das er gemeinsam mit dem Filmemacher Daniel Harrich und der Journalistin Danuta Harrich-Zandberg veröffentlicht hatte. Bei einer Podiumsveranstaltung im Bozener Rathaus erläuterte er im Gespräch mit Giorgio Beretta, einem renommierten italienischen Friedensaktivisten,

Foto: Alexander Schleicher

die Militärs beider Länder erhalten mit BSR-Zustimmung deutsche Kriegswaffen.

Nicht jeder Rüstungsexport stellt eine Beihilfe zu mörderischen Handlungen da. Doch die deutsche Rüstungsexportpraxis ist weltweit eine einmalige, die eine Personifizierung möglich, wenn nicht vonnöten macht. Maßgeblich Mitschuld am völlig enthemmten Rüstungsexport tragen die neun stimmberechtigten Akteure im Bundessicherheitsrat: Merkel, Gabriel, sechs weitere Minister sowie der Chef des Bundeskanzleramtes.

Durch deren geradezu skrupellose Genehmigung von Kriegswaffen transfers an menschenrechtsverletzende Staaten machen sie sich mitschuldig an schwersten Menschenrechtsverletzungen in den Empfängerländern, die mit deutschen Exportwaffen begangen werden. Durch ihre Rüstungsexportgenehmigungen in Krisen- und Kriegsgebiete – allen voran an kriegsführende Staaten – machen sich die Mitglieder des BSR vielfach mitschuldig am

Morden mit den gelieferten Waffen. Der Vorwurf lautet deshalb unumgänglich: Beihilfe zu schwersten Menschenrechtsverletzungen und Beihilfe zu Mord.

Und er lautet auf Bruch des Waffenembargos der Vereinten Nationen gegen den Irak durch Waffenlieferungen an die Regierung in Bagdad (mit Weiterleitung an die Peschmerga im Nordirak) und somit auf Verletzung des Völkerrechtes, was zugleich einem Bruch des Grundgesetzes gleichkommt.

Einmischen in den Bundestagswahlkampf 2017

Die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ – wesentlich mitgetragen von der DFG-VK – organisiert im Jahr der Bundestagswahl 2017 zahlreiche Aktivitäten und Aktionen. Zurzeit führt die Aufschrei-Kampagne die Unterschriftensammlung „Export von Kleinwaffen und Munition stoppen!“ durch. Am 3. und 4.

März 2017 organisiert Pax Christi die Aufschrei-Aktionskonferenz „Stoppt den Waffenhandel!“ in St. Georgen in Frankfurt am Main (siehe www.paxchristi.de). Vom 6. bis zum 17. Juni 2017 findet ein Staffellauf „Frieden geht“ von Oberndorf am Neckar (Heckler & Koch) bis nach Berlin (Bundessicherheitsrat und Bundeswirtschaftsministerium) statt (Online-Informationen ab Jahresbeginn 2017 unter der Adresse www.frieden-geht.de).

Umfassende Informationen finden sich auf den Websites www.aufschrei-waffenhandel.de, www.dfg-vk.de und www.rib-ev.de.

Jürgen Grässlin ist Bundessprecher der DFG-VK, Sprecher des Rüstungsinformationsbüros und Sprecher der bundesweiten Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Am 10. Dezember wird ihm der Stuttgarter Friedenspreis verliehen. Weitere Infos und Kontakt: <http://juergengraesslin.com>

„Erst kommt das Fressen, dann die Moral“

Interview mit Wolfgang Landgraeber über seine Heckler&Koch-Filme und Deutschlands Waffenstadt Nr. 1

ZivilCourage: *Wie erklärt sich deine intensive Beschäftigung mit Fragen der Kriegsproblematik?*

Wolfgang Landgraeber: Auslöser war, dass ich zu feige war, den Kriegsdienst zu verweigern. Im Jahr 1966 habe ich die Bundeswehr als einen Verein kennengelernt, dem ich eigentlich nie angehören wollte. Und dennoch leistete ich meinen Wehrdienst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Dabei diente ich in Rheine in Westfalen bei einem Luftwaffengeschwader mit Starfightern. Diese Kampfflugzeuge waren damals teilweise sogar atomar bewaffnet.

Über die Jahre hast du dich auch intensiv mit dem G3-Gewehr von Heckler & Koch und dessen massenhaften Exporten beschäftigt. Dieses Sturmgewehr hast du schon als Bundeswehrsoldat nur allzu gut kennengelernt.

Ja, natürlich. Aber auch nach der Bundeswehrzeit verfolgte ich die Spur dieser Waffe. Wenige Jahre nach der Bundeswehr ging ich an die Filmhochschule in München. Ich fragte mich bereits damals: Was sind das für Menschen, die abertausendfach Gewehre bauen? Und: Was ist das für eine Firma, die diese Massenvernichtungswaffen in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert?

Aus der intensiven Auseinandersetzung mit dem Gewehrhersteller Heckler & Koch resultierte im Jahr 1984 der Dokumentarfilm „Fern vom Krieg“ und die spätere Kurzfassung „Südfrüchte aus Oberndorf“. Zudem entstand das ARD-Format „Unter deutschen Dächern“ mit dem Film „Das Oberndorfer Gewissen“.

Der Filmtitel „Südfrüchte aus Oberndorf“ hat eine durchaus spannende Vorgeschichte.

Stimmt. Als ein Verkaufsentwickler von Heckler & Koch vom Frankfurter Flughafen abfliegen wollte, ließ er damals seinen Koffer vor dem Eincheckschalter stehen. Dieser fiel in die Hände linksalternativer Aktivisten der Zeitschrift „Pflasterstrand“, die die Unterlagen an mich weiterreichten. Die wichtigsten Papiere veröffentlichte ich, den Koffer haben wir dann schön brav bei der Polizei abgeliefert. Der Filmtitel erklärt sich durch den Geheimcode des Heckler&Koch-Dealers Lothar Armin Bähr: Die Südfrüchte „Banane“ und „Orange“ standen für H&K-Waffen, die nach Lateinamerika geliefert werden sollten.

Wie lautet die zentrale Botschaft deines ersten Filmes über die Waffenstadt Oberndorf?

Mit diesem Film gebe ich der Verwundung Ausdruck, dass man in Oberndorf

seit jeher geradezu stolz darauf ist, zweihundert Jahre lang Todesprodukte herzustellen und in Krisen- und Kriegsgebiete zu exportieren und dass man zugleich ruhigen Gewissens schlafen kann. Die Beschäftigten bei H&K und die beim zweiten großen Oberndorfer Waffenproduzenten Rheinmetall, damals Mauser-Werke, können verwunderlich verdrängen.

Also muss man die Folgen seines Handelns verdrängen, wenn man bei Heckler & Koch oder Rheinmetall arbeitet?

Das ist nur allzu logisch. Wenn man in einem der beiden großen Waffenschmieden der Waffenstadt Oberndorf arbeitet, dann muss man den todbringenden Charakter der selbst gefertigten Produkte völlig verdrängen. Man stellt eben nicht nur Sportwaffen her, sondern maßgeblich Kriegswaffen. Und aufgepasst: G3-Gewehre und heute G36-Gewehre wurden bzw. werden – ebenso wie die Bordkanone des Eurofighters von Rheinmetall – in Kriegsgebiete wie Saudi-Arabien exportiert. Die Menschen müssen die furchtbaren Folgen ihres Handelns verdrängen, um ihren Beruf ausüben zu können.

Als einer der Besucher der Filmpremiere im Oberndorfer Kino vor mittlerweile rund 30 Jahren erinnere ich mich nur allzu gut an die negativen Reaktionen



Foto: Stefan Philipp

Demonstration vor dem Heckler & Koch-Firmengelände in Oberndorf am Neckar Anfang Juni 2013

von H&K-Mitarbeitern auf die Vorführung.

Oh ja, eine Szene haben sie mir damals besonders übel genommen: Ich habe den Aufmarsch der Truppen des Massenmörders Idi Amin aus Uganda mit G3-Gewehren gezeigt. Die Szene wechselt hin und her mit dem feierlichen Umzug der Oberndorfer anlässlich der damaligen 1200-Jahr-Feier. Diese Szene nehmen sie mir bis heute übel. Für viele Oberndorfer war dies die Begründung, warum sie mit mir nichts zu tun haben wollen.

Drei Jahrzehnte sind seither vergangen. Weshalb bast du aktuell den zweiten Film - „Vom Töten leben“ - gedreht?

Anders als beim ersten Film hatte ich die Hoffnung, jetzt doch in die Gedanken- und Motivationswelt der Rüstungsarbeiter vordringen zu können - was mir beim ersten Mal nicht gelungen war.

Heute ist mir das mit der Hilfe von Protagonisten im Film zumindest teilweise gelungen. Beispielsweise durch Thomas Kästner, dessen Vater in der Entwicklungsabteilung von Heckler & Koch gearbeitet hat. Er verstarb mit gerademal 47 Jahren. Der Sohn ist Kriegsdienstverweigerer und hat versucht, Erklärungen zu finden für den frühen und völlig überraschenden Tod seines Vaters.

Die da wären?

Der Vater konnte mit dem Zwiespalt nicht leben, auf der einen Seite für Frieden und Freiheit eintreten zu wollen und auf der anderen Seite höchstpersönlich an der Entwicklung von Kriegswaffen zu arbeiten. Technisch gesehen war der Mann beteiligt an der Optimierung eines komplizierten Zusammenspiels von Baugruppen, die letztendlich den weltweiten „Erfolg“ des G3 begründeten.



Friedensdemonstration in Oberndorf am Neckar in den 1980er Jahren

Seit Jahrzehnten schießen Terroristen bevorzugt mit H&K-Waffen. Von der RAF in Deutschland über die sunnitisch-islamistische Palästinenserorganisation Hamas bis hin zur Farc in Kolumbien oder dem Sendero Luminoso in Peru...

... auch bei Al-Shabaab, bei Boko Haram und dem IS, dem sogenannten „Islamischen Staat“. Der Film liefert die Bilder und damit die Beweise dafür, dass selbst modernste H&K-Waffen, wie das G36, heutzutage von Terrorgruppen wie diesen rund um den Globus eingesetzt werden.

Wie gelangen die H&K-Waffen in die Hände von Terrorgruppen?

Die Endverbleibszertifikate, die die Bundesregierung von den Empfängerländern verlangt, sind das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt werden. Bei vielen dieser Empfänger handelt es sich um korrupte Polizisten und Militärs, die die Waffen weiterverkaufen. Wer bezahlt, der bekommt.

Welchem Weg bist du mit deiner Kamera gefolgt, um das Oberndorfer Gewissen in heutiger Zeit zu zeigen?

Zuerst einmal habe ich das getan, was alle Journalisten tun: Mit der Kamera durch die Stadt streifen. Dabei habe Einwohner alles getan, um mir auszuweichen, um wegzugehen. Das war ein Schlag ins Wasser. Einer hat uns angepöbel, wir sollen von hier verschwinden.

Was also tun, wenn der Beton derart hart angerührt ist?

Das ist wahrlich nicht leicht. Ich habe mich mit dem damaligen katholischen Stadtpfarrer Albrecht Zepf getroffen; zu einer Zeit, da er noch nicht pensioniert war. Ich habe ihn gebeten, H&K-Mitarbeiter in seiner Gemeinde anzusprechen und sie zu bitten, mir für Interviews zur Verfügung zu stehen. Ich habe nur einen einzigen gefunden, den langjährigen Betriebsratsvorsitzenden von Heckler & Koch, Edgar Hagen. Der IG Metall war bereit, aber ich musste ihm größtmögliche Fairness zusagen und die Fragen vorab einreichen.

Nun ist Edgar Hagen nicht gerade für eine kritische Linie gegen dem H&K-Vorstand bekannt. Jahrelang hat er die Gewehrproduktion und -exporte wohlwollend kommentiert. Zeichnet sich hier ein Gesinnungswandel ab?

Nein, das nicht. Für den Film hat er unmissverständlich geäußert, er „stehe voll dahinter, hinter Produkt und Unternehmen“. Zudem ergänzt er: „Seit es den Homo Sapiens, seit es den Menschen gibt, gibt es Waffen und Kriege.“ Er sei „von der Illusion einer Welt ohne Kriege und Waffen weit entfernt.“ Der Mensch sei eben des Menschen Wolf, und das würde immer so bleiben.

Homo homini lupus. Damit rechtfertigt die Rüstungsindustrie seit jeber Kriegseinsätze und Waffenexporte. Ich hoffe, du bist da optimistischer gestimmt. Ich bin fest überzeugt, dass es eine Zukunft ohne Kriege geben wird – auch wenn wir eingeständenermaßen noch weit davon entfernt sind. Ich setze auf den zivilisatorischen Fortschritt. Will die Menschheit überleben, muss sie lernen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Ein absolutes Highlight in deinem neuen Film ist der kontroverse theologische Disput zwischen Pfarrern in der Region. Da fehlt so manchem Kirchenvertreter der Mut, unangenehme Wahrheiten auszusprechen und sich an Jesus als Friedensstifter zu orientieren.

Ich habe Priester Stephan Lampart aus Bochingen nahe Oberndorf die unmissverständliche Botschaft aus dem Vatikan vorgehalten. Papst Franziskus hat, wie im Film angesprochen, geäußert: „Wer Waffen baut oder vertreibt, der kann sich nicht Christ nennen.“ Pfarrer Lampart hat darauf entgegnet: „Das ist völlig undurchdacht. Da stellt er sich gegen die ganze theologische Tradition. Er kann doch nicht jeden, der in der Waffenindustrie mitarbeitet, exkommunizieren.“ Lamparts Vorwurf an den Papst: „Also, er denkt manchmal Sachen nicht zu Ende.“

Dabei hilft ein Blick in die Bergpredigt im Neuen Testament.

Ja! Und zum Glück gibt es auch die originäre Sicht in der Katholischen Kirche. Alexander Schleicher, der in Niederschach eine halbe Stunde von Oberndorf entfernt als leitender Pfarrer tätig ist, vertritt im Film die Ansicht, dass die Kirche ganz klar in der Mitverantwortung steht, Kriege und Gewalt zu ächten – und damit auch Waffenproduktion und -export. Pfarrer Schleicher stimmt Papst Franziskus zu: Wer in der Waffenindustrie arbeitet und davon lebt, darf den Aufruf der Bergpredigt zu Gewaltverzicht und zum Friedensstiften nicht missachten. Das Schweigen über die Folgen der Waffenproduktion und des Exportes in kriegführenden Staaten muss gebrochen werden. Dabei braucht es die Stimme und den aktiven Beitrag der christlichen Kirchen und Ihrer Mitglieder.

Schon vor drei Jahrzehnten sagte mir der damalige evangelische Pfarrer aus Oberndorf, der friedensbewegungsnah war: Wenn ich in meinem Gottesdienst offen kritisieren würde, dass manche meiner Gemeindemitglieder am Sonntag in die Kirche geben und am Montag tödliche Kriegswaffen bauen, dann wäre die Kirche noch leerer. Hat sich denn nichts geändert in den gut 30 Jahren, die

zwischen deinen beiden Filmen liegen?
Nein, nicht in dieser Waffenstadt. Leider hat sich eben nichts Grundlegendes verändert, weder im Denken noch in der Einstellung der Beschäftigten von Heckler & Koch. Schließlich betonen Oberndorfer Gewerkschafter – wie Edgar Hagen – man dürfe nicht vergessen, dass Waffen auch eine friedenserhaltende Funktion durch Abschreckung hätten.

Wie lautet die Kernbotschaft deiner neuen Filme?

Zum Ersten frei nach Bertolt Brecht: Erst kommt das Fressen, dann die Moral. Zum Zweiten: Wenn sich jeder, der Waffen produziert, klarmachen würde, gegen wen diese letztlich eingesetzt werden, müsste er sofort die Arbeit in der Rüstungsproduktion einstellen. Drittens: Wo kein Kläger ist, da ist auch kein Richter – deswegen ist Heckler & Koch in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend von Ermittlungen der deutschen Justiz verschont geblieben. Erst durch deine wiederholten Strafanzeigen und durch die Journalisten, die dann nachgehakt und in Mexiko vor Ort recherchiert haben, ist der öffentliche Druck entsprechend gewachsen. Und endlich hat sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft dazu herabgelassen, Anklage gegen sechs Manager von Heckler & Koch wegen der illegalen G36-Gewehrexporte nach Mexiko zu erheben.

Wie schätzt du die Folgen der Strafverfahren gegen sechs führende H&K-Mitarbeiter ein – vor allem, wenn es 2017 zu einer Verurteilung vor Gericht kommen sollte?

Wolfgang Landgraber ist Filmemacher und war bis 2012 Leiter der Programmgruppe Dokumentationen Kultur und Geschichte im WDR-Fernsehen. Er beschäftigt sich seit den Achtzigerjahren intensiv mit Fragen des Waffenhandels und -exports. Das Interview für die **ZivilCourage** führte **Jürgen Grässlin**. Für die Veröffentlichung hier wurde es gekürzt. Die ausführliche Fassung ist auf der Homepage der DFG-VK zu lesen: www.dfg-vk.de
Kontakt zu Wolfgang Landgraber: Dantestraße 27, 80637 München; Telefon: 089-178778-02; E-Mail w.landgraber@t-online.de



Ich verspreche mir von dem Prozess, dass die kritische Öffentlichkeit zukünftig genauer und schärfer hinsieht. Denn bisher haben die wenigen Verfahren wegen illegalen Waffenhandels in Deutschland kaum Beachtung gefunden. Was für die H&K-Beschäftigten und für die Oberndorfer im Kleinen gilt, das gilt auch für die Öffentlichkeit im Großen: wegschauen und verdrängen. Genau dagegen kämpfe ich mit meinen Dokumentarfilmen an.

Jetzt gilt es, deinen Film über Oberndorf – Deutschlands Waffenstadt Nummer eins – national wie international bekannt zu machen. Du reist zurzeit durch die gesamte Republik, quasi von Kino zu Kino. Wie kann man dich buchen?

Auch 2017 stehe ich jederzeit als Regisseur für Filmvorführungen und als Referent zur Verfügung. Auf Anfrage komme ich gerne.

Wie aus Helden Mörder werden

(gesehen in Flensburg)



Trump und weitere Übel

Die Einschätzung einer deutsch-amerikanischen Friedensaktivistin zur US-Präsidentschaftswahl

Von Elsa Rassbach

Als US-Präsident Barack Obama auf seiner europäischen Abschiedstour in Berlin war, erinnerte ich mich noch gut an die Rede des damaligen Präsidentschaftskandidaten Obama im Juli 2008 an der Siegessäule vor 200 000 Menschen. Kleine Gruppen von Afghan*innen wurden zurückgewiesen, weil sie Transparente gegen den Krieg mit sich gebracht hatten; Transparente waren aber generell verboten.

Obama begann seine Rede mit dem Hinweis auf die US-Luftbrücke im Kalten Krieg und betonte die daraus entstandene Freundschaftspflicht der Deutschen, den USA durch mehr Bundeswehr-Soldaten in Afghanistan zu helfen. Mit einer Gruppe Freundinnen hatte ich ein großes Transparent mit der Losung „Troops out of Afghanistan“ unter meinem T-Shirt hineingeschmuggelt, das durch eine Gruppe junger Männer hoch auf einer Laterne gehalten als sichtbarer Protest kurz im Fernsehen erschien. Aber im November 2008 habe ich wie in jedem Wahljahr seit 1980 für „das kleinere Übel“ gestimmt: diesmal für Obama im Vergleich mit dem vermutlich gefährlicheren John McCain

Bei der jetzigen Wahl war es für mich, so wie für viele US-Wähler*innen, schwierig, ein „kleineres Übel“ unter den Präsidentschaftskandidaten der beiden großen Parteien zu bestimmen. Zusammen mit Friedensgruppen und antirassistischen Bewegungen wie Codepink und „Black Lives Matter“ habe ich im Juli beim republikanischen Parteitag in Cleveland und auch

beim demokratischen in Philadelphia protestiert. Bei Besuchen in New York und in Colorado hörte ich überall in beiläufigen Gesprächen den Unmut und die Verwirrung sehr vieler Amerikaner*innen über diese zwei Kandidaten.

Die hochqualifizierte „Insiderin“ Hillary Clinton war die erste weibliche Präsidentschaftskandidatin in 228 Jahren US-amerikanischer Geschichte. Allerdings hat sie sich seit ihrer Zeit als First Lady für den grausamen und unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“ eingesetzt – für eine Politik von Sanktionen, des Regime Change, der Attentate und von Chaos. Nach den Interventionen in Libyen, Honduras und Syrien schien sie nun sogar bereit, in Syrien und in der Ukraine einen großen Krieg mit Russland zu riskieren. Und wie Obama wollte Clinton die undemokratischen Handelsabkommen TTIP und TPP und vieles mehr für ihre Wall-Street-Unterstützer (einschließlich neun von 10 der größten Rüstungsfirmen) durchsetzen.

Der „Außenseiter“ und republikanische Kandidat Donald Trump versprach, die verhassten Handelsabkommen abzulehnen und Friedensverhandlungen mit Russland einzuleiten. Auf eine schockierende Weise hat er aber während seines Wahlkampfes rassistische und frauenfeindliche Ansichten offen vertreten und Maßnahmen wie die Registrierung von Muslimen, Massenabschiebungen und den Bau einer Mauer zwischen den USA und Mexiko sowie riesige Steuersenkungen für Reiche und Großkonzerne angekündigt.

Fast neun Prozent der Wähler*innen zwischen 18 und 39 Jahren haben aus Protest für die Kandidat*innen von Drittparteien gestimmt, die keine Chance auf den Sieg hatten. Es war klar, dass Clinton in meinem Bundesstaat Colorado gegen Trump gewinnen würde. Deswegen konnte ich mit gutem Gewissen Jill Stein, Kandidatin der Green-Party, wählen. Sie war die Favoritin der Friedensbewegten und hat bundesweit etwa ein Prozent der Stimmen erhalten.

Keine Stimmenmehrheit für Trump

Die Wahlbeteiligung lag 2016 bei lediglich 58,1 Prozent. Hillary Clinton hat bundesweit eine knappe Mehrzahl der Stimmen erhalten: 47,73 gegen 46,72 Prozent für Trump. Nach dem in der US-Verfassung verankerten Wahlmänner-Gremium-System („Electoral College“) hat Trump jedoch mehr Wahlmänner und soll nun der fünfte Präsident in der US-Geschichte, der ohne Stimmen-Mehrheit gewonnen hat. Der letzte, der auf diese Weise Präsident wurde, war George W. Bush.

Das Wahlmänner-System ist in der Epoche der Sklaverei entstanden. Obwohl Sklaven nicht wahlberechtigt waren, bekamen die Wahlmänner der südlichen Bundesstaaten für jeden Sklaven drei Fünftel einer Stimme. Heute ist das Wahlmänner-System umstritten, weil es dem Prinzip „ein Wähler, eine Stimme“ widerspricht. Der Bundesstaat Wyoming bekommt z.B. eine Wahlmann-Stimme pro 187 875 Wähler*innen, während New York nur eine Wahlmann-Stimme pro 668 210 Wähler*innen erhält.

Am 20. Januar 2017 soll Donald Trump das Amt des US-Präsidenten antreten. Unterstützt durch Mehrheiten der Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat wird er wahrscheinlich viele seiner Absichten durchführen können.

Schlimmste Befürchtungen

In den ersten Tagen nach der Wahl hat Trump Entscheidungen getroffen, die die schlimmsten Befürchtungen über seine Absichten zu bestätigen scheinen. Zum Beispiel hat er als Chefstrategen für sei-



ne Präsidentschaft seinen Wahlkampfmanager Steve Bannon benannt, der als Chef des rechtspopulistischen Nachrichtendienstes Breitbart-News zum effektivsten Medienpropagandisten für die „weiße Vorherrschaft“ geworden ist („Trump's Goebbels“?).

Trump will außerdem die wichtigsten Positionen in seinem Kabinett mit extrem konservativen Hardlinern, bekannten Rassisten und Islamgegnern besetzen. Eine Grundlage für „hartes Durchgreifen“ hat Obama schon kurz nach seiner Wiederwahl in 2012 geschaffen. Trotz breitem Protest unterzeichnete Obama das „Genehmigungsgesetz zur nationalen Verteidigung“, das laut New York Times zukünftigen US-Präsidenten „die Autorität gibt, US-Bürger lebenslang ohne Prozess oder Anklage ins Gefängnis zu stecken“.

Der Wahlsieg von Trump wäre ohne den schon lange bestehenden Rassismus in den USA sicherlich nicht möglich gewesen. Seit der Wahl sind rassistische Spannungen und Vorfälle stark gestiegen wie auch die Bemühungen zur Verteidigung der Opfer von rassistischen Übergriffe, z.B. sogar durch einen Eid, sich aus Solidarität als Muslim zu registrieren.

Es gibt jedoch kein klares Zeichen, dass es schon vor der Wahl einen Zuwachs der rassistischen Spannungen gab, der für das Wahlergebnis 2016 verantwortlich wäre. Bei der Präsidentschaftswahl 2012 hatten 59 Prozent der weißen Wähler*innen für den Republikaner Mitt Romney gestimmt, 2016 stimmten 58 Pro-

zent der Weißen für Trump. 2012 hatten 93 Prozent der schwarzen Wähler*innen und 72 der hispanischen und asiatischen Wähler*innen für Obama gestimmt. 2016 stimmten 88 Prozent der schwarzen und 65 der hispanischen und asiatischen Wähler*innen für Clinton.

Entscheidend war, dass Trump in fünf ehemals stark industriell geprägten Bundesstaaten gewonnen hat, die 2008 und 2012 für Obama gestimmt hatten: Pennsylvania, Michigan, Iowa, Wisconsin und Ohio. Viele der Wähler*innen in diesen Bundesstaaten sind früher gewerkschaftlich organisierte, gutverdienende Industriearbeiter*innen gewesen. Ob weiß oder schwarz sind sie heute oft auf Gelegenheitsarbeit oder Sozialhilfe angewiesen. Trump versprach ihnen, durch staatliche Infrastrukturprojekte und hohe Zolltarife Jobs zu verschaffen („Make America Great Again!“). Umfragen und die Vorwahlergebnisse zeigen: Bernie Sanders hätte gerade in diesen Bundesstaaten gute Chancen gehabt, gegen Trump zu siegen.

In seiner traurigen letzten Europa-Reise als Präsident brachte der Friedensnobelpreisträger Obama die Botschaft mit, dass Trump die Nato doch eigentlich unterstützen wird. Bis jetzt ist dies durch Trump selber nicht bestätigt worden.

Ungewisse Nato-Zukunft – Chance für die Friedensbewegung?

Viele in den USA wollen nicht länger so viel für die „Verteidigung von Europa“ oder für

die Einsätze der Nato überall auf der Welt bezahlen. Obwohl die europäischen Rüstungskonzerne darin eine Geschäftschance sehen, wird die Haltung Trumps zur Nato vielleicht auch eine Chance für europäische Friedensbewegte?

Am Tag nach der Wahl hatte Frau Merkel mit Trump telefoniert und die Zusammenarbeit der deutschen mit seiner Regierung an die Einhaltung gemeinsamer Werte geknüpft, die sie so benannt hat: „Demokratie, Freiheit, den Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung.“

Dafür allerdings muss die Bundesregierung selbst diese Werte einhalten und bekräftigen u.a. durch eine umgehende Beendigung der deutschen Beihilfe zu willkürlichen, rassistischen Drohnen-Morden der US-Regierung via der US-Airbase in Ramstein und dem Africom in Stuttgart. Und die Gewährung von Asyl für durch die US-Regierung verfolgte kritische US-Bürger*innen sollte in Deutschland eine Selbstverständlichkeit werden: Asyl zum Beispiel für den ehemals in Ansbach stationierten US-Soldaten André Shepherd, der in Deutschland Widerstand gegen den Irakkrieg leistete, und für den Whistleblower Edward Snowden.

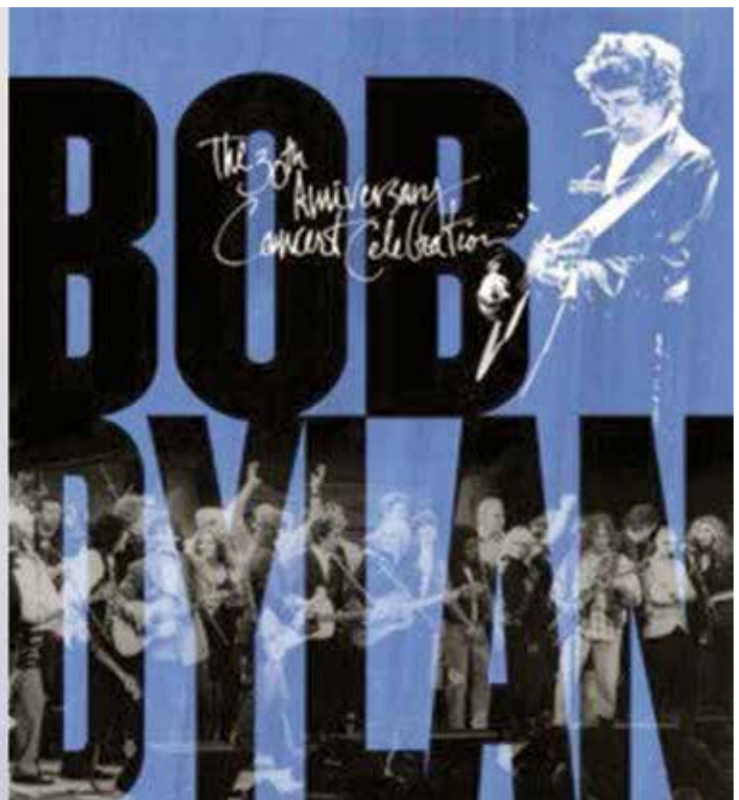
Die deutsch-amerikanische US-Staatsbürgerin Elsa Rassbach lebt in Berlin und Colorado und ist in der DFG-VK aktiv.

Blowin' in the wind

How many roads must a man walk down
Before you call him a man?
Yes, 'n' how many seas must a white dove sail
Before she sleeps in the sand?
Yes, 'n' how many times must the cannonballs fly
Before they're forever banned?
The answer, my friend, is blowin' in the wind
The answer is blowin' in the wind

How many years can a mountain exist
Before it's washed to the sea?
Yes, 'n' how many years can some people exist
Before they're allowed to be free?
Yes, 'n' how many times can a man turn his head
Pretending he just doesn't see?
The answer, my friend, is blowin' in the wind
The answer is blowin' in the wind

How many times must a man look up
Before he can see the sky?
Yes, 'n' how many ears must one man have
Before he can hear people cry?
Yes, 'n' how many deaths will it take till he knows
That too many people have died?
The answer, my friend, is blowin' in the wind
The answer is blowin' in the wind



Warum ich mich für „Stopp Ramstein“ engagiere

Die Ramstein-US-Airbase ist die wichtigste Drehscheibe für Kriege im Nahen und Mittleren Osten

Von Roland Blach

Der Militärflughafen Ramstein ist eng mit meiner persönlichen Geschichte und mit meinem politischen Engagement verbunden. Kurz vor Beginn meines Zivildienstes schockierten mich die Bilder der Flugshow Ende August 1988 und brannten sich in mein Gedächtnis ein: Männer, Frauen und Kinder, die versuchen, den abstürzenden Kampfbomber der Frece Tricolori, der Kunstflugstaffel der italienischen Luftwaffe, zu entkommen. Tote. Schreie. Leid.

Mit der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) organisierte ich meine erste Friedensaktionsradtour, die uns zu acht (!) am 6. August 1997, dem Hiroshimagedenktag, an das Main-Gate der Airbase führte. Im Rahmen des Friedenssommers 2003 war ich mit einer Aktionsradtour erneut in Ramstein. In den Folgejahren war ich Teil des Orga-Teams für die Kundgebung „Stillhalten ist töd-

Anders als in Friedensgruppen und -organisationen, die sich auf ein Thema fokussieren, ist die DFG-VK ein breites Bündnis aus Menschen mit unterschiedlichsten Ansätzen, Themen und Zielen. Die Entwicklung gemeinsamer Strategien ist entsprechend mühsamer – und gelingt eben manchmal auch nicht. In der Folge setzen sich Einzelpersonen und Teile des Verbandes für Aktionen und Ziele ein, die andere strikt ablehnen und für falsch halten. Ein Beispiel war die bundesweite Friedensdemonstration am 8. Oktober in Berlin, die vom DFG-VK-Bundesverband nicht unterstützt wurde, von einzelnen DFG-VK-Landesverbänden hingegen schon (siehe dazu die vorige Ausgabe der *ZivilCourage* und die *LeserInnenbriefe* in dieser). Ähnlich schwierig verhält es sich mit der Kampagne „Stopp Ramstein“. Was hilft? Klare Entscheidungen der demokratisch legitimierten Gremien der DFG-VK. Und die Darlegung und Diskussion der unterschiedlichen Ansätze und Vorstellungen. Wir haben Roland Blach und Markus Pflüger gebeten, ihre Sichtweisen der Ramstein-Kampagne zu begründen.



Roland Blach (links) als Redner bei der Auftaktkundgebung in Ramstein am 11. Juni

lich“, bei der sich im März 2004 einige Tausend Menschen in Ramstein versammelten. Allerdings verlief die Vorbereitung nicht ganz reibungsfrei, zumal sich einige regionale Gruppen nicht ausreichend einbezogen fühlten.

Ohne diesen Vorlauf wäre der Pacemakers-Radmarathon nicht möglich gewesen. Denn auf der Suche nach einer geeigneten Aktion für den 60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki entstand die Idee, eine räumliche und inhaltliche Brücke zwischen der US-Kommandozentrale Eucom in Stuttgart, der US-Airbase Ramstein und dem Atomwaffenlager Büchel zu bauen. 333 Kilometer an einem Tag. Die Geburt des Markenzeichens der DFG-VK Baden-Württemberg.

Seit 2005 organisiere ich nun als baden-württembergischer DFG-VK-Landesgeschäftsführer den Pacemakers-Marathon für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen. In diesem Jahr zum zwölften Mal! Von Beginn an ist die US-Airbase Ramstein eine der wichtigsten Etappenziele der 150 Radfahrer Anfang August, mit toller Unterstützung der Friedensinitiative Westpfalz. Mit der Raddemo verstanden wir uns seit jeher als Brückenbauer zu lokalen Initiativen, den Mayors for Peace und dem Radsport. Bei der Umfahrung wird mir die Dimension dieses todbringenden Militärflughafens jedes Mal aufs Neue bewusst. Der Besuch des Mahnmals für die Opfer der Flugkatastrophe 1988 ist dabei sehr bewegend.

Die Airbase ist die wichtigste Drehscheibe für Kriege im Nahen und Mittleren Osten, hat nach wie vor eine Lagerkapazität für bis zu 150 Atomwaffen und ist über die neue Relaisstation die Verbindungsstelle für den US-Drohnenkrieg. Ramstein ist damit ein wichtiges Symbol für Rüstung und Krieg, Zerstörung durch Atomwaffen und Kampfdrohnen; genauso wie die beiden US-amerikanischen Kommandozentralen Eucom und Africom in Stuttgart und viele andere Orte des Militärs und der Rüstungsindustrie.

Ramstein zum wichtigen Symbolort gegen Krieg machen

Nach den diffizilen Auseinandersetzungen mit und um den Friedenswinter, der im März 2015 ein jähes Ende fand, war es angebracht, die bestehenden Kampagnen der Friedensbewegung „atomwaffenfrei.jetzt“, „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“, „Schulfrei für die Bundeswehr“ sowie die Drohnen-Kampagnen zu ergänzen bzw. anzureichern. Was lag (nicht nur aus meiner Sicht) näher, als wichtige Symbolorte für Krieg in Deutschland nach dem Vorbild der internationalen Kampagne „War starts here“ deutlich breiter als bisher in den sozialen Bewegungen zu verankern, um damit auf die Gesellschaft einzuwirken und die Politik unter Druck zu setzen? Die guten Erfahrungen des regelmäßigen War-starts-here-Camps in Sachsen-Anhalt ermunterten mich z.B. sehr in Stuttgart (Eucom/Africom). Seit

Sommer 2013 wurde immer detaillierter über den „geheimen Krieg“ der USA mit deutscher Unterstützung berichtet. Durch die Veröffentlichungen der Süddeutschen Zeitung und des NDR als Buch, Internetseite und einem ARD-Themenabend wurde Ramstein als zentraler Ort einem breiten Publikum bekannt. Ich hatte zusätzlich im Frühjahr 2014 sechs Veranstaltungen mit einem der Co-Autoren, Christian Fuchs, organisiert.

Im Frühjahr 2015 ging dann alles ganz schnell. Im Juni lag auf einmal ein Aufruf für Proteste an der AirBase Ramstein im Sommer 2015 vor als Grundlage für eine längerfristige Ramstein-Kampagne und getragen von einigen Dutzend Personen. Ich selbst war Teil der Aufrufenden, viele weitere Unterzeichner waren mir aus jahrelanger Friedensarbeit gut bekannt, einige wenige Personen waren für mich neu.

Mir bekannte Personen aus der Region waren nicht aufgeführt. Aus meiner Sicht gab es damit nur die Möglichkeit, mich zurückzuziehen, weil mir der Ansatz nicht partizipativ genug war und mir alles zu schnell ging, um mich aktiv und selbstbewusst einzubringen. Ich entschied mich aufgrund meines Verständnisses von Friedensarbeit und vielfältiger Gespräche dafür, mich eben nicht zurückzulehnen.

Ich war in hohem Maße beratend für den ersten Protest von „Stopp Ramstein“ im September 2015 mit weit über 1000 Personen verantwortlich. Mein Wunsch war es dabei immer, die Sorgen und Wünsche einiger regionaler Akteure und inhaltlicher ExpertInnen zu berücksichtigen.

Trotz moderierter Gespräche durch mich konnten die starken Vorbehalte von Gruppen aus Rheinland-Pfalz bezüglich der Beteiligung von Akteuren der Montagmahnwachen im November 2015 nicht ausgeräumt werden, obwohl weder im Orga-Team noch bei der September-Aktion nachweislich Neurechte eine Rolle gespielt hatten.

In der Zwischenzeit war die Vorbereitung auf die nächste zentrale Aktion mit der Menschenkette im Juni 2016 aber in vollem Gang und auch nicht mehr aufhaltbar. Der Orga-Kreis von „Stopp Ramstein“ wuchs mittlerweile auf über 20 an, davon viele bekannte, jahrelang Aktive der Friedensbewegung – darunter etliche aus der DFG-VK. Es gab einen großen Schwung auch bei vielen jungen Leuten, genährt nicht zuletzt durch eine Aktionskonferenz im Dezember 2015, die Eugen Drewermann mit einem tollen Referat einleitete. Kurzum: Während die regionalen Gruppen eigene Aktionen im Frühjahr 2016 unter dem Motto „Krieg beginnt hier“ durchführten, fand die Menschenkette mit 5000 TeilnehmerInnen an der Airbase Ramstein statt, darunter sehr viele DFG-VK-Mitglieder, sowie ein mehrtägiges Friedenscamp und viele Veranstaltungen. Selbstverständlich nahm ich das Angebot wahr, neben Tommy Rödl von der DFG-VK Bayern und Ex-Tennisstar Claudia Kohde-Kilsch auf einer der Auftaktkundgebungen zu reden, um das Engagement für eine atomwaffenfreie Welt vorzustellen.

Mit der Auswertung dieser Aktionen im Orga-Team, der Kritik der regionalen

Gruppen und dem Umgang damit wurde mir persönlich seitdem immer klarer, wie notwendig es ist, einander zuzuhören, um Ängste, Sorgen und Befindlichkeiten auszusprechen zu dürfen sowie Brücken zu bauen.

Vorsichtige Selbstkritik

Es gab viel zu viele Irritationen und Verletzungen. Der Prozess zum Start von „Stopp Ramstein“ hätte behutsamer und weniger schnell laufen müssen, gerade nach den Erfahrungen im Friedenswinter. Ich persönlich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass sich alle sich bietenden Gelegenheiten zum Dialog und zur Mediation genutzt werden. Die Gesprächsfäden dürfen nie abreißen. Wichtig ist aber auch, dass die Weiterarbeit mit Ramstein nur dann gut gelingen wird, wenn sowohl die Struktur als auch die Zuspitzung von Themen und Forderungen gemeinsam mit allen Interessierten festgelegt und für alle Beteiligten klar wird.

Denn: Der geheime, von Deutschland unterstützte Krieg muss beendet und Ramstein als **das** Symbol für Rüstung und Krieg aufgegeben werden. Das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ muss dabei für unser Engagement Leitlinie sein. Das gilt für mich als Pazifisten für alle Kriege und Konflikte sowie alle beteiligten Mächte und Staatengemeinschaften.

Roland Blach ist Geschäftsführer des baden-württembergischen DFG-VK-Landesverbands.



MitarbeiterInnen gesucht

Das 125-Jahre-Jubiläum der DFG(-VK) ist ein guter Anlass, das Mitgliedermagazin Zivil Courage konzeptionell weiterzuentwickeln.

Auf der Basis einer Befragung der LeserInnen im ersten Quartal 2017 sollen dann bis zum Verbandsjubiläum im November Strukturen, Inhalte und Layout angepasst werden.

Zur Umsetzung dieses Prozesses sind alle an der Zivil Courage Interessierten herzlich eingeladen und werden gebeten, sich bei der Redaktion zu melden:

Reaktion Zivil Courage
Werastraße 10
70182 Stuttgart

Telefon 0711 - 51 89 26 20
E-Mail zc@dfg-vk.de

Warum ich „Stopp Ramstein“ für falsch halte

Die Kampagne ist inhaltlich zu beschränkt und lockt die falschen Personen und Bündnispartner an
 Von Markus Pflüger

Unsere Kritik an der Stopp-Ramstein-Kampagne ist nicht leichtfertig – sie entspringt der Sorge um die Zukunft der Friedensbewegung. Durch die Stopp-Ramstein-Kampagne ist ein Streit wieder entflammt bzw. hält weiter an. Der kostet Energie und Zeit, in der wir in großer Sorge sind angesichts der Drohgebärden der Nato gegenüber der militaristisch und machtpolitisch von uns auch abgelehnten Putin-Autokratie sowie der Aufrüstung der Bundeswehr und EU – neben all den anderen Kriegs- und Fluchtschauplätzen allen voran Syrien.

Unsere Kritik ist für uns eine unangenehme Anstrengung, die wir aber für notwendig halten, um noch größeren Schaden von der Friedensbewegung abzuwenden.

Wenn antifaschistische und antirassistische Gruppen sich bei Friedensgruppen erst fragen müssen, ob sie mit diesen überhaupt zusammenarbeiten können oder ob sie zu den „Friedens“-Mahnwachen gehören, die von Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern und rechtsoffenen bis rechten Leuten durchzogen sind. Wenn zu befürchten ist, dass Friedensgruppen



Foto: Gabrielle Sentt

„Die in“-Aktion in der „Wehrtechnischen Dienststelle“ in Trier am 11. Juni

Es ist ein Streit um die Zusammenarbeit mit Montagsmahnwachenvertretern, Kritik an rechtsoffenen Themen und Rednern, Kritik an der einseitigen, auf uns anti-amerikanisch und pro-russisch wirkenden Fokussierung der Kritik auf die US-Airbase Ramstein und darüber abgewickelte Drohnenmorde. „Die US-Airbase“ als Fokus verkennt die anderen Militärregionen der Militärregion Westpfalz, die zwar als Militärdrehscheibe ein wichtiger Faktor für die Militarisierung unserer Welt ist. Mit „Stopp Ramstein“ wird aber zu viel außer Acht gelassen: angefangen bei der Rolle Deutschlands und der EU über andere imperialistische Akteure bis zum autokratischen Russland.

Uns stellt sich die Stopp-Ramstein-Kampagne wie eine Fortsetzung des gescheiterten Friedenswinters dar. Eine Kooperation, die aus unserer Sicht in den wichtigen Gremien der Friedensbewegung beendet wurde, weil sie mehr Zwist als Nutzen für die Ziele der Friedensbewegung brachte.

und Friedens-Aktionen (wie bis vor Kurzem noch an vielen Orten montags) fragwürdige Themen und gewagte Thesen das Feld für rechte Kräfte öffnet und Applaus erhält, wenn dort mit verkürzter Kapitalismuskritik à la „die FED und Rothschilds sind an allem schuld“, die Anschlussfähigkeit für anti-amerikanische und antisemitische Gedankenstränge ermöglicht, dann sieht es düster aus und gefährdet die Glaubwürdigkeit der Friedensbewegung.

Unsere Kritik hat zum einen das Ziel, dass die Personen der Friedensbewegung, die die Stopp-Ramstein-Kampagne unterstützen, dies nochmal überdenken. Ein weiteres Ziel ist es, dass die Kampagne im besten Fall verbalen Äußerungen gegen rechts Taten folgen lässt und sich von den Montagsmahnwachen und entsprechenden Personen, Medien und Rednern trennt. Wichtig für uns wäre, dass sie ihre Zielsetzungen überarbeitet und ihre nächsten Aktionen bündnispolitisch und auch thematisch anders aufzieht. Voraussetzungen dafür sind aus unserer Sicht:

- Reiner Brauns Rückgabe des Bautzener Friedenspreises;
- Beendigung der Kooperation der Stopp-Ramstein-Kampagne mit Montagsmahnwachen;
- keine problematische Redner mehr einladen (z.B. Willi Wimmer der im rechtlastigen Kopp-Verlag publiziert);
- keine Zusammenarbeit mit rechtsoffenen und einseitigen bis populistischen Medien wie RT deutsch, Ken FM, Free 21 und Nuoviso;
- keine KünstlerInnen und Musikgruppen aus genau diesem Spektrum einladen;
- Inhalte und Ziele überarbeiten (z.B. nicht Bilderbergkonferenz als Einstiegs-thema, dafür z.B. Weißbuch der Bundeswehr, EU-Militarisierung etc.);
- keine einseitige US-Ausrichtung, sondern anhand klarer friedenspolitischer Kriterien auch Kritik an Deutschland, Europa und Russland. (Gerade Russland ist inzwischen auch ein kapitalistisches, militaristisches und autokratisch geführtes Land – Putin ist bereit, für seine Machtansprüche ebenso über Leichen zu gehen wie die Nato und die USA. Freund-Feind-Schemata helfen hier nicht weiter und sind unglaubwürdig).

In einem zweiseitigen Text fragten wir – acht Personen der Kampagne „Krieg beginnt hier“ –: „Warum diese problematischen Kooperationen? Warum wird damit so viel Konfliktstoff in die Bewegung gebracht, wohl wissend, dass dies mit dem Friedenswinter schon mal Zwist brachte und mehr Energie kostete als es neuen Schwung und Bewegung brachte?“ (Alle Fragen hier: www.krieg-beginnt-hier.de/index.php/aktuelles/76-kritik-an-stop-ramstein-28-9-2016.html)

„Krieg beginnt hier“ ist eine Kampagne, die bewusst auch als Alternative zu „Stopp-Ramstein“ organisiert wurde und auch 2017 fortgesetzt wird. Im Text „Kritische Fragen und Forderungen zur Stopp-Ramstein-Kampagne“ heißt es:

„Uns fehlt in der Stopp Ramsteinkampagne der Fokus auf die deutsche Rolle, den deutschen Imperialismus. Uns fehlt auch ein kritischer Blick auf Europa und die ganze Nato sowie Russland und seine Mitverantwortung an der militärischen Eskalation. (Beispiel Rednerin der regierungs-

treuen russischen Russian Peace Foundation/Rossiskij Fond Mira, die sich zusammen mit der Russisch-Orthodoxen Kirche der spirituellen Erneuerung Russlands widmet, den Großen Vaterländischen Krieg glorifiziert und im Ukraine-Konflikt die ostukrainisch-russische Seite unterstützt.) Wir lehnen es ab, mit RednerInnen zusammenzuarbeiten, die auf dem rechts-extremen Onlineportal des Kopp-Verlag publizieren (Willi Wimmer, CDU) - seine Aussagen zu Asylpolitik sind inakzeptabel und strafen die antirassistischen Verlautbarungen der Stop-Ramstein-Kampagne Lügen.

Wir lehnen es ab, eine Konferenz mit einem Thema zu beginnen, das in rechtsoffenen und rechten Kreisen, das bei Verschwörungstheoretikern und Montagsmahnwachen Hochkonjunktur hat und nur einen hochspekulativen Teilaspekt der Kriegsursachen und Verantwortlichkeiten betrifft: die Bilderberger-Konferenz. Dies wie die einseitige Ausrichtung lockt Menschen und Strömungen an, die letztendlich andere, meist nicht demokratische, antirassistische, internationalistische und friedliche Ziele als wir haben.

Wir lehnen es ab, mit KenFM und seinen Unterstützern zusammenzuarbeiten. Er hat nicht nur Menschen aus der Friedensbewegung beleidigt, sondern auch hochproblematische Äußerungen getätigt, die eine Unterscheidung von rechts und links in Frage stellen sowie der Querfront das Wort reden. Wir lehnen es ab, mit zu recht umstrittenen Medien (...) zusammenzuarbeiten und dort auch noch zu publizieren.“

Am Schluss des gemeinsamen Textes heißt es: „Die Kampagne Stopp Ramstein soll 2017 weitergehen, wir wünschen uns eine komplette Neuausrichtung oder ein Ende. Wir empfehlen Friedensgruppen und Personen, sich ansonsten der Kampagne nicht anzuschließen. Nach den bisherigen Gesprächen und Entwicklungen sehen wir keine Bereitschaft für eine wirkliche Veränderung der Kampagne.“

■ Spaltungsvorwürfe

Es wurde immer wieder angemahnt, dass wir unsere Kritik doch belegen sollen und konkret benennen, wer gemeint ist und was uns stört. Dies haben wir - 8 Friedensgruppenvertreter*innen - in der ausführlichen „Kritik an Stopp Ramstein“ getan: www.krieg-beginnt-hier.de/index.php/aktuelles/75-kritik-an-der-kampagne-stopp-ramstein-2016.html

Daraufhin hieß es z.B. von Stopp-Ramstein-Unterstützern, wir würden ein „Reinheitsgebot“ aufstellen und die Frie-

densbewegung, die noch nie links gewesen sei, spalten. So hieß es auf Russia today deutsch: „Die ‚linke‘ Scharia-Polizei lässt grüßen. Diese Leute würden am liebsten jeden auf seine Gesinnung prüfen, bevor sie ihn zu einer Friedensdemo zulassen.“ (Quelle: <https://deutsch.rt.com/meinung/41533-linke-friedenstaubchen-flat-tern-fur-kriegstreiber/>) oder als Reaktion auf einen kritischen Artikel in der „jungen welt“: „... es ist nach Monaten der grundlosen Anfeindungen, speziell der Aktivisten vor Ort durch wenige Leute (5) aus der Region bis hin nach Trier, jetzt einfach mal genug der Verleumdungen, der Unterstellungen, der nachweisbaren Lügen und der Denunziation von Personen, die wie in diesem Machwerk wieder geschehen, völlig aus dem Off hinterrücks und unter Namensnennung für die eigenen Nebenziele instrumentalisiert werden. (...) Diese Artikel können nur ein Ziel haben: Obstruktion und Desorientierung - Ablenken von der Kriegsdrehscheibe Nr. 1, die von der BRD aus auf 3 Kontinenten die Interventionen, Destabilisierung, Regime Changes und Kriege managed (...)“ (Quelle: https://www.facebook.com/tilo.frenzel/posts/1325466180816104?comment_id=1325747600787962&reply_comment_id=1326022254093830&comment_tracking=%7B%22tn%22%3A%22R5%22%7D)

Es ist uns wichtig, mit unserer Kritik die Richtung und Strategie, auch was die Kooperationen der Friedensbewegung anbelangt, aktiv mit zu gestalten und zu beeinflussen. So sollen auch kritische Stimmen innerhalb der Stopp-Ramstein-Kampagne gestärkt werden.

■ Keine Toleranz nach rechts!

Es geht in der Kritik um essenzielle und notwendige Abgrenzungen nach rechts. Gerade angesichts von Pegida und AfD sowie anderen Rechtspopulisten und Nationalisten (in ganz Europa!) sowie brennender Flüchtlingsunterkünfte, kann es keine Toleranz nach rechts geben. „Hauptsache, wir sind ein paar mehr“, heißt es und geht einher mit der Verharmlosung der offensichtlichen Anziehung, die die einseitigen Ausrichtungen und fragwürdige Redner und Kooperationen in der Kampagne Stopp Ramstein auch auf rechte Kreise hat.

Es ist eine gefährliche Strategie, auf „Massen“ zu setzen, wenn schon bekannt ist, wer sich auch darunter mischt und bei den Stopp-Ramstein-Aktionen tummelt und leider auch bei vielen Montagsmahnwachen toleriert wurde. Abgesehen davon, dass der interne Schaden sich nicht mit ein paar Tausend „Friedens“-demon-



Ein „Reichsbürger“ bei der Auftaktkundgebung von „Stopp Ramstein“ am 11. Juni in Kaiserslautern mit einem rot-weiß-schwarzen Schild mit der Aufschrift „Das deutsche Reich braucht einen Friedensvertrag“

tranten mehr ausgleichen lässt. Es geht uns eben nicht um friedenspopulistische Quantität, sondern um friedenspolitische Qualität. Die Wirkung der Friedensbewegung lässt sich nicht an Zahlen messen, sondern an wirkungsvollen Aktionen und klar ausgerichteten Kampagnen, denen auch gesellschaftliche Debatten und möglichst Veränderungen folgen. Gute Ansätze waren in letzter Zeit z.B. die Aktionen gegen den „Tag der Bundeswehr“ und gegen die Rekrutierung Minderjähriger und die „Macht-Frieden“-Syrienkampagne.

Die Stopp-Ramstein-Kampagne sollte entsprechende Konsequenzen ziehen. Und solange das nicht geschieht, halten wir es weiterhin für notwendig, diese Debatte zu führen.

Gute Kampagnen und Strategien müssen angesichts der immensen Herausforderungen für die Friedensbewegung (weiter) entwickelt werden, aber bitte nicht rechtsoffen, sondern klar antirassistisch, antifaschistisch und internationalistisch sowie in alle Richtung antimilitaristisch.

Wir tolerieren in der Friedensbewegung keinen Sexismus, Rassismus und Antisemitismus. Für uns gilt: Keine Zusammenarbeit mit Nationalisten, Rechtspopulisten und Nazis! „Nie wieder Krieg“ und „nie wieder Faschismus“ gehören für uns zusammen und sind Grundmotive der Friedensbewegung für die wir uns engagieren.

Markus Pflüger arbeitet für die Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. Trier, ist seit 1990 Mitglied der DFG-VK und in der Antiatombewegung aktiv.

Für den Text ist er verantwortlich; dieser entstand nach Rücksprache mit der Initiativgruppe der Kampagne „Krieg beginnt hier“. Die ausführliche Kritik an der Stopp-Ramstein-Kampagne findet sich hier: www.krieg-beginnt-hier.de/index.php/aktuelles/75-kritik-an-der-kampagne-stopp-ramstein-2016.html

Gegen scheinbare „zeitlose soldatische Tugenden“

Zur notwendigen Umbenennung der Lent-Kaserne in Rotenburg (Wümme)

Von Jakob Knab

Der Zweite Weltkrieg begann am 1. September 1939 mit einer Lüge: „Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen! Und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergolten!“ (Diese falsche Zeitangabe resultiert aus einem Versprecher Hitlers vor dem Reichstag.) Für Helmut Lent begann der Krieg schon eine Minute früher. Er startete mit seiner Messerschmidt Bf 110 um 4 Uhr 44, um einer Bomber-Staffel beim Angriff auf Krakau Geleitschutz zu geben. Dieser Angriff auf Polen war der Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Zeit des Terrors begann am 6. September 1939, als in Krakau der Sitz des Generalgouvernements in Polen eingerichtet wurde. Im eroberten Krakau wie in ganz Polen wurden auch „Maßnahmen gegen die Juden“ getroffen. Der Krakauer Hauptmarkt wurde in „Adolf-Hitler-Platz“ umbenannt. Ziele der NS-Besatzung waren die Vernichtung der intellektuellen Elite der Jagiellonen-Universität, die Einrichtung des jüdischen Ghettos und des Konzentrationslagers von Plaszow.

Dies waren nicht Lents vorrangige Beweggründe und Ziele, aber dennoch war er ein funktionierendes Rad im Getrie-

be der Vernichtungsmaschine der NS-Gewaltherrschaft. Zur arbeitsteiligen Täterschaft gehörte, dass der Frontverlauf den Einsatzradius der Terrororgane der SS bestimmte. Die militärische Eroberung und Unterwerfung Polens schuf die Voraussetzungen dafür, um diese Vernichtungslager auf polnischem Gebiet zu errichten: Auschwitz-Birkenau (bei Krakau), Majdanek, Belzec, Sobibor, Treblinka.

Lent war auf unterschiedlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Ein Blick auf den Juli 1944: Am 4. Juli sprach Lent davon, die „ganze Kraft für den Sieg einzusetzen“. Im selben Monat scheiterte Stauffenbergs Attentat auf Hitler. Unter anderem das wollte Stauffenberg nach einem geglückten Umsturz in einem Aufruf sagen: „In diesem Kriege haben Machtrausch, Selbstüberheblichkeit und Eroberungswahn ihren letzten Ausdruck gefunden. Unser Ziel ist die wahre, auf Achtung, Hilfsbereitschaft und soziale Gerechtigkeit gegründete Gemeinschaft des Volkes.“ Wenige Tage nach dem missglücktem Attentat vom 20. Juli 1944 verlieh der „Führer“ das Ritterkreuz mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten an Oberstleutnant Lent.

Lent selber sah sich als einen „deutschen Soldaten christlicher Prägung“. Kreuz oder Ritterkreuz, Kreuz Christi oder Hakenkreuz? Von Todesahnungen geplagt entwarf er seine eigene Todesanzeige. Im Gegensatz zur üblichen Formel „gefallen für Führer, Volk und Vaterland“ lautete dann seine Todesanzeige: „Im festen Glauben an Jesus Christus hat der Brillantenträger Oberstleutnant Helmut Lent sein Leben im Einsatz für sein Vaterland vollendet.“ Er hatte diesen Vers des Propheten Jeremia als sein biblisches Vermächtnis gewählt: „Der HERR ist mir erschienen von ferne: Ich habe dich je und je geliebt, darum habe ich dich zu mir gezogen aus lauter Güte.“ (Jer 31, 3)

Am 7. Oktober 1944 erlag Lent den schweren Verletzungen, die er zwei Tage zuvor erlitten hatte, als das Flugzeug Ju 88 auf dem Flug von Stade zum Fliegerhorst Paderborn abstürzte. Beim Staatsakt für Lent sprach Reichsmarschall Göring Worte voller Pathos: „Unser Lent war ein begeisterter Soldat, ein harter und zäher Kämpfer, ein strahlender Held. Er war aber nicht nur Soldat, nicht nur Kämpfer,

er war auch ein leidenschaftlicher Anhänger unserer nationalsozialistischen Weltanschauung und auch hier Erzieher und Vorbild seiner Männer. Er wusste um die großen Kräfte, die aus dieser Bewegung strömen. Männer wie Lent sind für uns die Garanten, dass der endgültige Sieg doch bei uns sein wird.“ Göring wandte sich an den toten Helden: „Du warst bereit zu kämpfen und zu sterben, so wie Hunderttausende braver deutscher Soldaten zu kämpfen und zu sterben bereit sind, damit dein Volk, damit Deutschland lebe! Und nun, mein braver, tapferer Kamerad, geh ein zu den anderen Helden!“ Veröffentlichung wurde Görings Trauerrede am 12. Oktober 1944 im NSDAP-Parteiorgan, der Tageszeitung „Völkischer Beobachter“.

Entlastende Enthistorisierung

Geschichtspolitischen Heldenstatus erlangte der posthum zum Obersten beförderte Lent, als im Juli 1964 die Liegenschaft der Bundeswehr in Rotenburg (Wümme) nach diesem Ritterkreuzträger benannt wurde. Denn es führt ein Weg von der Kriegspropaganda zur landläufigen Traditionspflege. Ab Mai 1964 war es zu einer Art konzertierter Traditionsoffensive in der seinerzeit noch so genannten „neuen Wehrmacht“ gekommen: Etwa zwei Dutzend Kasernen wurden nach den Heerführern der Wehrmacht und den Kriegshelden der NS-Propaganda benannt, u.a. Dietl in Füssen, Fahnert in Karlsruhe, Ritter von Leeb in Landsberg (Lech) und Kübler in Mittenwald. Mit dem ideologiebefrachteten Deutungsmuster von den „zeitlosen soldatischen Tugenden“ wurden die Verstrickungen der neuen Kasernenpatrone in einem rasseideologisch motivierten Angriffs- und Vernichtungskrieg enthistorisiert und damit auch entnazifiziert. In der Standortbroschüre von Rotenburg wird der Kasernenpatron so gewürdigt: „Oberst Helmut Lent, Kommandore des Nachtjagdgeschwaders 3, war mit 110 Abschüssen und ca. 300 Feindflügen Inhaber der höchsten Tapferkeitsauszeichnung, des Ritterkreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten. Er war als Nachtjäger das, was Oberst Mölders für die Tagjagd war, ein Leitbild für die gesamten Nachtjäger.“

Impressum

Redaktionsanschrift: ZivilCourage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-10282 55, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan K. Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brües (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-46 30 05 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafensbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-320 28 34 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-900 56, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die ZivilCourage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abbonierung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilagen: Flyer der Bertha-von-Suttner-Stiftung; Flyer der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!"; „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilaufgabe); Information des DFG-VK-Landesverbands NRW (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 24. November. Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2017, Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2017.

Umbenennung wird abgelehnt

Der Landrat von Rotenburg spricht nun von seiner „patriotischen Pflicht“, für „Lent“ öffentlich einzutreten. Und in erstaunlicher Entschiedenheit und irritierender Überzeugungstreue kämpft ein ehemaliger Zivildienstleistender dafür, dass Oberst Lent weiterhin eine sinnstiftende Traditionspflege in der Bundeswehr begründet. Sein Name ist Lars Klingbeil, sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Rotenburg-Heidekreis. Damit kann dieser staatlich anerkannte Kriegsdienstverweigerer, der für die SPD im Verteidigungsausschuss sitzt, sein Glaubwürdigkeitsdefizit beim genuin soldatischen Milieu, z.B. beim Förderkreis Deutsches Heer e.V., dessen Präsidiumsmitglied er ist, kompensieren. Auf Betreiben der beiden SPD-Parteisoldaten Lars Klingbeil und Bürgermeister Andreas Weber kam es Ende September 2016 zu einer Debatte im Rotenburger Stadtrat. Die Kreiszeitung berichtete tags darauf: „Heinz-Günter Bargfrede (CDU) schilderte, dass es so eine Debatte bereits Mitte der 90er-Jahre gegeben hatte und der damalige Standortälteste diese nicht habe verstehen können. Laut Bargfrede gebe es auch heute keine Veranlassung, den Namen der Kaserne zu ändern. „Es gibt keine vernünftigen Gründe, den Namen zu ändern, aber viele, den Namen beizubehalten“, war Heinz-Günter Bargfrede überzeugt.“

Aber nun zeitgeschichtlicher Klartext: Bei dem vom CDU-Mann angesprochenen öffentlichen Meinungskampf ging es damals zuvörderst um die Traditionswürde von Dietl und Kübler. Fast auf den Tag genau 25 Jahre lang war Dietl ein treuer Gefolgsmann des „Führers“. Generaloberst Dietl hatte im November 1943, zum 20. Jahrestag des Marsches auf die Feldherrnhalle München, in einer Durchhalterede („Kampfkundgebung“) in München verkündet, wie eng sein militärischer Dienst mit dem Nationalsozialismus verknüpft war: „Der Frontsoldat weiß, dass es sich um den Schicksalskampf des deutschen Volkes handelt, dass sich die Juden der ganzen Welt zusammengeschlossen haben zur Vernichtung Deutschlands und Europas. Der Krieg ist der unerbittliche Läutere der Vorsehung. Ich erkläre feierlich: Ich glaube an den Führer!“

Es ist erschütternd, wie in diesen harten Zeiten historische Unbildung als Argument für eine völkisch-reaktionäre Mehrheit in Anspruch genommen wird. Wenn SPD-Mann Klingbeil darauf angesprochen wird, verweigert er den Diskurs. Längst hat er wohl Biermann vergessen und ver-

drängt: *Du, lass dich nicht verbärten in dieser harten Zeit! Du, lass dich nicht verbittern in dieser bitteren Zeit...*

Anfang November 2016 meldete sich die Tochter von Oberst Lent zu Wort mit dem Bekenntnis, dass sie Pazifistin sei und dass es ihr egal sei, wie Institutionen, die dem Dienst an der Waffe gewidmet sind, benannt werden. Was sie allerdings bedrücke und belaste, sei die Begründung für eine mögliche Umbenennung der Lent-Kaserne, nämlich, dass ihr Vater ein Nazi gewesen sei. Denn dies sei unrichtig. Soweit die Tochter.

Zum Traditionsnamen „Lent“ liegen mittlerweile vier amtliche Gutachten vor: Möllers 2003, Schmidt 2004, Echternkamp 2012 und Vogel 2016. In der internen Studie von 2004 heißt es: „Die Ausführungen über Lents nationalsozialistische Weltanschauung sowie seine ihm attestierte Fähigkeit, diese auch an unterstellte Soldaten weiter zu geben, deuten auf ein gegebenenfalls aktives Rollenverständnis im systemkonformen Sinn hin, die über seine ohnehin schon dafür erbrachten engeren militärischen Leistungen hinausreichen. Zumindest erscheint es fraglich, genau diese Formulierungen lediglich als allgemein übliche Beurteilungsfloskeln dieser Zeit einzustufen, während das in dieser Beurteilung enthaltene übrige, in einem engeren militär-funktionalen Zusammenhang stehende Persönlichkeitsbild als wahrheitsgemäß betrachtet wird. Erhärtet wird dieser Befund durch das von seiner Witwe nach 1945 zusammengestellte Erinnerungsbuch. „das ungebroschen *Führergläubigkeit* und Verabsolutierung des Militärischen, des Kampfes widerspiegelt.“ (Anmerkung in der Studie: So die Bewertung des Leiters des Stadtarchivs Stade, wo dieses Erinnerungsbuch verwahrt wird. Auskunft Stadtarchiv Stade vom 23. Juni 2004)

Abschließend ein Blick im Zorn auf die real existierende Traditionspflege im genuin militärischen Milieu: Als Ende März 1988 dem Standortältesten von Füssen (Allgäu) das Goldene Ehrenzeichen der Bundeswehr verliehen wurde, nannte er jene Bürger, die die Umbenennung

Der Staatsakt für unseren Fliegerhelden Oberstleutnant Lent

Der Reichsmarschall legte den Kranz des Führers nieder

Heute, 11. Oktober

Deutschlands einzigster Nachtjäger, Oberstleutnant Helmut Lent, Ehrenbürger eines Nachkriegsdeutschlands und Träger des Ehrenkreuzes mit Schwertern und Brillanten von Kaiserin der Ehren Krone, jetzige Große Armee abzugeben. Mit Stolz und Dankbarkeit hat das deutsche Volk immer wieder die stärkevolle Siegeslauf, die rühmlichen Leistungen und die bahnbrechende Kämpfe bewundert, mit der diese hervorragende Offiziere in vielen Mächten vom Scheitern der Heiligtümer gegen Heilliche Tatenkämpfe kämpfte und Gegner am Gegner zur Strecke brachte. Erprechtete Ausdruck hat aus die Taten von einem deutschen Luftkämpfer, der ein tragisches, weltberühmtes Geschick hatte aus einem stolzen Soldaten Leben mit in einem Staatsakt, der der Führung in Ehren die Dankschuldungen angedeihen sollte.

In einer von Eiferen Mitgefühl ge-legenen Ansprache würdigte die Reichsmarschall, dass der Führer Reichsmarschall Hermann Göring die Feindlichkeit und das Mitleiden dieses Fliegers mit dem Geistes der deutschen Nachtjäger in diesem ganzen heldenhaften Leben und Taten an der Spitze eines Kampfes des Führers findet. — Hätte Vertreter von Wehrmacht, Staat und Partei gekonnt aus dem Staatsakt teil und würdigen dieser letzten Ehreung der Nation für einen großen Soldaten würdevoll Ausdruck.

Auf stolzen Füssen, inmitten von Füssen und schüttem Grünland, steht der Berg. Ständer mit der

Die Gedenkrede des Reichsmarschalls

In seiner Ansprache sagte der Reichsmarschall:

„Ein hartes Schicksal hat unsere Luftwaffe aufs neue getroffen. In einem Stunde erloschen wir Abschied von einem unserer größten Helden, der der Truppe, die die Welle und die Kameraden ermutigt, nehmen wir aber auch teil an dem besondern tiefen Schmerz, der die Angehörigen, die Eltern, Geschwister und wir selbst heute heute hier bewegt. Die, die Gedächtnis seines Lebens, kann in diesem Augenblicke nicht hier mit uns sein.

Ein Mann, der im Leben, im Kampf und im Sterben

Unser Land war ein besteroster Soldat, ein helder und aller Kämpfer, ein strahlender Held. Deshalb wurde er von uns nicht aber nicht und unermesslich dränge an ihn, wieder in den Kampf zu ziehen, wieder an der Spitze seiner Einheit an die Spitze zu kämpfen und zu kämpfen. Es war wie keine einer der Soldaten des Reichsfliegers.

Kämpfer und Erfolge

Von Anfang an war er ein Piloter auf diesem neuen Gebiet des Kampfes, und durch ihn und mit ihm ist die Nachtjagd ein gewaltiges Ereignis gekommen. Vor allem hat sich nicht nur der schreckliche und furchtbare Terrorangriff, die fast Nacht für Nacht über deutsche Städte dahinbrachten. Und dass wir uns nicht an Anfang waren — aber es erhellte unter ihnen — und schließlich nach und nach dem Feinde entgegen. Sie kämpften und siegen und zeigten dem Feind, dass es auch in dieser Nacht möglich war, die Heimat zu schützen. Wenn heute die Nachtjäger der Gegner zurückgegriffen sind, wenn sie heute nicht mehr möglich in diesem Ausmaß ständigen, dann ist es nicht nur unser Kameraden verdient, die durch ihren rücksichtslosen Einsatz den Feind zurückgeschoben haben, wenn schon die Feinde sich nicht wie Auslöcher in die Heimat im Feinde sind — — — — — Nacht nach



Oberstleutnant Lent
HEILIGER, Ehrenbürger der Stadt FÜSSEN
1943

Ausschnitt aus „Völkischer Beobachter“ vom 12. Oktober 1944

der „Generaloberst-Dietl-Kaserne“ forder-ten „unzufriedene, ja beinahe unmündige Staatsbürger“ („Füssener Blatt“ vom 20.3.1988). Und kaum in Gebrauch in der historisch-politischen Bildung bei der Bundeswehr ist die sog. Willmann-Fibel, in der es heißt: „Die Wehrmacht hat sich zum reinen Ausführungsorgan für das nationalsozialistische Regime entwickelt. Die Führung der Wehrmacht hat Hitler ihre Loyalität immer wieder, manchmal in übertriebenem Maße, bewiesen. Dies führte so weit, daß in der Wehrmacht sogar offensichtlich verbrecherische Befehle gegeben und kritiklos umgesetzt wurden.“

Der Standortälteste konnte die Anfrage nicht beantworten, ob in Rotenburg diese Willmann-Fibel (Wegweiser für die Traditionspflege im Heer vom 1. Dezember 1999) angekommen ist.

Jakob Knab, Studiendirektor a.D., ist Gründer und Sprecher der Initiative gegen falsche Glorie.

Kommentar

Dass Eltern mit ihren Kindern zum „Tag der Bundeswehr“ gehen, als sei dies ein fröhliches Familienfest, und ihren Nachwuchs dort mit Kriegswaffen hantieren lassen, ist schon absurd genug. (Dass dies gegen eindeutige Vorschriften der Bundeswehr verstieß, wirft die Frage auf, wie sehr die politische Führung „ihren Laden“ im Griff hat.) Dass nun aber Eltern, deren Kinder beim Kriegsspielen fotografiert wurden, eine Persönlichkeitsrechtsverletzung in der Veröffentlichung dieser Fotos sehen und gar noch Schadensersatz einklagen wollten, setzt dem Ganzen die Krone auf.

Dass die DFG-VK gegen diesen skandalösen Vorgang öffentlich protestiert hat und zum Beweis die Fotos veröffentlicht hat, die ihre Vorwürfe dokumentieren, war völlig richtig. Auch die ZivilCourage hat darüber berichtet und neben der gemeinsamen Pressemitteilung von DFG-VK, terre des hommes und dem Netzwerk Friedenskooperative das Foto eines ca. sechsjährigen Steppkes mit angelegter Maschinengewehr veröffentlichen; so wie auch zahlreiche andere Medien, darunter z.B. die englische BBC auf ihrer Homepage.

Den Eltern sei deshalb geraten, sich lieber um die Entwicklung der Persönlichkeit ihrer Kinder zu kümmern und sie zu friedfertigen (und friedensfähigen) Menschen zu erziehen, als eine Verletzung der Persönlichkeitsrechte bemerken zu wollen.

Man könnte im Übrigen auch fragen, wie die Sache juristisch einzuordnen ist:

Die Bundeswehr lässt verbotenerweise Kinder mit Kriegswaffen spielen (wozu sich die Ministerin danach öffentlich äußern muss: „Um so etwas für die Zukunft von vornherein auszuschließen, habe ich entschieden, dass auf künftigen *Tagen der Bundeswehr* keine Handwaffen zum Anfassern mehr präsentiert werden“, erklärte von der Leyen“; Quelle: www.tagesschau.de/inland/bundeswehr-tagderoffenentuer-101.html).

Die fotografische Dokumentation des Vorgangs macht die abgebildeten Personen, also den die Maschinengewehr im Anschlag haltenden Jungen, den dabei behilflichen Obergreifen und die hinter ihrem Sohn stehende Mutter zu „Personen der Zeitgeschichte“.

Vor Gericht wäre dann letztlich abzuwägen, ob das Informationsinteresse der Öffentlichkeit höher zu bewerten ist als das „Recht am eigenen Bild“.

... vielleicht hätte sich die DFG-VK vor dem Stuttgarter Landgericht nicht auf einen Vergleich einlassen sollen?!

Stefan Philipp

Teilerfolg: Vergleich vor Gericht

Umstrittene Fotos kriegsspielender Kinder bei der Bundeswehr

Von Roland Blach

Nach dem letzten „Tag der Bundeswehr“ sorgten von der DFG-VK veröffentlichte Fotos von Kindern an Kriegswaffen für einen Skandal – ein „PR-Gau“ für die Bundeswehr. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kündigte an, interne Richtlinien, die Waffen in Kinderhänden verbieten, wieder beachten zu wollen.

Unabhängig davon sah eine betroffene Familie die Persönlichkeitsrechte ihrer Kinder verletzt, nachdem diese Fotos veröffentlicht wurden. Sie forderte von der DFG-VK, die Fotos aus dem Internet zu löschen, und drohte, Schadensersatz zu fordern.

Mit einem Vergleich endete am 15. November ein Verfahren vor dem Landgericht Stuttgart. Die DFG-VK wird von Schadensersatzansprüchen und Verfahrenskosten

der Gegenseite freigestellt. Gleichzeitig verpflichtet sie sich, die zunächst verpixelten und im August von der Internetseite gelöschten Fotos nicht mehr zu veröffentlichen.

Die DFG-VK wird weiterhin Vorfälle wie Kinder an Bundeswehr-Waffen und die Rekrutierung Minderjähriger dokumentieren, jedoch unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte. Gemeinsam mit Kinderrechtsorganisationen appellieren wir in einer aktuellen Kampagne an Ministerin von der Leyen, die Rekrutierungspraxis endlich zu ändern: www.unter18nie.de

Roland Blach ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg



Protest gegen Militär-Kommandozentralen in NRW

Doppel-Aktion in Kalkar und in Essen gegen Kriegsvorbereitung

Von Joachim Schramm

Wir können es schaffen, wenn wir es schaffen wollen!“ Mit dieser Botschaft beendete Andreas Zumach, bekannter Journalist, Buchautor und DFG-VK-Mitglied, seine Rede am 3. Oktober bei der diesjährigen Demonstration an den Kommandozentralen der Nato- und Bundeswehr-Luftwaffe in Kalkar am Niederrhein. Zuvor hatte er auf die neue atomare Aufrüstungswelle hingewiesen, die auch durch solche militärischen Denkfabriken wie das in Kalkar ebenfalls beheimatete „Joint Air Power Competence Center“ (JAPCC) der Nato vorangetrieben würde. Zumach machte deutlich, dass schon jetzt Kalkar eines der Hauptangriffsziele bei einem eventuellen Konflikt mit Russland sein würde. Daher forderte er ein ähnliches Engagement der Bewohner der Region ein wie vor 30 Jahren, als man dort den Bau des Schnellen Brütters verhindert hatte.

Ca. 400 Demonstranten waren nach Kalkar gekommen, dem ersten Teil einer Doppel-Aktion gegen Krieg an diesem Tag in NRW. Zum zweiten Teil ging es am Nachmittag nach Essen. Doch zunächst zog der Demonstrationzug aus dem Örtchen Kalkar hinaus zur Von-Seydlitz-Kaserne, wo das „Zentrum Luftoperationen“ der Bundeswehr angesiedelt ist. Dort legte man einen Kranz für die Drohnen- und Bomben-Opfer nieder.



Kranz der Friedensbewegung für Kriegsopfer vor der Kaserne in Kalkar

Foto: Joachim Schramm

Felix Oekentorp, Landessprecher der DFG-VK NRW, machte in seiner Rede deutlich, warum man das an dieser Stelle tue: Von Kalkar aus werden die Luftkriegsoperationen der Bundeswehr gesteuert, ob in Afghanistan, in Syrien oder in Mali. Auch wenn 2009 der Angriff auf die Tanklaster in Kundus – der mit dem Tod von über 100 Zivilisten endete – nicht von deutschen Flugzeugen selbst erfolgte, die Anforderung kam vom deutschen Oberst Klein. Und dieses Ereignis macht deutlich, dass es aktuell vorrangig Luftangriffe sind, die Menschen – dabei häufig Zivilisten – in Kriegen töten. Die von Kalkar aus koordinierten deutschen Tornado-Aufklärer über Syrien geben die Daten an die Bomber anderer Nationen weiter, die dann den Tod übers Land tragen. Immer wieder wird Kalkar auch als mögliche Steuerzentrale zukünftiger deutscher Drohnenangriffe genannt. Felix Oekentorp verwies auf die schrecklichen Folgen der Drohnenkriegsführung der USA für die Menschen in Kriegs- und Krisengebieten.

Mit der Kranzniederlegung war der Kalkarer Teil der Doppel-Aktion beendet, und mit Bussen und Pkw ging es nach Essen, wo direkt vor dem Hauptbahnhof schon die Protestkundgebung gegen die Tagung des JAPCC aus Kalkar begonnen hatte. Schon im zweiten Jahr hatte sich die Nato-Denkfabrik die Ruhrgebietsstadt als Tagungsort ausgesucht.

Das JAPCC hat die Aufgabe, die Luftkriegsführung des Militärbündnisses fortzuentwickeln, eingeschlossen auch die Planung von Atomwaffeneinsätzen. In diesem Jahr ging es bei der Tagung um die Kriegsführung unter Bedingungen, in denen Teile der modernen Kommunikationskanäle nicht verfügbar sind. Nicht Kriegsverhinderung ist also angesagt, sondern Kriegsführung in jeder Situation.

Dagegen waren in Essen erneut ca. 700 Demonstranten zusammengekommen. Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Linken, kritisierte die Pläne der Nato, im Baltikum – unter maßgeblicher Beteiligung der Bundeswehr – neue Kampfteinheiten zu stationieren. „Wenn es eines nicht braucht an der russischen Grenze, dann sind das deutsche Bundeswehr-Soldaten“, so Sevim Dagdelen, und verwies auf die deutsche Geschichte. Der Theolo-

ge Eugen Drewermann beschrieb in seiner Rede noch einmal die unheilvolle Rolle der Nato seit ihrer Gründung und wandte sich gegen das Gerede von humanitärer Intervention. Zu den Aussagen von Bundespräsident Gauck meinte Drewermann: „Verantwortung ist niemals zu tragen mit Krieg. Verantwortung ist die Vermeidung von Krieg in jedem Falle“. Auch wandte er sich gegen die Pläne zu einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren: „Die Polizisten haben es nicht verdient, dass man sie auf die gleiche Stufe wie das Militär stellt“.

Während Drewermanns Rede von den meisten Anwesenden begeistert gefeiert wurde, gab es im Nachhinein auch vereinzelt Kritik. Er habe mit seiner Konzentration auf die Handlungen der Nato und die Beschreibung von Kriegsfolgen am Beispiel der Bombardierungen von Hamburg und Dresden im Zweiten Weltkrieg die Verbrechen des NS-Regimes relativiert und verharmlost.

Die den Antideutschen nahestehende Szene macht gleich die ganze Veranstaltung zu einer „Querfront-Veranstaltung“. Der Auftritt der Musikerin „Morgain“, die auch bei Mahnwachenveranstaltungen aufgetreten ist, und die Anwesenheit von Teilnehmern an den Mahnwachen genügte da als „Beweis“. Dass es jedoch reale Versuche gibt, solche Veranstaltungen der Friedensbewegung in eine Querfrontstrategie hineinzuziehen, zeigte die Tatsache, dass die Youtube-Plattform „Newscan“ die gehaltenen Reden filmte und online stellte. Auf der gleichen Plattform findet man dann Verweise auf „Compact-TV“ von Jürgen Elsässer und Interviews mit Leuten wie dem Nazi Hans-Werner Hoffmann (Wehrsportgruppe Hoffmann).

Durch ihre Hartnäckigkeit hat die es Friedensbewegung in NRW geschafft, den Militärstandort Kalkar zu einem Begriff und dessen Bedeutung für die deutsche und die Nato-Kriegsführung bekannt zu machen. Dass hier jedoch mehr Protest nötig ist, hat Andreas Zumach deutlich gemacht. Um das zu erreichen, ist nicht zuletzt die klare Zurückweisung antideutscher Pöbeleien, aber auch aller Versuche der Querfront-Vereinnahmung nötig.

Joachim Schramm ist Geschäftsführer des DFG-VK-Landesverbands NRW.

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!



Zum 1. Dezember, dem Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden, bietet die War Resisters' International (WRI, Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird (www.wri-irg.org/node/4718).

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressanten und Adressatinnen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Die Liste der Gefangenen für den Frieden ist keineswegs vollständig. Sie enthält in diesem Jahr (Stand 12. November) die Adressen von 27 Gefangenen, stellvertretend für viele andere, deren Adresse unbekannt ist oder die diese Art der Publizität nicht wünschen. Die diesjährige Liste enthält Namen und Adressen von inhaftierten Kriegsdienstverweigerern in Aserbaidschan, Eritrea, Finnland, Singapur, Südkorea und Turkmenistan.

In den USA ist Norman Edgar Lowry für sieben Jahre im Gefängnis wegen illegalen Betretens eines Rekrutierungsbüros. Rafil Dhafir erhielt 22 Jahre Gefängnis wegen humanitärer Hilfslieferungen in den Irak im Widerspruch zu US-Sanktionen. Wegen Aufdeckung von US-Kriegsverbrechen im Irak wird Chelsea (ehemals Bradley) Manning mit 35 Jahren Gefängnis bestraft.

Die DFG-VK Mainz schreibt und verschickt Karten an die Gefangenen für den Frieden mit netten Leuten, mit Live-Musik von *Strohfeuer Express*, mit Bildern und Filmen von Friedensaktionen aus dem Jahr 2016 sowie mit Speis´ und Trank am Freitag, 16. Dezember, 19 Uhr, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, Mainz.

Wer den Gefangenen Kartengrüße zukommen lassen will, muss nicht unbedingt nach Mainz kommen. Karten können überall geschrieben werden, allein oder in Gesellschaft, privat oder öffentlich, auch in Verbindung mit Veranstaltungen oder Aktionen. Wer es nicht schafft hat, die Karten im Dezember zu schreiben: Die meisten Gefangenen sind auch danach noch in Haft und freuen sich auch dann noch über Post.

Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Hessen und aktiv in der DFG-VK-Gruppe Mainz

Kein Asyl für US-Deserteur

A. Shepherd weiterhin nicht als politischer Flüchtling anerkannt

Von Rudi Friedrich

Die Klage gegen den ablehnenden Bescheid im Verfahren des US-Deserteurs André Shepherd wurde vom Verwaltungsgericht München abgewiesen. In der Verhandlung hatte das Gericht im November unter Beachtung eines Grundsatzentscheides des Europäischen Gerichtshofes den Fall überprüft.

Dabei konzentrierte sich die Kammer einzig und allein auf die Glaubhaftigkeit des Klägers, Sachverhalte abfragte, die bis zu 12 Jahre zurückliegen, und meinte, das Gewissen des Klägers zu jeder Zeit messerscharf prüfen zu können. Einerseits wurde vom Kläger erwartet, dass er seine Sicht aus der damaligen Situation heraus schildert, andererseits wurden die von ihm damals getroffenen Entscheidungen von der Kammer aus heutiger Sicht bewertet.

„Würde man den Maßstab des Gerichts anlegen, müsste ein Verweigerer eines völkerrechtswidrigen Krieges oder von völkerrechtswidrigen Handlungen von Anfang an völlig stringent und kompromisslos vorgehen“, so Bernd Mesovic von Pro Asyl. „Dass sich eine Gewissensentscheidung über längere Zeiträume entwickelt, hat in der Logik des Verwaltungsgerichts München keinen Platz.“

Nach der Befragung sagte André Shepherd: „Ich habe von Anfang an umfassend alle wesentlichen Sachverhalte dargestellt. Ich hätte mir gewünscht, das Gericht hätte den schwierigen Weg innerhalb des US-Militär, eine meinem Gewissen entsprechende Haltung herauszubilden, gewürdigt.“ Weiter erklärte er: „Es sollte bei der Anhörung doch darum gehen, meine Gründe darzulegen, warum ich aus den gegebenen Tatsachen heraus das Militär verlassen musste. Dass das Gericht stattdessen auf hypothetische Szenarien abzielte, die nichts mit den vorliegenden Tatsachen und Erfahrungen zu tun haben, hinterlässt bei mir den Eindruck, dass es mich einfach nicht anhören wollte.“

In einer Pressemitteilung weist das Gericht insbesondere auf eine scheinbar fehlende Auseinandersetzung mit der Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung hin. Dabei hatte Shepherd in der Anhörung sehr deutlich erklärt, dass er mit seiner Auffassung, dass er für „notwendige Kriege zum Schutz der eigenen Bevölkerung“ auch zur Verfügung gestanden hätte,

nicht unter die sehr eindeutig formulierten Richtlinien für eine Anerkennung als KDVer gefallen wäre. „Auch der Umgang mit anderen US-KDVer, wie Agustín Aguayo, der trotz seiner Verweigerung ins Kriegsgebiet geschickt und schließlich wegen Desertion verurteilt wurde, waren für mich ein klares Zeichen, dass dies kein Weg sein kann.“

„Eigentlich hat das Gericht nur einen Satz im Urteil des Europäischen Gerichtshofes zugrunde gelegt, in dem darauf abgestellt wird, dass hohe Maßstäbe bei Asylanträgen von Soldaten angenommen werden müssten, wenn sie sich freiwillig zum Militär melden“, erklärte Rechtsanwalt Reinhard Marx im Anschluss an die Anhörung. „So eng interpretiert hätte damit kein Berufssoldat jemals eine Chance Asyl zu erhalten.“ Weiter machte er deutlich: „Ganz offensichtlich wollte das Gericht durch diese Art der Sachaufklärung vermeiden, die nicht zu bestreitenden Kriegsverbrechen der US-Armee während des Zeitraums seit 2007 zu behandeln.“

Anwalt Marx wird nun für seinen Mandanten eine Berufungsklage vorbereiten.

Rudi Friedrich ist DFG-VK-Mitglied und aktiv bei Connection e.V. Weitere Informationen zu André Shepherd und anderen verfolgten Kriegsdienstverweigerern auf der Website www.connection-ev.de



130 Jahre Frankfurter Friedensverein

Rückblick auf DFG-Vorreiter in Frankfurt und der Umgang der Friedensbewegung mit dem IS heute

Von Amina Kazik

Wieithin bekannt ist, dass 2017 die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft 125 Jahre zurückliegen wird. In Frankfurt am Main kann die Friedensbewegung sogar auf 130 Jahre organisatorische Kontinuität zurückblicken. Daran erinnerte im Oktober eine gut besuchte Veranstaltung von DFG-VK Frankfurt/Main, DFG-VK-Bildungswerk Hessen und der evangelischen französisch-reformierten Gemeinde Frankfurt/Main. Eine lebhafte Diskussion über den Umgang der Friedensbewegung mit dem Krieg in Syrien und dem Terrorismus ergab sich im zweiten Teil des Abends anhand des Buches „Mit dem IS verhandeln?“ von Thomas Carl Schwoerer.

„Halbe Narren“

An die friedenspolitische Tradition der Frankfurter reformierten Gemeinden erinnerte Pfarrerin Susanne Bei der Wieden in ihrer Begrüßung. Pfarrer Bendix Balke von der französisch-reformierten Gemeinde gab einen kenntnisreichen Einblick in die Geschichte der Friedensbewegung in Frankfurt, wo schon 1850 eine internationale Friedenskonferenz stattgefunden hatte. 1886 wurde der Frankfurter Friedensverein gegründet, dessen 50 Mitglieder damals als „halbe Narren und nicht ernst zu nehmende Idealisten“ verspottet wurden. Der Frankfurter Friedensverein war einst deutschlandweit Vorreiter der pazifistischen Bewegung, und einige seiner Mitglieder engagierten sich auch international in der Friedensbewegung. Balke skizzierte die spannende Historie der deutschen Friedensbewegung, die anfangs noch sehr nationalistisch sein konnte,

wenn es zum Beispiel um Elsass-Lothringen ging.

Die Frankfurter Friedensvereinigungen mussten angesichts der beiden Weltkriege viele Hürden überwinden. Heute hat die Frankfurter DFG-VK-Gruppe 150 Mitglieder. Grundlegende Zielsetzung ist damals wie heute, dass Kriege abgeschafft und Konflikte zivil gelöst werden sollen.

„Verhandeln statt schießen“

Bis heute ist die Forderung der DFG-VK nach gewaltfreien Konfliktlösungen stets hoch aktuell. Im zweiten Teil des Abends stellte Thomas Carl Schwoerer, Autor sowie einer der Bundessprecher der DFG-VK, sein aktuelles Buch mit dem Titel „Mit dem IS verhandeln?“ vor.

Schwoerer schlägt vor, auch mit dem Islamischen Staat zu verhandeln, damit das Töten grundsätzlich aufhört. Seine konkrete Devise lautet: „Verhandeln statt schießen“ – denn: solange verhandelt wird, werde nicht endlos gefeuert. Nach Schwoerer sind politische Alternativen zu militärischem Vorgehen die deutlich bessere Konfliktlösung. Wer Frieden wolle, müsse mit Feinden verhandeln. Auch wenn man sich den Verhandlungspartner nicht aussuchen kann und viele Barrieren auftauchen können, ist es dennoch die einzige politische und zukunftsorientierte Lösung.

Er sieht auch Deutschland in der Schuld, globale Konflikte politisch zu lösen, da Deutschland sich lange in dieser Rolle zurückgezogen hat. Denn zur gewaltlosen Konfliktbearbeitung gehört die Prävention von Konflikten ebenfalls dazu.

Als Kritik am Buch muss gesagt werden, dass die These nicht ausführlich dargestellt wird und noch ausbaufähig ist. Schwoerer sieht im „Verhandeln“ die Qualität und Wirkungskraft des politischen Pa-



zifismus. Allerdings wird im Buch lediglich erläutert, dass „verhandelt“ werden sollte. Mit dem IS wird aber bereits verhandelt, z.B. über die Freilassung von Geiseln. Schwoerer geht auch auf eine mögliche neue Grenzziehung im Nahen Osten ein, eventuell mit einem eigenen Gebiet für den IS. Allerdings fehlt hier eine ausführliche Auseinandersetzung mit möglichen aufkommenden Komplikationen.

Schwoerer ist der Meinung, dass es nur eine politische Lösung geben kann. Militärisches Vorgehen könne den IS nicht komplett auslöschen, der als Terrororganisation weiterexistieren werde. Waffenexporte, namentlich an Saudi-Arabien und Qatar müssten beendet werden. Waffen seien wie Öl im Feuer. Schwoerer verwies darauf, dass auch in Mali versäumt wurde, mit allen, namentlich den politischen Kräften im Norden, zu verhandeln.

Moderiert von Gerd Bauz von der DFG-VK-Gruppe Frankfurt ergab sich eine spannende Diskussion mit zahlreichen Fragen und Beiträgen aus dem Publikum, die die Komplexität der Thematik verdeutlichten. Diskutiert wurden die zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten, um mit Dschihadisten ins Gespräch zu kommen. Angemerkt wurde auch, dass es nicht nur um Terrorismus gehe, dass viele Islamisten keine Terroristen seien und dass seitens der Friedensbewegung kaum eine ideologische Auseinandersetzung mit dem Islamismus stattfinde. Schwoerer verwies darauf, dass die DFG-VK Hessen und ihr Bildungswerk diesbezüglich schon tätig geworden seien.

Verhandeln beziehe sich nicht nur auf die IS-Führung. Erfolgversprechender seien Gespräche mit Stammesführern oder ursprünglich säkularen Kräften aus der Baath-Partei, die jetzt den IS unterstützen.

Abschließend wurde zusammengefasst, dass Friedensbildung weltweit schon sehr früh, am besten in der Schule anfangen solle, um neue zukunftsorientierte und nachhaltige Lösungen für eine sichere und gerechtere Gesellschaft zu finden.

Amina Kazik ist zurzeit Praktikantin bei der DFG-VK Hessen.



Pfarrer Bendix Balke beim Vortrag über den Frankfurter Friedensverein

Du denkst, wir haben seit 71 Jahren Frieden?

Eine ungewöhnliche und beispielgebende Veranstaltung in Bielefeld

Von Tobias Damjanov

„Make Love – Not War“ und John Lennons Slogan „War is over – if you want it!“. Das schien eher auf eine Friedensveranstaltung der traditionellen Art hinzuweisen. Aber schon die Bezeichnung der Zusammenkunft, die am 4. November auf dem Bielefelder Rathausplatz stattfand, machte deutlich, dass sich dahinter wohl etwas Anderes, Neuere verbarg: „Friedensparty(-zipation)“. Das war jedoch bei Weitem nicht das einzig Ungewöhnliche.

Zwei Frauen auf dem Weg zum Abitur ...

Daria und Elif wollen ihr Abitur am Bielefelder Oberstufenkolleg machen. Als Thema ihrer „Besonderen Lernleistung“ für politische Bildung wählen sie Frieden. Wer jetzt eine schriftliche Hausarbeit erwartet, hat nicht mit der Kreativität und vor allem der persönlichen Betroffenheit der beiden 18-Jährigen gerechnet; sie beschließen nämlich, MitschülerInnen wie Lehrkräfte ihres Kollegs, aber auch allge-

mein die Bielefelder Öffentlichkeit zu bewegen.

Innerhalb nur eines halben Jahres organisieren und planen Daria und Elif alles, was zu einer größeren Veranstaltung gehört – und das parallel zu 34 Stunden Unterricht pro Woche und ohne jegliche Vorerfahrung. Ohne dass ein Verein oder eine Partei sie fördert, bauen sie ein Netzwerk von UnterstützerInnen auf, sprechen mögliche Bündnispartner an und schlagen sich mit der Genehmigungsbürokratie erfolgreich herum.

Ihnen gelingt es sogar, das NRW-Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport von ihren Ideen zu überzeugen, das mit finanzieller Unterstützung reagiert (die Landesministerin Christina Kampmann sagte zwar einen Redeauftritt zu, war dann aber verhindert).

Und nicht zuletzt betreiben sie Werbung mit Flyern und Plakaten, kümmern sich um die Verpflegung der TeilnehmerInnen, um Lautsprecher- und Musikanlagen.

Theatergruppe mit einer „physical theatre“-Präsentation, die sich ebenfalls mit Frieden befasste. Dazu kamen Auftritte chilenischer und syrischer Musiker und der einer argentinischen Protestgruppe, eine Feuershow und schließlich, ungeplant, am Ende eine Jam Session. Außerdem wurden angeboten: Kinderschminken, eine Dia-Show, Riesen-Seifenblasen und ein Yoga-Workshop.

Durchgesetzt war dieses Kulturprogramm mit politischen Redebeiträgen: Benno Malte Fuchs (DFG-VK NRW) sprach gleich zwei Mal und zwar zu Rüstungsexporten und Schule ohne Bundeswehr; es traten Vertreter von amnesty international und attac und vom örtlichen Bündnis gegen Rechts auf. Die Spannweite der mittragenden Organisationen war aber noch breiter: Dazu gehörten AK Asyl, Verdi, Junges NRW, der Bielefelder Jugendring e.V., SJD Die Falken, Bielefeld stellt sich quer, foodsharing und Emilio.

„Nicht in meinem Namen, nicht mit meiner Stimme, und niemals mit unserer Zustimmung!“

Das war das gemeinsame Credo von Daria und Elif gegen den Krieg. Sie selbst hielten auch die Eröffnungsreden, zwei Beiträge, die unbedingt aufhorchen ließen (für Ältere wie mich waren sie auch ein Lehrstück darüber, wie Jugend zu Jugend heute über Frieden spricht). Deswegen hier einige Auszüge aus Darias Rede:

„Tagtäglich werden wir mit Reizen überflutet, einer Flut, der wir als fühlende Wesen nicht standhalten können. So schalten wir ab, lassen uns treiben, geben uns hin, geben unsere Seele hin, Farben umhüllen unsere Sinne in einer Mannigfaltigkeit, die uns bloß noch verblasste Grauabstufungen wahrnehmen lässt, Grauabstufungen, die uns die Grausamkeit dieses Planeten bloß noch betäubt unter einem schulterzuckenden ‚ist halt so‘ wahrnehmen lässt.“

Die Objektivität versinkt in diesem Meer voller Reize; ironischerweise ist es die Objektivität, die uns sagt: ‚Die Erde weint.‘ (...)

In der stillen Hoffnung auf Revolution rennen wir ziellos im Kreise, schwimmen mit dem Strom – sich gegen den Strom zu

War is over if you want it!
Du denkst, wir haben seit 71 Jahren Frieden?

Zurzeit werden aber weltweit offiziell 15 Kriege geführt: Ukraine, Afghanistan, Syrien, Kolumbien, Türkei, Myanmar, Irak, Nahostkonflikt, Nigeria, Somalia, Thailand, Kongo, Südsudan, Mindanao, auf den Philippinen und in Libyen. Insgesamt haben diese Kriege bis jetzt über 4.000.000 Todesopfer gefordert – und es geht **dich** etwas an!

Die Auswirkungen der Kriege bemerken wir als Bürger* in Deutschland nur durch Geflüchtete, die in ihrem Heimatland nicht mehr überleben können. Europa will den sogenannten „Flüchtlingsstrom“ eingrenzen – aber wie, wenn Militärs und militante Gruppen dabei sind Ihre Heimat zu zerbomben? Millionen von Kindern, Erwachsenen, Tieren und auch die Umwelt leiden darunter.

Nur, weil **WIR** das Glück haben in einer friedlichen Umgebung zu leben, bedeutet das nicht, dass wir tatenlos zuschauen dürfen. Im Gegenteil: Wir haben die Macht etwas zu verändern und das müssen wir auch! Dass wir, Menschen, Kriege führen können, haben wir oft genug bewiesen, aber vom Frieden in der Welt sind wir noch weit entfernt.

Wir sagen „Stopp!“ zu Waffengewalt, geht an die Verhandlungstische zurück, denn im Jahre 2016 muss das anders aussehen!

Kundgebung und Friedensparty(-zipation) am Freitag, den 04.11.2016 von 16-20 Uhr am Bielefelder Rathausplatz

Wir erheben unsere Stimme für jeden, der unter der Verachtung seiner grundlegenden Rechte leidet. Wir sind zutiefst empört und protestieren gegen die Zerstörung unserer Zukunft, fordern heute von den politisch Verantwortlichen **ein Leben in Frieden** für alle.

www.facebook.com/event/141329304214241

Alle Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter und Geschlechtsidentitäten

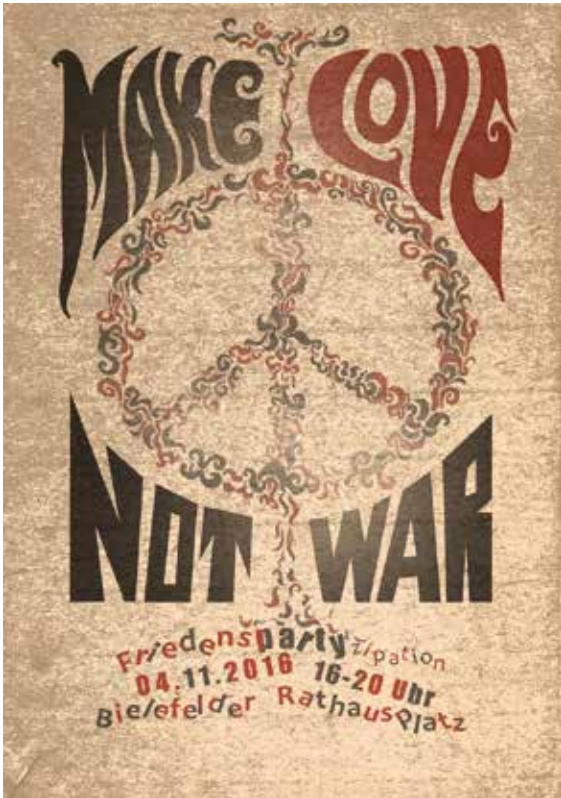
unterstützt durch:

vor di, DFG-VK, Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport, des Landes Nordrhein-Westfalen, #jungesnrw, Amnesty International, SJD-Die Falken, Emilio, foodsharing.de, Alan!, No to Business as Usual, foodsharing.de

... werben für Frieden ohne Waffen

Um an dieser Stelle das Ergebnis vorweg zu nehmen: Die „Friedensparty(-zipation)“ zog 300 zu erheblichem Teil jüngere Menschen an (keine Veranstalterangabe, sondern die der örtlichen Presse!) und zwar nicht während einer oder zwei Stunden, sondern für ein Programm von sage und schreibe sechs Stunden.

Dieses Programm war ein Kraftakt, der selbst erfahrene Kundgebungsorganisatoren staunen lassen dürfte. Es traten mehrere Musikgruppen auf, die aber nicht irgendwelchen Rock oder Blues spielten, sondern Themenbezogenes. Eigens für diese Veranstaltung gründete sich eine



Die Waffen nieder! Wir weigern uns, Feinde zu sein.

Unsere Hauptforderungen: Weltweites Umdenken, Miteinander, für den Frieden, Krieg ist kein zeitgemäßer Weg für den Frieden und gehört in die Geschichtsbücher, kritische Fragen stellen, für das eintreten, wofür schon die Generationen vor uns demonstriert haben:

1. Abschaffung der Nato, Stärkung der Uno
2. Stopp aller Waffenexporte
3. Stopp der Rüstungsindustrie und Waffenlobbyisten
4. Bundeswehr raus aus den Krisengebieten. (...)

Nicht nur die Jugend lernt, sondern auch wir Alten sollten das tun

Für mich als einem der Teilnehmer an dieser „Friedensparty(-zitation)“ war von vornherein

klar, dass ich darüber nicht den üblichen Berichtsartikel würde schreiben können. Dazu hat mich das Programm selbst, wie aber auch sein Zustandekommen zu sehr beeindruckt und persönlich nachdenklich gemacht. Etwas überspitzt formuliert: Da versuchen wir DFG-VKler, junge Menschen für die Mitarbeit in unserer Organisation zu gewinnen, und beklagen unseren mangelnden Erfolg – und gleichzeitig gibt es da Jugendliche, die von sich aus nicht nur einen friedenspolitischen Standpunkt beziehen, der auch aus der DFG-VK hätte kommen können, sondern sie handeln auch sofort, obwohl sie damit noch keine größeren Erfahrungen haben.

Ich will nicht pathetisch werden, aber ich ziehe den Hut vor dem Mut, der Überzeugungskraft und der Energie dieser zwei Abiturientinnen. In einer Zeit, in der so viele von Politikverdrossenheit und einer angeblich unpolitischen Jugend sprechen, machen sie besonders Hoffnung.

Uns sollte das auch Anlass sein, unsere Vorgehensweisen zu überdenken: Wir müssen jungen Leuten mehr Eigeninitiative zutrauen und mehr politisches Selbstwertgefühl zeigen. Natürlich geht nichts automatisch, aber genauso wenig funktionieren althergebrachte Wege, nur weil sie sich früher mal bewährt haben. Dass die zwei Bielefelder Kollegiatinnen von sich aus die DFG-VK angesprochen und unbedingt dabei haben wollten, zeigt, worauf wir zukünftig achten sollten.

Tobias Damjanov ist Bundessprecher der DFG-VK.

wehren erfordert Einheit, nicht doch im Außen gefundenen, sondern im selbst. Nichts als uns selbst gilt es, im Labyrinth der Zerstreutheit zu suchen und zu finden. Aufstehen, der Ermüdung trotzen, wach und mit allen Sinnen in den Spiegel zu sehen und aus all den zerbrochenen Teilen ein Bild zu formen, das Antwort gibt auf:

„Wofür stehe ich?“,
denn weißt du wofür du stehst?
Weißt du welchen Weg du gehst?
(...)“

Dass es den Veranstalterinnen sehr klar war, worum es geht, machen folgende Passagen aus Elifs Rede deutlich:

„... Wir begnügen uns nicht länger nur zuzuschauen, wir protestieren im Namen der Menschlichkeit. Hier ist unsere Empörung über Syrien und all die anderen Kriegsgebiete. Wir wissen, dass Mord unter Vorsatz geschieht, doch reicht nicht der Vorsatz zu wissen, was eine gelegte Bombe anrichtet, für uns sind Kriege Verbrechen und Mord!

An die Bundeswehr: Bitte hört auf, uns Jugendliche fürs Sterben zu werben. Eure Werbekampagne kotzt uns an!

Wir fordern den Stopp von Militär und militanten Gruppen, denn wir wollen in einer Welt leben, in der Konflikte ohne Waffengewalt ausgetragen werden, in der wir uns mit Respekt begegnen, unsere Umwelt schützen und auch die anderen Lebewesen auf der Erde bewahren, und nicht zerstören. (...)

Das Militär behauptet, sie wollen Frieden schaffen, wir sagen, Frieden schaffen geht nur ohne Waffen. (...)



Im Wahljahr 2017: Den Druck auf die Bundesregierung intensivieren

Am 27. Oktober stimmte in New York die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft im Ersten Ausschuss der UN-Generalversammlung für die Aufnahme von Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot. Auf Antrag Österreichs, Brasiliens, Südafrikas, Irlands und Nigerias – mit der Unterstützung von 57 Staaten – stimmte der UN-Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit darüber ab. 123 Staaten votierten für Resolutionsentwurf L.41 und somit für das Mandat, bereits im März, Juni und Juli 2017 eine entsprechende UN-Konferenz einzuberufen. 38 Staaten, angeführt von Russland, den USA und den meisten Nato-Staaten, stimmten dagegen, 16 Staaten enthielten sich der Stimme. Die Internationale Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die lange auf dieses Ergebnis hingearbeitet hatte, nannte die Abstimmung „eine abrüstungspolitische Revolution“. Da auch die deutsche Bundesregierung gegen die Resolution gestimmt hat, obwohl 93 Prozent der Bevölkerung ein Atomwaffenverbot wollen, wird die Kampagne „Büchel ist überall, atomwaffenfrei.jetzt“ den Druck bis zur Bundestagswahl 2017 intensivieren.

Roland Blach





„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Als Vertreter des erkrankten Monty Schädel ist seit Jahresbeginn Michael Schulze von Glaßer als politischer Geschäftsführer für die DFG-VK tätig. In dieser Kolumne berichtet er regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.

Jahresendspurt für unseren Verband, aber auch fürs Militär: Die Bundeswehr fährt aktuell nochmal neue Geschütze in ihrem „Mach, was wirklich zählt“-Werbefeldzug auf - wir halten mit friedlichen Mitteln dagegen und warnen junge Leute vor dem Dienst in der Armee. Denn findet die keinen Nachwuchs mehr, kann sie im Ausland auch kein Unheil mehr anrichten. Was ich zu diesem und zu anderen Themen in den letzten Monaten gemacht habe, darüber kläre ich hier auf: Transparenz ist wichtig!

Kommunikation

Als politischer Verband ist die Arbeit nach außen wesentlich - immerhin wollen wir

die Menschen von unseren Positionen überzeugen. Doch auch die interne Kommunikation muss klappen. Dazu gibt es schon viele gute Werkzeuge, wie etwa die Zeitschrift, die ihr gerade lest.

Nun ist ein weiteres hinzugekommen: Viele DFG-VK-Mitglieder - die, von denen der Bundesverband die E-Mail-Adressen hat - haben Mitte Oktober den ersten Mitglieder-E-Mail-Newsletter bekommen. In ihm wollen wir nun alle zwei Monate kurz über Neuigkeiten aus dem Verband informieren - nicht so ausführlich wie in der **ZivilCourage**, dafür aber mit vielen Links zum Weiterlesen du brandaktuell. Wer den Newsletter noch nicht bekommen hat, ihn aber zukünftig im E-Mail-Postfach vorfinden will, kann mir seine/ihre E-Mail-Adresse schicken: svg@dfg-vk.de

Auf unserer Website - www.dfg-vk.de - gibt es schon jetzt einige neue Verbesserungen, etwa eine bessere Einbindung unserer Social-Media-Auftritte. Gerade beim Thema „Website“ besteht aber noch viel Verbesserungsbedarf. Und so wird die Struktur der internen und externen Kommunikation auch in den nächsten Monaten ein großes Arbeitsfeld für mich sein.

und einen Sachcomic: Von der „Kleinen Geschichte der Kriegsgegnerschaft - Friedensbewegung und Antimilitarismus in Deutschland von 1800 bis heute“ findet ihr in dieser **ZivilCourage** auch eine Rezension (*siehe Seite 32*).

Gegen die aktuelle Werbekampagne der Armee haben wir zahlreiche Antirekrutierungs-Materialien neu aufgelegt - diesmal auch mit Hinweis auf unsere Website für junge Leute, die überlegen zur Bundeswehr zu gehen: www.bevor-du-unter-schreibst.de

Da die Bestellungen im Materialversand seit Monaten zunehmen - die Nachfrage nach guten Materialien gegeben ist - haben wir auch unsere Zusammenarbeit mit der „Informationsstelle Militarisation“ intensiviert. Gemeinsam mit den bewegungsnahen Friedenswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern haben wir ein Fact-Sheet zur westlichen Intervention im nordafrikanischen Mali veröffentlicht: Der Bundeswehr-Einsatz in dem Land könnte zu einem „neuen Afghanistan“ werden. Auf acht Seiten wird über die Hintergründe des Militäreinsatzes aufgeklärt und begründet, warum er beendet werden muss - durch viele Grafiken und Bilder ist die Faktensammlung sehr eingängig. In Druck befindet sich aktuell zudem noch ein aktualisiertes und neu aufgelegtes Fact-Sheet zur Nato. Und weitere Faktensammlungen sind bereits in Arbeit! Schaut im Shop vorbei: www.dfg-vk.de/shop. Aber nicht nur dort gibt es neue DFG-VK-Materialien zu bestellen: Auch in unserem Kleidungsshop gibt es neue - moderne und schicke - Motive. Etwa ein an ein bekanntes Science-Fiction-Franchise angelehntes Stop-Wars-Motiv und eine Friedenstaube. Bestellen könnt ihr die Pullover, T-Shirts, Taschen, usw. hier: www.dfg-vk.spreadshirt.de

Bündnisarbeit

Im Rahmen der Diskussion um die Demonstration am vergangenen 8. Oktober in Berlin wurde - nicht ganz zu Unrecht - unsere geringe Beteiligung in Bündnissen kritisiert. Zwar kann die DFG-VK als Verband viel Bewegung, doch auch die

Shop ausgebaut

Neuigkeiten gibt es auch von unserem Materialversand und Webshop: So ist der Flyer zum „125-Jahr Jubiläum“ endlich eingetroffen und kann ab sofort bestellt werden. In ihm wird - auch um neue Mitglieder zu gewinnen - ein kurzer Abriss der Geschichte des Verbands gegeben. Daneben gibt es mit Blick auf das Jubiläumsjahr 2017 einen DFG-VK Wandkalender





Jetzt schon Aktionen planen: „Tag der Bundeswehr“ 2017

Debatte und Zusammenarbeit mit anderen Gruppen ist sinnvoll. Ich habe daher an Treffen des „Bundesausschuss Friedensratschlag“ und der „Kooperation für den Frieden“ teilgenommen, und auch der BundessprecherInnenkreis will sich wieder mehr um die Bündnisarbeit kümmern. Mit dem „Netzwerk Friedenskooperative“ wiederum gab es bereits im August ein Treffen – und bereits im vergangenen Juni zum „Tag der Bundeswehr“ eine hervorragende Zusammenarbeit. Diese soll auch 2017 fortgeführt werden (siehe dazu weiter unten).

Seit der Mitte des Jahres sind wir Mitglied im „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“, in dem sich anerkannte Organisationen wie „terre des hommes“, die Kinder-nothilfe und Unicef zusammengeschlossen haben, um dem Missbrauch von Kindern als Soldatinnen und Soldaten entgegenzutreten. Neben dem Blick ins Ausland richtet sich das Bündnis aber auch zunehmend nach innen und befasst sich mit der Rekrutierungspraxis der Bundeswehr – dies liegt auch an unserer Arbeit im Bündnis. Gemeinsam haben wir die Kampagne „Unter 18 nie“ gestartet, die sich gegen die Rekrutierung von 17-Jährigen durch die Bundeswehr wendet: www.unter18nie.de. Nun wurde bei einem Treffen in Duisburg nochmals eine Intensivierung der Kampagne beschlossen. Bis zum jährlichen „Red Hand Day“, dem internationalen Tag gegen Kindersoldaten am 12. Februar 2017, sollen Unterschriften gegen

die Rekrutierung von Minderjährigen durch die Bundeswehr gesammelt werden. Adressatin der Kampagne ist die Verteidigungsministerin: Das schlagkräftige und professionelle „Bündnis Kindersoldaten“ hat eine realistische Chance, die Rekrutierung unter 18-Jähriger durch die Bundeswehr zu stoppen – das sind immerhin 10 Prozent der jährlichen neuen Rekrutinnen und Rekruten der deutschen Armee. Und sogar international läuft die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen: Bereits seit einigen Jahren bin ich im Rat der Kampagne „Countering the Militarisation of Youth“ der War Resisters‘ International aktiv. Zwar gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Aktivistinnen und Aktivisten angesichts der sehr unterschiedlichen Probleme mit

Armee-Werbung in den verschiedenen Ländern nicht immer einfach, Ende Oktober wurde die Vernetzung mithilfe einer Online-Konferenz aber deutlich verbessert. Dabei konnte ich mit einem Vortrag über friedens- und antimilitaristische-Kampagnen in Deutschland auch einen Einblick in die Arbeit der DFG-VK geben.

■ Aktionen 2017

Friedensarbeit braucht Geld – und auch Formalia müssen eingehalten werden: In den letzten Wochen habe ich daher viele Anträge geschrieben – nicht nur für das Haushaltstreffen der DFG-VK im Dezember, sondern auch für die Sitzung der Bertha-von-Suttner-Stiftung. Die Stiftung finanzierte schon in diesem Jahr viele tolle Projekte – 2017 soll es ebenso eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stiftung und der DFG-VK geben! Denn wie auch schon in der letzten Kolumne angekündigt, gibt es viele Pläne für das kommende Jahr.

Einer ist der Aktionstag gegen den jährlichen Propaganda-Tag der Armee. Der „Tag der Bundeswehr“ wird am 10. Juni 2017 an 16 Standorten stattfinden – auch bei euch (siehe Karte oben)? Gemeinsam mit dem „Netzwerk Friedenskooperative“ und anderen Gruppen werden wir wieder versuchen Aktionen vor Ort so gut es geht zu unterstützen und die Bundeswehr-Propaganda nicht unwidersprochen lassen. Informiert euch und plant Aktionen!

Bitte spenden für Aktionsset: Die Welt am Abgrund?



Steigende Rüstungsausgaben in vielen Ländern, sich verschärfende militärische Auseinandersetzungen: Die Welt scheint oft nah vor der Explosion. Als Friedensorganisation engagieren wir uns dafür, dass dies nicht passiert. Aktionen im öffentlichen Raum sind dabei ein gutes Mittel um die Aufmerksamkeit vieler Menschen zu erregen und sie von unseren politischen Positionen – Die Waffen nieder! – zu überzeugen.

In diesem Jahr hat der DFG-VK-Bundesverband bereits Aktionssets zur Gefahr durch Atomwaffen und zu Kleinwaffen-Exporten erstellt, die von Gruppen ausgeliehen werden können. Nun soll ein weiteres Set dazukommen – allerdings klappt das nur mit deiner und eurer Unterstützung: Der Bundesverband würde gerne eine aufblasbare Weltkugel mit einem Durchmesser von etwa 3 Metern kaufen – ein echter Blickfang! Auf der „Welt“ ist, ähnlich wie bei einer Handgranate, ein Zünder (aus Schaumstoff): Die Welt ist nah davor in die Luft gesprengt zu werden! Hört auf mit den Kriegen!

Gerade bei Großereignissen wie den jährlichen Messen „didacta“ und „gamecom“, bei der die Bundeswehr um Nachwuchs wirbt, oder beim „Tag der Bundeswehr“, kann man mit dem leicht zu transportierenden Aktionsset (die Weltkugel ist aufblasbar) leicht viel Aufmerksamkeit erregen. Die Gesamtkosten von etwa 2500 Euro sind aber leider nicht unerheblich. Spenden für das Projekt wären daher nötig, um das dann von allen Gruppen ausleihbare Aktionsset realisieren zu können:

DFG-VK
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: „Weltkugel“

Die Friedensbewegung ist in die Jahre gekommen?

Bericht vom bundesweiten U35-Treffen der DFG-VK im November in Kassel

Von Thorge Ott

Der Ostermarsch scheint in die Jahre gekommen zu sein. Viele der bunt gekleideten Demonstranten haben graue Haare. Nur die Linken und einige andere beteiligte Gruppen haben eine Handvoll junger Leute mobilisiert“, beschreibt die Taz-Autorin Solvej Lüdke den Ostermarsch 2012 in Kiel, bei dem vor allen Dingen die brisanten U-Boot-Lieferungen aus Kiel für Israel thematisiert wurden. Dennoch gingen nur wenige – und vor allem ältere – Leute auf die Straße. Zwar mag die Aussage der Autorin im ersten Moment anmaßend wirken – und die Zeitung fällt auch so immer mal wieder wegen ihrer militärfreundlichen Berichterstattung sowie Bundeswehr-Werbeanzeigen auf –, wenngleich diese die aktuelle Situation der Friedensbewegung sehr treffend beschreibt.



Gemeinsames Frühstück im Kasseler DFG-VK-Büro

Die Friedensbewegung ist in die Jahre gekommen und der so wichtige Nachwuchs bisher weitgehend ausgeblieben. Ein Problem, das auch die DFG-VK betrifft: Von den rund 3 500 Mitgliedern sind gerade einmal 175 Personen im Alter von 35 Jahren oder jünger. Anlass genug, in einen Dialog zu treten und Überlegungen anzustellen, wie sich die DFG-VK bzw. die gesamte Friedensbewegung verjüngen und breiter aufstellen kann.

Bereits vor ein einigen Monaten hatte der Bundesverband – der stellvertretende politische Geschäftsführer Michael Schulze von Glaßer (30) und der Inhaber der Stelle zum kommenden 125-Jahr DFG-Jubiläum, Thomas Mickan (32) – daher alle Mitglieder bis 35 Jahre zu einem Vernetzungstreffen nach Kassel eingeladen. Gefolgt sind dem am Ende rund 20 junge Leu-

te im Alter von 19 bis 35 Jahren, die dafür aus den verschiedensten Ecken des Landes – von Kiel bis Augsburg, von Berlin bis Trier – nach Kassel reisten.

Am Freitagabend, den 4. November, trudelten die Friedensaktivistinnen und -aktivisten nach und nach in den Räumlichkeiten der DFG-VK Kassel – die Gruppe besitzt ein eigenes, kleines Büro in der Stadt – ein. In lockerer Atmosphäre gab es ein erstes Kennenlernen, da sich die Allermeisten aufgrund fehlender bundesweiter Vernetzung bisher nicht kannten. Fließend ging dies in eine Diskussion und einen Erfahrungsaustausch über die eigenen Aktivitäten in den Ortsgruppen, die regelmäßige Arbeit und auch die Altersstruktur des Verbandes über.

Dabei wurde schnell deutlich, dass verzelte Ortsgruppen nur noch formell auf dem Papier existieren, es teilweise an gut durchdachten, öffentlichkeitswirksamen Aktionen fehlt, der Altersdurchschnitt teils recht hoch ist, aber durchaus Offenheit für neue, „moderne“ Friedensarbeit existiere.

Auch bei Aktionen gegen Bundeswehr-Werbung, über die bei dem Treffen in Kassel von vielen Aktiven berichtet wurde, ist eine gute Zusammenarbeit zwischen jungen und älteren DFG-VK-Mitgliedern wichtig. Und so ging es beim U35-Treffen nicht nur um die eigene Vernetzung, sondern auch darum, einen Generationendialog im Verband vorzubereiten, der im immer näher rückenden Jahr des 125-jährigen Jubiläums der DFG-VK 2017 geführt werden kann: Berichte älterer Mitglieder über erfolgreiche Großdemonstrationen wie die im Bonner Hofgarten in den 80er-Jahren und den Umgang mit Parteien wie der ehemaligen Friedenspartei „Die Grünen“ sind wichtig, können auf junge Aktivistinnen und Aktivisten in der heutigen Zeit aber demotivierend wirken. Sie möchten ihre eigenen Erfahrungen machen, eindrucksvolle Aktionsformen verwirklichen und dabei auch moderne Medien nutzen. Um sich darüber auszutauschen, war das Vernetzungstreffen eine ideale Gelegenheit.

Und so startete der Samstag in gemütlicher Frühstücksatmosphäre mit einem Einstiegsvortrag über die Tradition der DFG-VK und ihre bekannten Mitglieder wie Bertha von Suttner, Carl von Ossietzky und auch Kurt Tucholsky. Im Vortrag wurden zudem die schlechten Zeiten und Probleme des Verbands nicht verschwiegen – das heißt auch, aus der langen und durchaus von Erfolgen geprägten Verbandsgeschichte zu lernen und die Arbeit für den weltweiten Frieden fortzusetzen. Denn gerade jetzt – in Zeiten eines aufkommenden neuen Ost-West-Konflikts und dem Krieg in Syrien – ist eine friedliche Widerstandsbewegung gegen immer weiter eskalierende, sinnlose internationale Kriegseinsätze, steigende Rüstungsexporte und -ausgaben sowie zunehmend sich verschärfende Fluchtursachen wie Krieg, Hunger, Armut und die Folgen des menschengemachten Klimawandels gefragt.

Der Vortrag motivierte aber nicht nur zum Aktivwerden, sondern zeigte auch die Instrumente dazu: Die DFG-VK besitzt heute Strukturen, die nicht allen Mitgliedern bekannt sind. Daher wurde den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Kassel erklärt, was sie in ihrer Ortsgruppe machen können, welche Strukturen die Landesverbände haben, wie man Delegierte bzw. Delegierter auf Bundesebene werden kann und – ebenfalls wichtig –, wie Gelder für die eigene Friedensarbeit beantragt werden können. Dabei wurden viele Fragen der jungen Mitglieder beantwortet.

„Leichen auf dem Opernplatz“

Danach ging es nach draußen: Die Kasseler DFG-VK-Gruppe hatte eine antimilitaristische Stadtrallye vorbereitet. In drei Gruppen ging es zu den verschiedenen Rüstungsunternehmen, Kriegs- und Friedensdenkmälern sowie anderen friedenspolitisch relevanten Orten in der Stadt. An den unterschiedlichen Standorten gab es dann jeweils kurze Informationen und anhand von Bildern, etwa von den vor Ort produzierten Panzern, wurde die Nähe zwischen deutschen Auslandseinsätzen, Waffenexporten und der lokalen Ebene verdeutlicht – etwas, das in mehr Städten gezeigt werden sollte. In Kassel sind es etwa die namhaften Rüstungskonzerne

Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann und der Daimler-Konzern, die mit ihren Produkten weltweit Konflikte anfeuern. Von außen waren viele der Unternehmen erst auf den zweiten Blick zu erkennen. Auch hier zeigt sich wieder einmal, dass Kassel, wie viele andere Städte auch, fest in der Hand bekannter Rüstungskonzerne ist. Es gilt daher, derartige Konzerne zu enttarnen und ins öffentliche Licht zu rücken!

Nach zwei Stunden trafen sich die Gruppen in der Kasseler Innenstadt wieder. Dort sollten die zwei vom Bundesverband erstellten Aktionssets zu Kleinwaffen-Exporten und der Gefahr durch Atomwaffen zum Einsatz kommen. Der Nieselregen - am ganzen Wochenende gab es leider schlechtes Wetter - hörte langsam auf, und die Sets, die auch gegen eine geringe Gebühr beim Materialversand der DFG-VK ausgeliehen werden können, wurden aufgebaut.

Auf dem zentral gelegenen Königsplatz liefen mit gelben Strahlenschutzanzügen und Atemschutzmasken ausgerüstete Aktivistinnen und Aktivisten um eine mit Radioaktiv-Schildern abgesperrte „kaputte Atombombe“ herum. Damit sollte abermals an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki erinnert, zugleich aber auch die etwa 20 in der Eifel (Büchel) lagernden US-Atombomben, für die deutsche Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der nuklearen Teilhabe den Abwurf trainieren, zum Thema gemacht werden. Besonders eindrucksvoll war außerdem eine aufgestellte Karte, aus der hervorging, welche Vernichtungskraft die „Hiroshima-Bombe“ bezogen auf Kassel und die umliegende Region hätte. Insbesondere dieser regionale Bezug gab vielen Menschen, mit denen die AktivistInnen ins Gespräch kamen, zu denken. Des Weiteren wurde wieder einmal deutlich, dass die Atomwaffen-Thematik zu selten ange-



sprochen wird und ein Teil der Bevölkerung nichts von der Existenz der hierzulande lagernden Atombomben weiß.

Nur wenige hundert Meter entfernt war auf dem Opernplatz ein „Tatort“ mit gelbem Flatterband deutlich sichtbar abgesperrt. Personen in Schutzanzügen untersuchten die dort befindlichen blutverschmierten Waffen sowie Leichenumrisse auf dem Boden. Was für eine Innenstadt glücklicherweise eine Ausnahme ist, stellt für unzählige Menschen weltweit eine große Gefahr dar: Durchschnittlich alle 13 Minuten wird ein Mensch durch eine Kleinwaffe des deutschen Herstellers Heckler & Koch getötet. Berücksichtigt man die Waffen aller Hersteller liegt die Zahl sogar noch weit darüber. Glücklicherweise handelte es sich in diesem Fall nur um Kunstblut und Waffenattrappen. Auch hier wurden die Aktivistinnen und Aktivisten ihre Flyer schnell los, etliche Menschen blieben stehen und betrachteten die Aktion gegen Waffenexporte nachdenklich.

Etwas durchgefroren aber sehr zufrieden ging es nach der Aktion gemeinsam zum Essen und anschließend wieder ins lokale DFG-VK-Büro: Bei weiteren lockeren Gesprächen fand der Samstag bei Musik und Getränken spät in der Nacht seinen Ausklang - das U35-Treffen aber noch nicht.

■ Nächstes U35-Treffen 2017

Am Sonntag wurde das Wochenende ausgewertet, und die künftige Vernetzung bzw. weitere Zusammenarbeit geplant. Es wurden Kontaktdaten ausgetauscht und ein gemeinsamer E-Mail-Verteiler eingerichtet, um auch in Zukunft in Kontakt zu stehen. Alle äußerten darüber hinaus den Wunsch eines weiteren Treffens im Jahr 2017, bei dem es eine größere Aktion geben soll. Mit Unterstützung des Bundesverbandes, der durch die Übernahme der Kosten für das Treffen bereits die Ernsthaftigkeit des Versuchs, die jüngeren Mitglieder einzubinden, unterstrich, wird dies hoffentlich wieder möglich. Und vielleicht kommen dann sogar noch ein paar mehr junge Leute.

Mit diesem ersten Treffen wurde eine gute Grundlage geschaffen, jetzt heißt es: Dranbleiben, noch mehr (junge) Menschen für den Widerstand gegen Militär und Kriegseinsätze gewinnen und den Schulterschluss verschiedener Generationen der Friedensbewegung bewerkstelligen. Gelingt uns das, wird es für die Bundeswehr zunehmend schwieriger, an Schulen, auf Jobmessen und generell im Alltag um Akzeptanz für ihre Kriegstreiberieien zu werben. Machen wir den Militärs das Leben schwer!

Thorge Ott ist 23 Jahre alt und in der DFG-VK-Gruppe Kiel aktiv.



Fotos: Michael Schulte von Gläßer

Friedensliteratur unterm Weihnachtsbaum

Vier Buchempfehlungen zum Verschenken oder zum Selberlesen

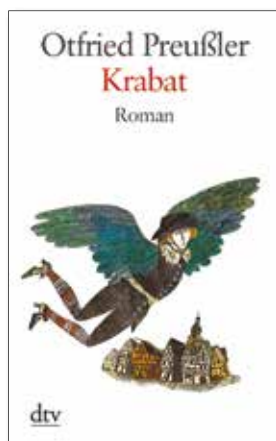
Von Thomas Mickan

Was gibt es Schöneres, als nach dem Familientrubel am Weihnachtsfest mit einem warmen Tee oder Glühwein in eine Decke kuschelnd sich bei einer Kerze und dem Blick ins verschneite Draußen einem guten Buch zu widmen? Doch weil es so viele Bücher gibt, stelle ich hier vier von ihnen vor, die ich besonders FriedensfreundInnen in der DFG-VK empfehlen möchte, sowohl für sich selbst als auch als Geschenk für gute FreundInnen und Verwandte. Es ist sogar ein – auch für Erwachsene gleichfalls spannendes – Kinderbuch dabei. Die Bücher sind nach drei Kriterien ausgesucht. Erstens sollen sie Kraft für die Friedensarbeit spenden, zweitens sind (fast) alle von DFG-VKlern geschrieben (alle jedoch sind mir von Mitgliedern unseres Vereins empfohlen) und schließlich drittens sind es einfach gute Bücher. Insofern handelt es sich um keine Rezensionen im engeren Sinne, sondern um Kaufempfehlungen, die auch für den kleinen Geldbeutel eine Inspiration zum Fest sein sollen. Sie sind auch gute Kopfnahrung, die einstimmen auf das Jubiläumsjahr der DFG-VK im Jahr 2017: 125 Jahre Gründung der DFG.

Mit „Krabat“ lernen, sich übers Militär lustig zu machen

Beginnen möchte ich mit dem Kinderbuch, aber gleichzeitig dem Klassiker aus dem vorgestellten Buch-Quartett. Eltern haben oft wenig Zeit, und wegen der Sorge, sie schaffen es nicht, diesen Text zu Ende zu lesen, hier als meine erste Empfehlung: „Krabat“ von Otfried Preußler. Die Geschichte des sorbischen Waisenspielt während des Großen Nordischen Krieges Anfang des 17. Jahrhunderts, als Schweden seine Vorherrschaft im Ostseeraum an Russland verlor. Auch Sachsen-Polen unter August dem Starken war an dem Krieg beteiligt, der einen hohen Blutzoll unter den SoldatInnen, aber noch viel stärker unter der Bevölkerung verursachte. Musterungswellen und Heeresintreiber zogen zudem durch die Lande, um Nachwuchs für den Krieg zu rekrutieren. Viele gingen, um den Hungertod

gegen den Tod auf dem Schlachtfeld zu tauschen, andere wurden körperlich gezwungen. Ein bedrückender Hintergrund also, in dem eine Stimme im Traum den 14-jährigen Krabat aus seinem Bettelbubenschaft zur Schwarzen Mühle im Koselbruch bei Schwarzkollm in der Lausitz ruft. Krähen, Nebel und noch so manche durchaus schreckliche Ereignisse begeben sich bei der Schwarzen Mühle, die die Altersempfehlung von 12 Jahren rechtfertigt.



An der Mühle angekommen, findet sich Krabat wieder in der Lehre eines Mühlenmeisters, der Krabat und den anderen Mühlengesellen nicht nur das harte Tagewerk der Mühle beibringt, sondern auch die schwarzen Künste. Immer enger zieht sich dabei jedoch die Schlinge um Krabat und die Mitgesellen, die tödliche Gefahr, die alle Lesenden in ihren Bann schlagen wird. Die ungeheure Spannung, die einem das Buch in wenigen Abenden verschlingen lässt, baut sich so stetig auf, immer wieder unterbrochen durch amüsante Szenen. Eine dieser Szenen ist eine für ein Kinderbuch wundervoll politische und antimilitaristische, als die Rekrutierer für den Krieg an der Mühle klopfen, auf der Suche nach jungen Burschen, für die sie ein Kopfgeld beziehen wollen. Was sich dann entspinnt, ist ganz famos und soll hier nicht vorweggenommen werden, es lehrt aber in bester schwejk'scher Manier, wie junge Menschen mit dem Militär umzugehen haben, um sich der Autorität der Uniformen zu entziehen: indem sie darüber lachen.

Otfried Preußler: *Krabat*. 12. Auflage, München 2015, 352 Seiten, 8,95 Euro; Altersempfehlung ab 12 Jahre

Ein Sach-Comic zur „Kleinen Geschichte der Kriegsgegnerschaft“

Ebenso ans Lachen denken wir, wenn wir an Comics denken. Was aber ist dann ein Sach-Comic, Sachbücher sind ja eher wenig dafür bekannt, lustig zu sein? Und trotzdem gelingt dem Zeichner Findus und dem Autor Michael Schulze von Gläßer – bekanntermaßen ja der aktuelle stellvertretende politische Geschäftsführer der DFG-VK – dieses Kunststück. In einer erfrischenden Mischung aus Text- und Comicelementen erzählen die beiden die „Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft. Friedensbewegung und Antimilitarismus in Deutschland von 1800 bis heute.“ Sie greifen dabei in dem kleinen Bändchen zu einem schönen Trick, indem sie die von DFG-VK Materialien bekannten jungen AktivistInnen Lilly und Felix bei Protesten gegen die Bundeswehr auf eine erfahrene Aktivistin, eine Ostermarschiererin der ersten Stunde, treffen lässt. Für mich als DFG-VKler, der erst seit wenigen Jahren mit am Bord des Friedensdampfers ist, entspringt ein Dialog durch die Geschichte, dem gleich drei Dinge gelingen. Erstens entwickeln die Figuren trotz ihrer zuerst etwas schablonenhaften Zuschnittes durchaus Charakter, zweitens werden 200 Jahre Friedensgeschichte durchaus lehrreich, aber auch unterhaltsam vermittelt, und drittens wird an aktuelle Themen wie die Bundeswehrrachwuchswerbung oder den Krieg in Afghanistan angeknüpft und zum Widerstand dagegen motiviert.



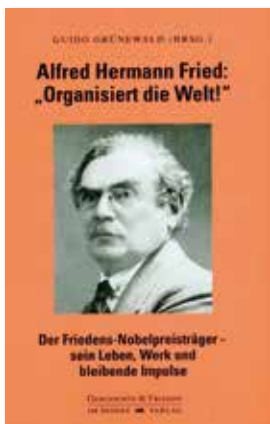
Im Comic können dann die GründerInnen der DFG vor fast 125 Jahren mit Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried getroffen werden. Wir erfahren mehr über die DFG-Mitglieder Kurt Tucholsky, Carl von Ossietzky oder WRI-Mitglied Olaf Kullmann und wie diese sich gegen die militaristische

Naziherrschaft stemmten. Ossietzky und Kullmann bezahlten ihren Mut mit dem Leben, sie wurden im KZ ermordet. Oder wir dürfen die Menschen kennenlernen, die aus den Verbrechen gelernt haben und in der „Ohne-Mich“-Bewegung sich gegen die Wiederbewaffnung und dabei Wiederaufnahme alter Nazis engagierten, oder die Mutigen von Mutlangen, die Ostermarschierenden, die MenschenkettlerInnen von Stuttgart nach Neu-Ulm und viele weitere Aktive für den Frieden. Viele DFG-VKler werden daher vieles entdecken, das sie schon kannten oder mitgestalteten. Vielleicht ist es daher auch eher ein Buch, das den EnkelInnen oder FreundInnen geschenkt werden sollte, denn das Format ist frisch, kurzweilig und lädt ein, in die Diskussion zu kommen, vielleicht sogar selbst aktiv zu werden. Wichtig: Das Buch kann direkt im Materialversand Pazifex der DFG-VK bestellt werden, und jeder Euro vom Erlös wird direkt wieder für die weitere friedenspolitische Arbeit genutzt. Das Buch ist mit Geldern der Bertha-von-Suttner Stiftung entstanden – eine gute Investition einer gemeinnützigen Institution, der auch „steuerabzugsfähig“ gespendet werden kann.

Findus/Michael Schulze von Glaßer: Kleine Geschichte der Kriegsgegnerschaft. Friedensbewegung und Antimilitarismus in Deutschland von 1800 bis heute. Münster 2016; 80 Seiten; 9,80 Euro; bitte im Pazifex Materialversand der DFG-VK bestellen!

„Organisiert die Welt“

Wem allerdings die „Kleine Geschichte“ zu knapp ausfällt, dem sei der vom DFG-VK-Mitglied Guido Grünewald herausgegebene Sammelband zum bereits genannten Mitbegründer der DFG Alfred Hermann Fried ans Herz gelegt. Aus einem wissenschaftlichen Symposium heraus ist ein Band entstanden, der in zehn Aufsätzen wissenschaftlich gründlich den kaum bekannten Friedensnobelpreisträger beleuchtet. Fried war dabei so vielseitig aktiv, dass es ebenso vielseitige einzelne Beiträge und Schwerpunktsetzungen gibt, etwa über sein theoretisches Erbe zum Pazifismus, sein Wirken für den



Friedensjournalismus oder seine Rolle als Freimaurer oder in der Esperantobewegung. Der Band wurde bereits in der **ZivilCourage** 1/2016 vom Chefredakteur Stefan Philipp ausführlich besprochen, daher möchte ich hier zu den einzelnen Beiträgen wenig sagen. Ich will dabei nicht verschweigen, dass ich einige mit Genuss las, anderen gerne widersprechen möchte und andere von mir überblättert wurden, da sie mit schlicht nicht interessierten. Das Buch ist als wissenschaftliches also nicht für alle etwas, sondern tatsächlich für historisch Interessierte und für diejenigen, die sich mit dem Thema Pazifismus tiefer beschäftigen möchten. Lernen allerdings kann jede/r etwas in diesem Buch. Beeindruckend war für mich besonders, wie eine so umtriebige Person doch im kollektiven Gedächtnis verschwinden konnte und mit welcher Detailliebe sein Erbe wieder erschlossen wird.

Guido Grünewald (Hrsg.): Alfred Hermann Fried: „Organisiert die Welt!“. Der Friedens-Nobelpreisträger - sein Leben, Werk und bleibende Impulse. Bremen 2016; 272 Seiten; 16,80 Euro

Verhandeln statt schießen!

Schließen möchte ich meine Literaturempfehlungen mit dem Hinweis auf ein Buch zu einem traurigen Thema mit einem aber umso hoffnungsvolleren Lösungsvorschlag: „Mit dem IS verhandeln? Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus“ heißt das Buch von DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Schwoerer. Dieses sollte den aufmerksamen LeserInnen der **ZivilCourage** aus der Ausgabe 3/2016 noch als Titelthema bekannt sein. Nicht mit FreundInnen muss verhandelt werden, sondern mit den FeindInnen, ist dabei die nüchterne These des kleinen Büchleins, in welchem kurz und präzise alle Einwände, alles Zögern und alle Ungläubigkeit eines Verhandels mit dem Islamischen Staat (IS) durchargumentiert werden. Dabei werden auch „schwere Geschütze“ in der Debatte angesprochen und mit guten Argumenten widerlegt. Es ist fast schon als eine Argumentationshilfe zu lesen für so manche Debatte, die vielleicht auch über die Weihnachtszeit hier und da geführt werden wird.

Das Buch ist daher ein tolles Geschenk für FreundInnen oder Verwandte, die sonst schwer davon zu überzeugen sind, dass der Pazifismus angesichts des Leids die bessere und gerechtere Sache ist. Der Menschenrechtsbellizismus hat schon zu viel Misstrauen gegenüber gewaltfreien Lösungen gesät. Daher ist es erleichternd

zu sehen, dass wir nicht nur mit weihnachtlicher Moral zu argumentieren brauchen, sondern dass es auch immer gute Argumente für friedliche Lösungen gibt. Manchmal sind es die scheinbar augenfälligsten, nämlich zusammen wieder ins Gespräch zu kommen, mutig Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu suchen und zu verhandeln, indem die anderen nicht als das Böse, sondern als politische AkteurInnen ernstgenommen werden. Das Buch zeigt eindrucklich, dass dieses nicht naiv oder unverantwortlich ist, sondern ein wichtiger Weg, der in turbulenten Zeiten wieder beschritten werden muss.



Thomas Carl Schwoerer: Mit dem IS verhandeln? Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus. München 2016; 112 Seiten; 7,99 Euro

Frohe Weihnachten und ein friedliches Jahr 2017

Ich hoffe, dass ich ein wenig Appetit machen konnte, eines der Bücher sich für die Weihnachtsfeiertage anzuschaffen und zu lesen oder es jemanden zu schenken. Ich selbst werde meine Exemplare tatsächlich weiterschenken, und habe schon sehr gut vor Augen, wer meine Beschenkten sind. Besonders schön ist es dann, auch gemeinsam über die Bücher zu diskutieren. Ich hoffe, die Bücher können über die Feiertage auch Lust machen auf das Jubiläumsjahr 2017 der DFG-VK. Dafür braucht es viele gute Ideen, Aktive und Spaß, um den historischen Moment zu einem Moment des Aufbruchs für die Bewegung und den Verband zu machen – es wird langsam wieder Zeit dafür, und die Chancen dafür stehen gar nicht so schlecht!

Ich wünsche frohe Festtage und ein gutes neues Jubiläumsjahr.

Thomas Mickan ist Mitglied in der DFG-VK-Gruppe Stuttgart und arbeitet für das 125-Jahre Jubiläum der DFG-VK. Möglich wurde die Einrichtung dieser Beschäftigung dadurch, dass die DFG-VK-Gruppen Hannover, Frankfurt am Main, Köln, Kassel, Stuttgart, Augsburg und Ludwigsburg sowie der DFG-VK-Landesverband Niedersachsen dies finanziell fördern.

Ein-Blick in die DFG-Geschichte

Bücher über eine radikale Pazifistin – und pazifistische Regionalgeschichte in einer Zwischenkriegszeit
Von Guido Grünewald

Helene Stöcker war Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und radikale Pazifistin. Geboren am 13. November 1869 in (Wuppertal-)Elberfeld, promovierte sie als eine der ersten Frauen im deutschen Kaiserreich. Seit dem Ersten Weltkrieg pazifistisch aktiv, wurde sie rasch zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten der deutschen Friedensbewegung und spielte u.a. in der Deutschen Friedensgesellschaft und im Bund der Kriegsdienstgegner eine bedeutende Rolle. Am 29. Februar 1933 floh sie ins Exil, zunächst in die Schweiz, anschließend in die USA, wo sie am 23. Februar 1943 mittellos starb.



Die von Reinhold Lütgemeier-Davin und Kerstin Wolff sachkundig herausgegebene und bearbeitete Autobiographie behandelt die Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Stöcker schloss sich zwar schon in der ersten Hälfte der 1890er Jahre der DFG an, wurde aber erst im Weltkrieg zur pazifistischen Aktivistin. Zuvor hatte sie ihr Vertrauen in die voranschreitende moralische und gesellschaftliche Vervollkommnung des Menschen gesetzt, die Kriege zwischen zivilisierten Staaten unmöglich machen werde. Stöcker, die sich Friedrich Nietzsche „tief verbunden“ fühlte, schuf mit der „Neuen Ethik“ eine Liebesphilosophie, die als Philosophie der Tat die Rangordnung der gesellschaftlichen Werte zu verändern suchte. Im Zentrum standen die Liebe (Sexualität inbe-

griffen) und ein neues Geschlechterverhältnis, das sich durch eine schrittweise Emanzipation der Frau herausbilden sollte und u.a. folgende Aspekte enthielt: Anerkennung nichtehelicher Lebensgemeinschaften, Gleichstellung unehelicher Kinder, staatliche Mutterschaftsversicherung, Sexualaufklärung und Empfängnisverhütung, wirtschaftliche Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Frau. Mittels des 1905 gegründeten Bundes für Mutterschutz, dessen Mitglieder zu einem Drittel männlich waren, und dem Bundesorgan „Die neue Generation“ versuchte Stöcker, diese Ziele zu verwirklichen. Kerstin Wolff beschreibt in der abschließenden Einordnung kenntnisreich, wie Stöcker mit ihrer Position in einer Art Querschnitt von Frauen- und Sexualreformbewegung verortet war und zu welchen Konflikten es mit großen Teilen der Frauenbewegung kam.

Helene Stöcker war eine ausgeprägte Individualistin, die „nach höchster persönlicher Entwicklung“ strebte, verbunden mit dem Ziel der sozialen Gerechtigkeit, einer „Umgestaltung der sozialen Verhältnisse, die auch den wirtschaftlich Benachteiligten Genugtuung schaffen sollte“. Von Parteien hielt sie sich fern. In der Friedensbewegung stieg sie nach 1918 rasch auf, verfügte sie doch nicht nur über nützliche Fähigkeiten (organisatorische Erfahrung, mitreißende Rednerin), sondern auch über ein eigenes Organ und das Talent, zwischen den oftmals erbittert streitenden pazifistischen Flügeln ausgleichend zu wirken. Stöcker verfocht eine radikale und konsequente Gewaltlosigkeit; sie strebte eine Verständigung zwischen den Klassen an und sah in einer umfassend verstandenen Kriegsdienstverweigerung ein wichtiges Mittel zur Kriegsverhinderung. Helene Stöcker war eine der wenigen Menschen, die ihre Ziele konsequent zur Richtschnur ihres Lebens machten. Als die langjährige Beziehung zu ihrem Lebensgefährten Bruno Springer erkaltete und nur noch formal fortbestand, propagierte sie konsequent die Idee der „Neuen Ethik“ nicht weiter. Aber auch ihr Ideal einer radikalen Gewaltlosigkeit führte Stöcker immer wieder in Dilemmata, unter denen sie litt und für die sie mit sich ringend (vergeblich) nach Lösungen. In der Endphase der Wei-

marer Republik war sie zunehmend resigniert, wie dem erstarkenden Nationalsozialismus und der wachsenden Kriegsgefahr zu begegnen wäre; im Exil verstummt sie schließlich vollends.

Den HerausgeberInnen sind einige Fehler unterlaufen: 1) In Fußnote (FN) 548 S. 186 monieren sie eine falsche Datierung der Zimmerwalder Konferenz durch Stöcker. Wahrscheinlich meinte Stöcker aber die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Bern vom März 1915; 2) Friedrich Siegmund-Schultze (FN 633 S. 209) war auch Gründungsvater des Versöhnungsbundes, deutscher Zweig, und 1949 Initiator der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände; 3) Johan Bloch (FN 729 S. 258) war nicht Organisator der 1. Haager Friedenskonferenz, sondern inspirierte den Zaren zu seinem Manifest; 4) Bei ihrer Gründung im April 1921 (S. 322) nannte sich die War Resisters' International „Paco“; zur Umbenennung kam es erst 1923.

Reinhold Lütgemeier-Davin und Kerstin Wolff (Hrsg.): Helene Stöcker. Lebenserinnerungen. Die unvollendete Autobiographie einer frauenbewegten Pazifistin. Köln/Weimar/Wien 2015; 390 Seiten; 39,90 Euro

Die DFG im Bezirk Sieg-Lahn-Dill in der Weimarer Republik

Traute Fries' detailreich erstellte historische Rekonstruktion gewährt uns einen einzigartigen Einblick in die Arbeit der DFG auf lokaler und regionaler Ebene. Möglich wurde das durch ein Tagebuch des Bezirksleiters Heinrich Otto, das später von Wilhelm Fries (Vater von Traute Fries) weitergeführt wurde, sowie der akribischen Auswertung von Regionalzeitungen und weiteren Materialien. In den Jahren 1923 bis 1929 war der Bezirksverband enorm aktiv, zählte Anfang 1926 auf seinem Höhepunkt 1245 Mitglieder und führte zahlreiche Versammlungen durch, die von 500 bis zu 700 Menschen besucht wurden. Das alles in einem konservativen und pazifismusfeindlichen Umfeld: So wurde das bereits bestellte Festspiel des Dichters Adolf Wurmbach anlässlich der 700-Jahr-Feier der Stadt Siegen 1924

auf Druck „vaterländischer Verbände“ wegen seiner Publikationen in „Der Pazifist“ (ab 1925 „Das Andere Deutschland“) storniert.

Die Siegerländer Pazifisten (nur wenige Frauen hatten Funktionen inne) folgten dem Kurs des Westdeutschen Landesverbandes (unter Führung Fritz Küsters), zu dem sie enge Verbindung hielten. Traute Fries' beschreibender Bericht verdeutlicht, was „kämpferischer Pazifismus“ praktisch bedeutete: enormer persönlicher Einsatz von Aktiven und Funktionären; Versammlungen auch in kleinen, abgelegenen Orten; offensiver Kampf gegen Nationalismus und Militarismus (schon 1924 DFG-Anzeige in der Siegener Zeitung „Das Hakenkreuz ist Deutschlands Untergang“). Ende der 1920er Jahre kam

es vermehrt zu Versammlungsstörungen durch Nationalsozialisten und den Jungdeutschen Orden; die Pazifisten hielten offensiv dagegen, zumal das örtliche Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entgegen einem Verbot der Bundesleitung weiterhin Saalschutz stellte. Dennoch war die Siegerländer DFG ab 1930 (Austritt Heinrich Ottos 1928 und Beitritt zur KPD; Spaltung der DFG auf Bundesebene im Februar 1929; Mitgliederschwund u.a. aufgrund von Arbeitslosigkeit) deutlich geschwächt; bis zum Verbot 1933 fanden nur noch wenige Veranstaltungen in den Orten Siegen/Weidenau, Kreuztal und Hilchenbach statt.

Einziges Manko der verdienstvollen Publikation ist es, dass Traute Fries die Literatur zur Geschichte der DFG sehr selektiv benutzt und nicht einmal das Standard-

werk von Friedrich-Karl Scheer verwendet hat. Auf dieser Grundlage erscheint die Strategie des kämpferischen Pazifismus für die Weimarer Zeit alternativlos, obwohl die regionale Detailbetrachtung deutlich macht, dass auch dieser strategische Ansatz zu Problemen (innerpazifistischen Spannungen und parteipolitischer Isolierung) führte.

Traute Fries, Die Deutsche Friedensgesellschaft im Bezirk Sieg-Lahn-Dill in der Weimarer Republik. Eine historische Rekonstruktion. Siegen 2013; 224 Seiten; 14,80 Euro

Guido Grünwald ist internationaler Sprecher der DFG-VK und einer der besten Kenner der Verbandsgeschichte.

Wie „die Amerikaner“ ticken

Ein Roman über verlogene militaristische Propaganda

Von Jens Bukowski

Es ist kein pazifistisches Buch, aber tatsächlich habe ich es mit Gewinn gelesen, ja mehr noch: es hat mich begeistert. Ich kann jetzt besser verstehen, wie „die Amerikaner“ wirklich ticken. Inwiefern sind sie sonderbar? Welcher Antrieb, welche Beweggründe liegen hinter der sichtbaren obersten Schicht? Hinter dem scheinbar Unlogischen?

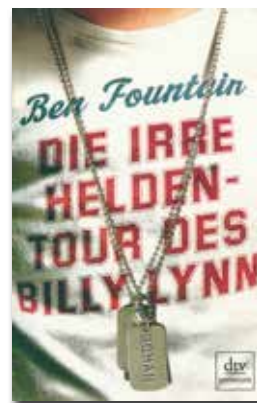
Als Erstes fällt die Sprache auf: Ben Fountain und dem deutschen Übersetzer ist es gelungen, frisch, luftig und in der Sprache der 20-Jährigen zu formulieren. Das Buch benutzt ein Footballspiel der Dallas Cowboys gegen die Chicago Bears als Hintergrund, um in Wahrheit über die Gesellschaft der Vereinigten Staaten zu schreiben:

- über den Druck, den die großen Unternehmen machen;
- über die Verflechtungen von Politik, Sport und Großunternehmen;
- darüber, wie sich das Publikum gern durch die nette Show ablenken lässt;
- und darüber, welche obskuren Gründe den Irak-Krieg rechtfertigen sollen.

Das Buch beschreibt aus dem Leben der Hauptperson Billy tatsächlich nur etwa zwei Stunden, genauer gesagt: nur wenig länger, als das im Stadion laufende Football-Spiel dauert. Erzählt wird aus der Perspektive eines 19-jährigen Soldaten, der gerade mal für zwei Wochen aus dem Irak abkommandiert ist, um eine Heldentour, eine Army-Propaganda-Tour quer

durch die USA zu machen. Zusammen mit den sieben anderen Soldaten seiner Einheit, der „Bravo Squad“, wird er als Held vorgeführt. Auf dieser Tour erfährt er intensiv, welchen falschen Vorstellungen seine Mitbürger anhängen, besser: an welchen Phantasie-Vorstellungen sie mit aller Macht festhalten. Billy wird gegen seinen Willen und gegen sein Gefühl zum Helden erklärt. Denn nur so kann die Army-Propaganda ihn nutzen, und tatsächlich wird er auch ausgenutzt. Am Schluss steht Billy kurz vor der Kriegsdienstverweigerung (oder muss es hier „unerlaubte Entfernung von der Truppe“ heißen?), aber ob die Erwartungen des Lesers erfüllt werden, darf ich hier nicht verraten. Tatsächlich gelingt es dem Autor, zwei mögliche Enden des Buches zu liefern: Hinter dem tatsächlichen Text ist die Alternative so präsent, als wenn sie Billy gleichermaßen passiert wäre. Dem Leser wird überlassen, zu bewerten, welches das bessere Ende, das wirkliche Happy-End wäre.

Das Buch ist ein Roman, dessen Inhalt sicher jeden durchschnittlichen Nicht-Amerikaner in Wut und Entsetzen versetzen muss. Darum ist es eine Rettung für den Leser, um nicht zu verzweifeln, dass die Hauptperson Billy und der Sergeant der „Bravos“ beide mit auffallend großem Durchblick und schneller Auffassungsgabe gesegnet sind; beide sind damit Ausnahmen in diesem Spiel aus Fassade, Propaganda und Bauchgefühl. Zugegeben,



solche Ausnahmen sind selten und somit unrealistisch; aber wenn sich Ben Fountain diese dichterische Freiheit nicht erlaubt hätte, wäre diese amerikanische Gedankenwelt, die im Überlappungsbereich zwischen Militarismus, Militärübersteigerung und Militärliebe liegt, so gut wie unerträglich!

In kurzen Worten: Ben Fountain scheint kein Fan des Footballs zu sein. Aber sein Roman handelt auch gar nicht vom Football. Sein Thema ist eine Gesellschaft, die sich danach sehnt, sich ein X für ein U vormachen zu lassen. Seine Beschreibung dieser Gesellschaft ist sowohl erfrischend als auch zornig, gleichermaßen antipatriotisch und vor allem erhellend.

Ben Fountain: Die irre Heldentour des Billy Lynn. München 2013; 400 Seiten; 16,90 Euro (erscheint am 13. Januar 2017 als Taschenbuch zum Preis von 9,90 Euro)

Jens Bukowski ist seit Jahrzehnten in der DFG-VK und Mitglied in der Gruppe Kassel.

Funktionseliten und Kanonenfutter

Kontinuitäten vom Kaiserreich bis heute

Von Stefan Philipp

Der Blick nichts miteinander zu tun haben und die vielleicht nur zufällig zusammen auf meinem Schreibtisch lagen. Aber dieser erste Blick täuscht...

1928 erschien erstmals das Buch „Wie ich zum Tode verurteilt wurde“ des ehemaligen Matrosen in der kaiserlichen Kriegsmarine Hans Beckers, versehen mit einem Vorwort von Kurt Tucholsky unter der Überschrift „Wie war es? So war es!“

Der Bergmann Beckers war 1912 mit 20 Jahren zum Militärdienst einberufen worden und diente als Heizer auf „Seiner Majestät Schiff Prinzregent Luitpold“. Wegen mangelhafter Versorgung und schikanöser Behandlung der Matrosen durch die Offiziere, aber auch wegen des Abscheus vor dem Krieg kam es 1917 zu Meutereien auf diesen und anderen in Wilhelmshaven liegenden Kriegsschiffen. Einer der Anführer war Beckers. „Unsere Stimmung war keineswegs gedrückt, Angst vor Strafe hat-



te niemand. Einige Jahre Festung oder Zuchthaus für die ‚Haupttetter‘ schienen erträglich. Nur das Ungewisse quälte uns ein wenig...“ (S. 45) Die Klarheit kam dann für Beckers und die anderen acht Mitangeklagten – „Landesverrat. Kriegsverrat. Hochverrat.“ – im August 1917 vor dem Kriegsgericht: „Aberkennung der Bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, Ausstoßung aus Heer und Marine und Tod. Für Sachse, Reichpietsch, Weber, Köbis und für mich“ (S. 73), langjährige Zuchthausstrafen für die Restlichen. Max Reichpietsch und Albin Köbis wurden am 5. September 1917 hingerichtet, die anderen zu Haftstrafen „begnadigt“. Die Novemberrevolution 1919, ausgelöst durch den Kieler Matrosenaufstand, verjagte Kaiser und Kaiserreich, brachte Deutschland die (kurze) Demokratie der Weimarer Republik und den noch inhaftierten Meuturern die Freiheit. Beckers engagierte sich bei den Gewerkschaften, in der SPD und in der Friedensbewegung.

Der Fischer-Verlag spricht im Klappentext von einem „sehr schlicht geschriebenen Buch“; freilich, ein Thomas Mann ist Hans Beckers nicht, aber die Sprache des früheren „Volkschülers“ ist, was Ausdrucksvermögen, Stil, Wortschatz und Korrektheit angehen, bestimmt nicht schlechter als die der meisten heutigen Abiturienten. Für mich ein beeindruckendes Buch über den Widerstand von Menschen, die als Kanonenfutter behandelt wurden. Das Buch wurde 1960, 1986 und nun 2015 erneut aufgelegt.

Hans Becker: Wie ich zum Tode verurteilt wurde. Die Marinetragedie im Sommer 1917. Frankfurt am Main 2015, 94 Seiten; 19,99 Euro

Einige derjenigen Offiziere, die Beckers und die anderen einfachen Soldaten während des Kaiserreichs unterdrückt und dann während des Ersten Weltkriegs millionenfach „geopfert“ hatten, wurden in der Wehrmacht dann zu höchsten Militärführern; denn die meisten Generale und Admirale waren noch im Kaiserreich (Be-

rufs-)Soldaten geworden, hatten die Republik innerlich abgelehnt und mit der Machtübernahme Hitlers große Hoffnungen verbunden. Und: Es gab bei den meisten der führenden Militärs eine, wie es der Herausgeber ausdrückt, „Teilidentität“ mit den Zielen der NS-Ideologie.

Der jetzt, 2015, bereits in dritter Auflage erschienene Band zeichnet die Lebensläufe von 68 (von insgesamt fast 3 200 Generalen und Admiralen) der höchsten „Heerführer“ in Kurzbiografien nach, die sich vor allem auf ihr Tun (und Unterlassen) in der Wehrmacht konzentrieren.



Auch wenn man als Pazifist geneigt sein könnte zu denken, dass es sich bei diesen höchsten Offizieren um „tumbe Kommissköpfe“ handelte, so stimmt dies nur teilweise. Viele von ihnen waren gebildet, belesen, musisch interessiert und klug; und sie waren auf ihrem Gebiet hochkompetente Profis, nur blinde Gefolgschaft hätte sich nicht in die höchsten Positionen geführt. Die Organisation, Leitung und strategische Ausrichtung einer mehrere Millionen Angehörige umfassenden Organisation erfordern Kompetenz. Diese „deutsche Gründlichkeit“ in Verbindung mit der verbrecherischen Nazi-Ideologie hat auch zum „Erfolg“ des (Vernichtungs-)Kriegs geführt – wie jede „wertlose“ Organisation in Verbindung mit „bösen Absichten“ und unmenschlichen Zielen effizient sein kann.

Was man vielleicht als Pazifist aus dem Buch lernen kann: Um seinen Gegner zu bekämpfen, sollte man ihn gut kennen und verstehen. Die Bundeswehr wurde wesentlich von denen aufgebaut und geprägt, die ihre Sozialisation in den Generalstäben der Wehrmacht erfahren hatten und damit von denen angeleitet worden waren, die in dem Buch dargestellt sind. Auch wenn der Geist und das Elitebewusstsein heute ein anderes ist als 1960, 1940, 1914 oder 1890 – der (preußisch-)deutsche Militarismus hat eine lange Tradition!

Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Hitlers militärische Elite. 68 Lebensläufe. Darmstadt 2015, 3. Auflage; 658 Seiten; 24,95 Euro

Zur Nachachtung empfohlen
Anzeige im „Weser-Kurier“ am 26. Oktober
auf Initiative der DFG-VK-Gruppe Bremen

Wir gratulieren

**Detlef
Dahlke**

zu seinem heutigen
90. Geburtstag.

Unserem Mitstreiter für
Kriegsdienstverweigerung,
Abrüstung und friedliche
Streitbeilegung danken wir
für sein langjähriges
unermüdliches Engage-
ment für Frieden, soziale
Gerechtigkeit und gegen
die Rechtsentwicklung.

Wir wünschen Detlef weiterhin gute Gesundheit und freuen uns
auf künftige gemeinsame Aktivitäten.

Regine ALBRECHT, Joachim BARLOSCHKY, Wilhelm BARTNIK, Ludwig BAUMANN, Sigrid BIELEFELD, Horst BLUDON, Eva BÖLLER, Gerd BOHEING, Christel und Fritz BOLTE, Marion BONK, Bremer Friedensforum, Herbert BRÜCKNER, Lore BUCHHOLZ, Bürgerhaus Hemelingen e.V., Ernst BUSCHE, Christoph BUTTERWEGGE (Köln), Marten CARSTENSEN, Heinrich DANNEBERG, Willi DERBOGEN, Helmut DONAT, Peter DRESCHER, Hartmut DREWES, Birgit DRÜCKER, Annette DÜRING, Hilke EMIG, Raimund GAEBELEIN, Loni und Michael GERLACH, Annegret und Willi GERNES, Udo HANNEMANN, Doris und Heinrich HANNOVER, Barbara HELLER, Eike HEMMER, Annemarie HILDEBRANDT, Helga HOFFMANN, Reiner HOFFMANN (Düsseldorf), Marlies und Sönke HUNDT, Jürgen KARBE, Traudel und Erich KASSEL, Gabi-Grete KELLERHOFF, Kurt KIRCHHOFF, Günter KNEBEL, Hugo KÖSER, Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg und Hannover (die mit Detlef viele gewerkschaftliche Seminare veranstaltet haben), Margot KONETZKA, Ingeborg KRAMER, Bernd KRAUSE, Rainer KUHN, Eckehard LENTZ, Irmgard LÜDTKE, Friedrich LÜBE, „Maggie“ (Margot KANDSORRA ehem. HASENPUSCH), „Mary“ (Marion TRETSCHOK), Barbara MATUSCHESKI, Walter MOLTER, Margot MÜLLER, Elka PRALLE, Herma PRIEBE, Irmtraud und Harold PUNDSACK, Werner REHBEIN, Gerd-Rolf ROSENBERGER, Walter RUFFLER, Reinhard SABLOTNY, Gerhard SCHÄFER, Klaus SCHIESEWITZ, Martin SCHMIDT, Werner SCHUSTER, Inge und Hermann SIEMERING, Antje STEINBERG, Hartmut STINTON, Armin STOLLE, Horst VON HASSEL, Gisela VORMANN, Günther WESEMANN, Manfred WEULE, Jürgen WERSEBE, Jörg WOLLENBERG, Edgar ZIMMER.



Daran schließt sich fast bruchlos die Kontinuität der Juristenelite aus dem NS-Staat in das Justizministerium der Bundesrepublik an. 2012 hatte das Bundesministerium der Justiz (BMJ) eine Kommission eingesetzt, die unabhängig und mit uneingeschränktem Aktenzugang wissenschaftlich untersuchen sollte, welche „Verstrickungen“ es gab.

Dieses Ergebnis liegt nun unter dem Titel „Die Akte Rosenberg“ vor. Die Rosenberg, eine burgartige Villa im Bonner Stadtteil Kessenich, war von 1950 bis 1973 der Sitz des BMJ. Dieses war, wie die Studie umfassend nachweist, bis weit in die 1960er Jahre – 1966 bildeten CDU/CSU und SPD die (erste) Große Koalition, Bundesjustizminister wurde Gustav Heinemann (der als erster Bundesinnenminister wegen der Adenauer'schen Wiederbewaffnung 1950 zurückgetreten, dann aus der

CDU ausgetreten war, die Gesamtdeutsche Volkspartei geründet hatte und schließlich 1957 der SPD beitrug) – maßgeblich durchsetzt von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und Beamten, die vormalig im NS-Reichsjustizministerium, bei Sondergerichten und als Kriegsrichter tätig waren. In den 1950er Jahren waren immer über 50 Prozent der Referats-, Unterabteilungs- oder Abteilungsleiter Nazis bzw. vormalig Parteimitglied gewesen. Und – das erinnert an die Kompetenz der Wehrmachtgenerale: Die Volljuristen im BMJ waren formal gute bis hervorragende Juristen.

Auch damit ist zu erklären, dass eine der größten „Schweingereien“ des BMJ zunächst unbemerkt blieb: die faktische Amnestie der meisten NS-Täter mit dem EGO-WiG, dem Einführungsgesetz zum Ordnungswidrigkeitengesetz, von 1968, ein auf den ersten Blick völlig unverdächtiges Gesetz. Mit ihm wurden aber die Verjährungsfristen in bestimmten Fällen der Beihilfe zum Mord so verkürzt, dass „eine unabschbare Zahl von NS-Verbrechen plötzlich verjährt war.“ (S. 401) Dem Parlament

war dieses Gesetz vom BMJ praktisch „untergejubelt“ worden, ohne dass die Abgeordneten die Konsequenz ihrer Zustimmung realistisch erfassen konnten. Maßgeblicher Drahtzieher dieses „perfiden Plans“ war Eduard Dreher, im BMJ von 1951 bis 1969 tätig, zuletzt als Ministerialdirigent – und jedem Juristen bekannt als Autor des StGB-Standardkommentars (zunächst „Schwarz-Dreher“, dann „Dreher-Tröndle“). Dreher, seit 1. Mai 1937 NSDAP-Mitglied, war Erster Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck gewesen und hat dort an zahlreichen Todesurteilen mitgewirkt.

588 Seiten geballte Information einigermaßen verständlich dargestellt – ein Geschichtsbuch der besonderen Art.

Manfred Görtemaker und Christoph Safferling: Die Akte Rosenberg: Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit. München 2016; 588 Seiten; 29,95 Euro

Stefan Philipp ist Chefredakteur der ZivilCourage.



„Ist das Realsatire oder nur bedrückend?“

Briefe der LeserInnen

Zum Beitrag „Bundesweite Friedensdemo ohne die DFG-VK“ in ZC Nr. 4/2016, Seite 24/25

Eine bundesweite Friedensdemonstration und die DFG-VK-Bundesebene ist nicht dabei. Was ist da los? Als inzwischen einfaches DFG-VK-Mitglied und anderweitig ehrenamtlich tätig, habe ich kaum noch Zeit, die internen Diskussionen zu verfolgen, bin auch nicht mehr im Bundesausschuss und seinem Verteiler. Deshalb erfuhr ich zufällig und erst im Nachhinein davon. Zuerst über die Pressemeldung „Veranstalter zufrieden mit Demonstration Die Waffen nieder!“ und einen Tag später aus der wieder einmal vorzüglichen **Zivilcourage**. Dort hat Michael Schulze von Glaßer die Position von BundessprecherInnenkreis und Bundesausschuss hervorragend zusammengefasst und begründet. Die Argumente sind einleuchtend und ich bin froh, dass der Bundesverband so entschieden hat.

Einige DFG-VK-Gruppen und -Landesverbände haben den Aufruf unterzeichnet. Das zeigt, dass unser Verband pluralistisch ist. Wo es um zentrale Bündnisfragen geht, ist das eine Schwäche. Gestutzt habe ich, als ich in der Unterstützerliste als Nr. 152 eine mir bislang unbekannt Organisation fand: „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V. (NVA/GT)“, gegründet 2013, immerhin 23 Jahre nach Auflösung der NVA. Laut Satzung versteht sich der Verein „als ein parteipolitisch unabhängiger, demokratischer, antifaschistischer und antimilitaristischer Verband zur Pflege der revolutionären und humanistischen Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“. Obwohl „antimilitaristisch“, treten seine Mitglieder mit militärischer Dienstgradbezeichnung auf, was im Widerspruch zum Einigungsvertrag steht. Kann man angesichts von 138 Todesopfern an der Berliner Mauer und einer unbekannt Zahl von

Toten an den anderen Grenzen der DDR seit 1949 überhaupt von einer „humanistischen“ Tradition der Grenztruppen sprechen? Nein, ganz entschieden: nein!

Auch der Aufruf bzw. die Forderungen der Demo-Veranstalter sind kritisch zu hinterfragen. „Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland“ (Großschreibung im Original). Das ist zweifellos richtig, weil Russland geographisch zu Europa gehört und erst ein eurasisches Ordnungssystem vom Atlantik bis zum Pazifik Europa wirklich vereinen würde. Wenn im Aufruf davon gesprochen wird, die Nato betreibe eine militärische Konfrontation gegen Russland, so ist das nur die halbe Wahrheit und erinnert an frühere Formen linker Realitätsverweigerung und -verzerrung, von denen man dachte, sie seien seit einem Vierteljahrhundert überwunden. Stattdessen erleben wir ein Revival der „Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR“. Ist das Realsatire oder nur bedrückend?

In den 1980er Jahren haben Kriegsdienstgegner mit dem Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ provoziert – und alle Soldaten, auch die der NVA und der Grenztruppen gemeint. (In der DDR konnte man bekanntlich wegen eines Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ bereits ins Gefängnis und unter verschärfte Stasi-Aufsicht kommen.) Wenn die russlandfreundlichen Friedensdemonstranten heute sagen: „Krieg schafft keinen Frieden“ und eine „dual verzahnte Strategie von militärisch und zivil“ ablehnen, warum dann keine klare Verurteilung des Abwerfens von Fassbomben auf Krankenhäuser durch die von Russland unterstützte syrische Armee, der Bombardierung von Städten und Dörfern durch russische, türkische und amerikanische Flugzeuge, der Waffen- und Geldlieferungen an die Konfliktparteien?

Es schmerzt, dass die Kriegsverbrechen Russlands in Syrien mit keinem Wort erwähnt werden, auch die Forderung an die deutsche Politik, sich endlich entschieden für eine Waffenruhe in Aleppo und für Verhandlungen mit den Konfliktparteien (einschließlich Daesch/IS) einzusetzen, fehlt.

Bezeichnenderweise fehlt in dem Aufruf die Forderung nach einem generellen Waffenexportverbot. Die Formulierung „sofortiger Stopp deutscher Waffeneporte, die Konflikte anheizen“ enthält eine Einschränkung: Wenn die Exporte Konflikte nicht anheizen, sind sie erlaubt. Steckt dahinter vielleicht die Überlegung, dass Waffenlieferungen an Kurden, die gegen Daesch/IS kämpfen, nicht gestoppt werden sollen, weil man der Ansicht sein könnte, dass das militärische Zurückdrängen des Daesch (und z.B. die Befreiung der Jesiden) einer Befriedung des Konflikts dient oder zumindest in einigen Gebieten unerträgliche Unterdrückung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beendet?

Wie viele Menschen haben am 8. Oktober 2016 auf der „bundesweit besuchten“ Friedensdemonstration „Die Waffen nieder!“ in Berlin (3,5 Millionen Einwohner) für den Weltfrieden demonstriert? Nach Veranstalterangaben 8000. Bei fast 200 unterzeichnenden Initiativen und Organisationen aus ganz Deutschland sind das immerhin im Schnitt rund 40 Leute pro Organisation, die die „aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland“ auf die Straße getrieben haben. Wie viele Zigtausende wären wohl auf die Straße gegangen, wenn man eine sofortige Beendigung der Gewalt in Syrien und dem Irak und die Aufnahme von Verhandlungen mit allen Parteien einschließlich des Daesch/IS gefordert hätte? Gegen aktuel-

le Kriege zu demonstrieren reicht nicht – wir müssen gegen den Irrglauben demonstrieren, Kriege seien zu gewinnen! Kriege werden nicht gewonnen, sondern beendet. Die einen verlieren mehr, die anderen etwas weniger. Und ganz viele ihr Leben.

Wolfgang Menzel,
DFG-VK-Bundessprecher
von 2001 bis 2013

Vielen Dank für die Darstellung der Position des Sprecherkreises. Eine mächtige Demo für den Frieden wäre zur derzeitigen Lage mehr als wünschenswert. Ziel wäre für mich eine Demo vorrangig gegen den menschenverachtenden Bombenkrieg in Syrien und Ziel wären für mich die dafür Hauptverantwortlichen, Syriens Herrscher und Putins Russland. Der Aufruf des „Bundesausschusses Friedensratschlag“ ist auf diesem Auge offensichtlich blind. Die Hauptkriegstreiber nicht zu bezeichnen, zeigt, dass hinter dem Aufruf einseitige Parteinahme statt Kampf für den Frieden steht.

Vielen Dank, dass Ihr diese Entscheidung so getroffen habt, wie dargestellt. Im anderen Fall hätte ich meine Mitgliedschaft in der DFG-VK nach über 55 Jahren beendet.

Rainer Gränzer

Wenn die Mehrheit im Entscheidungsgremium der DFG-VK so entschieden hat, muss ich das als normales Mitglied wohl anerkennen bzw. erdulden.

Für richtig halte ich die Entscheidung nicht, auch nicht bei „Ohne Rüstung leben“, wovon ich noch gar nichts wusste.

Man kann doch in einem Aufruf zu einer Demo (der in diesem Fall sowieso viel zu lang war!) nicht die gesamte historische Dimension und den Hintergrund aufführen. Dazu kommt auf jeden Fall die Tatsache, dass wir hier bei uns für den Frieden kämpfen und die Demo hier bei uns stattfand.

Mich erinnert die Begründung für die Nichtteilnahme fatal im Prinzip an das Halsverrenken bei der taz in Sachen Bundeswehrwerbung. (Da schreibt doch jemand in einem Leserbrief, die taz sei eine „linke“ Zeitung. Oha!). Mit einer ähnlich „krummen“ Logik nehmen auch die Grünen und einige Gewerkschaften nicht mehr am Friedenskampf teil.

Zyniker würden sagen: So ist es richtig, zerfleischt euch mal wieder gegenseitig und schwächt die ganze Sache. Das ist nicht gut.

Ich bin zwar nicht gefragt worden und bin aus gesundheitlichen Gründen auch

nicht nach Berlin gefahren (es gibt hier bei uns genug zu demonstrieren, z. B. in Kalkar), erlaube mir aber, auch als DFG-VK-Mitglied, den Aufruf zu tolerieren.

Ulrich Straeter

Zu „Anforderungen an einen wirk-samen Pazifismus“ von Andreas Zumach in ZC 3/2016, S. 24 ff.

Solch lange Artikel müssen warten können, bis man die Zeit findet, sie zu lesen. Deshalb folgt dieser Kommentar reichlich spät.

Andreas Zumach schreibt (im Abschnitt „Einäugiger Pazifismus ist unglaublich unwürdig“), die Friedensbewegung mache sich unglaublich unwürdig, wenn sie auf einer Friedensdemo (Ostermarsch 2014) nicht die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und den Krieg in der Ost-Ukraine anspreche. Diese Forderung würden so auch *Spiegel*, *Süddeutsche*, *FAZ* und *Taz* stellen, und vor allem jene, denen es recht wäre, wenn die Ostermärsche zum Rohrkrepierer würden.

Ein Aufruf mit den Forderungen „Gegen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim“ und „Gegen die völkerrechtswidrige Besetzung der Ost-Ukraine durch Russland“ würde zweifelsfrei zu einem Misserfolg der Ostermärsche und darüber hinaus zu einem tiefgreifenden Zerwürfnis in der Friedensbewegung führen und zwar, im Gegensatz zur Auffassung von Andreas Zumach, auch völlig zu Recht.

Es ist weiß Gott nicht die Aufgabe der Friedensbewegung, die völlig einseitige Schuldzuweisung zu wiederholen, die man allabendlich unter völliger Ignorierung der tieferen Konfliktursachen aus den Fernsehnachrichten hört.

Andreas Zumach nennt im Nachgang ja auch die anderen Aspekte des Ukraine-Konflikts. Weshalb aber dann erst quasi im Kleingedruckten, nachdem man mit den Schuldzuweisungen an Russland begonnen hat, obwohl diese anderen Aspekte sowohl zeitlich als auch ursächlich nach vorne gehören. Auch wenn man bei Zumach sorgfältig zu Ende liest, prägt sich das Bild ein: Zuvorderst steht die Schuld der Russen, aber die anderen haben auch etwas falsch gemacht.

Wenn die Friedensbewegung den Ukraine-Konflikt richtig würdigt, dann gehört hinsichtlich der Chronologie und der Bedeutung sicher nach vorne, dass der Westen Russland durch die Ostexpansion der Nato- und EU-Sphäre bis an Russlands Grenzen bewusst unter Druck gesetzt und Poroschenko volle Unterstützung für seinen völkerrechtswidrigen Umsturz ge-

währt hat. Um dem Ganzen eine vorge-täuschte Rechtfertigung zu verleihen, hat man ohne entsprechendes Wissen die Schuld an den Toten des Majdan durch Heckenschützen der alten Regierung gegeben. Nach dem Putsch mit tatkräftiger Unterstützung durch faschistische Milizen war auch dem Westen klar, aber egal, dass es für die russische Minderheit keine Lebensmöglichkeit unter diesem Regime geben würde. Seinerzeit in Jugoslawien gab es in einer weniger gravierenden Situation keinen Zweifel, dass natürlich Slowenen, Kroaten, Bosnier und Kosovaren das Recht auf nationale Unabhängigkeit erhalten mussten.

Erst jetzt stellt sich das Thema, dass die Annexion der Krim völkerrechtlich nicht in Ordnung war. Allerdings: Was wäre dann in Ordnung gewesen? Ein jahrzehntelanger Rebellenkrieg im Sinne der westlichen Konfliktlösung, aus dem sich Russland heraushalten müsste, wohl kaum aber die USA?

Wenn man den Ukraine-Konflikt in der Friedensbewegung richtig würdigt, aber auch so, dass es auch für einen Demonstrationaufruf taugt, dann hätte dieser etwa lauten können: Für den Schutz der Minderheitenrechte in der Ukraine. Für eine völkerrechtskonforme Konfliktlösung.

Das ist aber kompliziert, zumal, wie gesagt, bis heute keiner so recht weiß, wie

die völkerrechtskonforme Konfliktlösung aussehen könnte.

Ein Demonstrationaufruf darf leider nicht zu komplex werden. Das Ukraine-Thema auszublenden, war deshalb wirklich kein Fehler. Im Übrigen muss keinesfalls politisch ausgewogen demonstriert werden, wenn in europäischen Hauptstädten demonstriert wird. Dort gehören nämlich die Forderungen auf die Transparente, die man an die europäischen Machthaber stellt. Was mir an der russischen Politik nicht passt, muss ich in Russland vortragen oder allenfalls vor einer russischen Botschaft.

Jede Demonstration kann nur gewisse Missstände ansprechen. Das heißt noch lange nicht, dass man alle anderen toleriert. Es ist deshalb völlig abwegig zu behaupten, man sei einäugig und ungläubwürdig, wenn man die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht anspricht.

Es ist vielmehr ein Fehler, wenn man aus einer Demonstration einen Gemischtwarenladen macht und Menschen zwingt, gegen alles Mögliche mitzudemonstrieren, was sie gar nicht wollen. Wenn man auf TTIP-Demonstrationen auch noch gegen Anti-Amerikanismus demonstrieren muss und auf einer Demonstration gegen Rassismus auch noch gegen Homophobie, dann hält man sich besser heraus.

Hans-Peter Zepf

FELDPOST



TAGESBEFEHL! Soldatinnen und Soldaten!

Donald Trumps Wahlsieg in den USA ist eine riesige Chance für alle Nato-Streitkräfte in Europa und damit auch für unsere Bundeswehr. Schon während des Wahlkampfes war klar: Wenn dieser Kandidat gewinnt, dann werden die Entwicklungen der letzten Jahre noch an Dynamik gewinnen. Die USA werden sich noch mehr an ihren nationalen Interessen orientieren, ihre Streitkräfte weltweit verringern, und die Staaten Europas werden sich um sich selbst kümmern müssen. In Brüssel denkt man schon laut über eine europäische Verteidigungsunion nach, in der selbstverständlich Deutschland, also unsere Bundeswehr, die zentrale Rolle übernehmen würde. Und das heißt ganz klar: personelle und materielle Verstärkung weit über den bereits geplanten Rahmen hinaus! Grandiose Perspektive also. Offen bleibt vorerst noch die Frage nach der nuklearen Komponente der Verteidigung. Doch auch hier eröffnen sich auf längere Sicht ungeahnte Möglichkeiten. Frankreich wird die nationale Verfügung über seine Kernwaffen niemals aufgeben, Großbritannien schwimmt im Fahrwasser der USA, also wird Deutschland über kurz oder lang Nuklearmacht werden müssen, wenn die Verteidigungsunion in Europa glaubhaft werden soll. Damit würde endlich wahr werden, was unser früherer Verteidigungsminister Franz Josef Strauß schon vor Jahrzehnten wollte: Atomwaffen für unsere Bundeswehr!

gez. Alex von Lingua, Feldpostmeister

Die pazifistische Grundsatzerklärung

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

Ich unterstütze die Grundsatzklärung und werde Mitglied des Bundesverbandes der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).

Vorname:

Nachname:

Geburtsdatum:

PLZ, Ort:

Straße und Hausnr.:

Telefon:

E-Mail:

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum:

Unterschrift:

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen)

- Stufe 6 – Förderbeitrag 29,00 Euro
- Stufe 5 – Förderbeitrag 22,00 Euro
- Stufe 4 – Förderbeitrag 15,00 Euro
- Stufe 3 – Normalbeitrag 10,00 Euro
- Stufe 2 – Ermäßigter Beitrag 5,00 Euro
- Stufe 1 – Mindestbeitrag 2,00 Euro

(Die Stufen 1 u. 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Ich bitte den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

Kontoinhaber/in:

IBAN:

BIC:

Datum:

Unterschrift:

Das DFG-VK-Spendenkonto

IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Wie eine einfache Frage ein herzliches Lachen ins Gesicht der Friedensministerin zaubert



Bitte ausfüllen und in einem Fensterumachlog verschicken.

DFG-VK-Bundesverband
Werastraße 10
70182 Stuttgart

**Friedlich denken allein ändert nichts.
Werde Mitglied der DFG-VK!**

**Grundsatzerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK):**

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit.

*Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen
und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.*

DFG-VK 